



- Einsätze der Bundeswehr – ethische Orientierung
- Afghanistan auf gutem Weg
- Interview mit GenMaj Josef Blotz
- Hat die Welt noch einen Platz für Europa?
- Vor 100 Jahren: Ausbruch des Ersten Weltkrieges
- Pontifikat Pius XII (2.Teil)

EDITORIAL 3

SEITE DES BUNDESVORSITZENDEN

Mit Christus Brücke bauen 4

SEITE GEISTLICHER BEIRAT

„Schön oder zukunftsfähig?“ 5

SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK

Einsätze der Bundeswehr – eine
ethische Orientierung
Erklärung der GKS 6

Ausbildungsmission in der Mongolei
Preestelle der GebJgBrig 23 7

Afghanistan auf sehr gutem Weg
von Winfried Lorenz 8

„Werben für den Dschihad“
islamische Dachverbände sind gefragt
Pressemitteilung vom Institut für Islamfragen . . . 9

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

„DIE Jugend gibts nicht“
Bayerisches Landeskomitee I/2014
von Reinhard Kießner 11

Musikalischer Gottesdienst in der Frauenkirche
von Rainer Zink 12

BILD DES SOLDATEN

„Ohne meinen Glauben könnte ich nicht Soldat
sein“, Interview mit Generalmajor Josef Blotz
von Volker Renzing (KNA) 16

RELIGION UND GESELLSCHAFT

99. Katholikentag, Regensburg
Hat die Welt noch einen Platz für Europa?
Podium mit Angela Merkel
von Bertram Bastian 18

„Vive la différence“
unterschiedliches Gedenken an den Ersten Welt-
krieg in den Nationen
von Carl-H. Pierk 20

BLICK IN DIE GESCHICHTE

100 Jahre Ausbruch Erster Weltkrieg
„Der falsche Krieg“ von Niall Ferguson 24
„Die Schlafwandler“ von Christopher Clarke . . . 24
„Der grosse Krieg“ von Herfried Münkler 25
„Die Büchse der Pandora“ von Jörn Leonhard . . . 26

„Katholische Kirche im Ersten Weltkrieg“
von Martin Lätzel 28

„Zwischen Patriotismus und Rom-Treue“
über Erzbischof Michael v. Faulhaber
von Tanja Schultz 30

Das Pontifikat Pius XII (Teil 2)
von Philipp Weber 33

KIRCHE UNTER SOLDATEN

Wechsel in der KAS-Spitze
Pressemitteilung der KAS 44

AUS BEREICHEN, STANDORTEN UND GKS

GKS-KREIS BAD NEUENAUH

Familienwochenende in Maria in der Aue 45

GKS-KREIS FASSBERG

Informationsabend in Faßberg 45

MILITÄRPFARRAMT VEITSHÖCHHEIM

Fußwallfahrt Retzbach 45

GKS BEREICH WEST

Brückenbauen im Auslandseinsatz 47

GKS-KEIS KÖLN

Wochenende in SPA 47

SACHAUSSCHUSS INNERE FÜHRUNG

Wechsel in der Leitung 48

BUCHBESPRECHUNGEN: 49

KURZ BERICHTET: 15, 29, 44, 48

TERMINE 51

FÖRDERKREIS DER GKS

Einladung zur Mitgliederversammlung 17

IMPRESSUM 52



Papst Benedikt XV, kurz nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges gewählt, gilt aufgrund seiner Bemühungen als „Friedenspapst“. Seine Bemühungen gipfelten in dem Mahnschreiben „Dès le début“ (von Anfang an) vom August 1917

(Text: Bertram Bastian, Bild: Wikipedia)

editorial:



Liebe Leserschaft,

vor 100 Jahren brach der Erste Weltkrieg aus. Wie kann man mit so einem Jubiläum umgehen? Der Krieg brachte derart viel Elend über die Menschen, dass man alles vergessen möchte. Aber vergessen ist nie der richtige Weg, wenn man aus der Geschichte lernen will. Was also tun? Man kann Essays schreiben, man kann seine persönliche Meinung kundtun, man kann die offizielle Geschichtsschreibung bemühen. Aber Welche? Die Nationen gehen mit der „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts unterschiedlich um, ein einheitliches Gedenken gegen kriegsartige Auseinandersetzungen gibt es auf Regierungsseiten nicht. Der Artikel 231 des Versailler Vertrages („Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber aller Verluste und aller Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwunge-

nen Krieges erlitten haben.“) brachte es mit sich, dass jede Nation ihre eigene Geschichte des Krieges schrieb. Persönliche Erinnerungen sind getrübt, die bis dahin übliche Geheimdiplomatie ist teilweise nicht zugänglich. Wie also damit umgehen?

Die Redaktion hat sich entschlossen, Ihnen die wichtigsten und neuesten Bücher über dieses Ereignis vorzustellen. Den Anfang machte Niall Ferguson („Der falsche Krieg“) schon 1999, deshalb wird sein Werk als erstes vorgestellt. Danach stelle ich Ihnen Christopher Clark („Die Schlafwandler“) vor, der den Schwerpunkt seiner Untersuchungen auf die Vorgeschichte des Krieges gelegt hat. Es folgt dann Herfried Münkler („Der grosse Krieg“), der seinen Schwerpunkt auf das militärische Kriegsgeschehen legte und den Abschluss bildet die Vorstellung des Buches „Die Büchse der Pandora“ von Jörn Leonhard, der die inneren Verhältnisse in den kriegführenden Staaten eindrücklich schildert. Zum Abschluss stelle ich Ihnen „Die Katholische Kirche im Ersten Weltkrieg“ vor, waren doch auf allen Seiten Katholiken in dem festen Vertrauen darauf, einen gerechten Krieg zu führen, in die Schlachten gezogen. Neben den Friedensbemühungen des Papstes Benedikt XV., spielt in diesem Buch die deutsche Katholische Kirche eine wichtige Rolle, deshalb bin ich der Journalisten von ZEBIS, Tanja Schultz, dankbar, dass ich ihr Interview mit Dominik Schindler über Kardinal Faulhaber verwenden durfte, der als Feldprobst die Soldaten in den Schützengräben besuchte. Liebe Leserin und lieber Leser, wenn Sie sich für die Geschichte interessieren, können Sie sich nach der Lektüre der Rezensionen entscheiden, welches Buch sie am meisten reizt.

Die Arbeit über das Pontifikat von Pius XII. wird mit dem zweiten Teil abgeschlossen werden.

Vom Katholikentag (siehe auch Seite des Bundesvorsitzenden und des Geistlichen Beirates) wird nur der Bericht über die Podiumsdiskussion mit Bundeskanzlerin Angela Merkel in diesem Heft erscheinen, eine ausführlichere Berichterstattung wird in der nächsten Ausgabe veröffentlicht werden.

Viel Vergnügen mit dieser neu nummerierten Ausgabe wünscht Ihnen

J. J. J. J. J.

„Mit Christus Brücken bauen – in die Zukunft!“

Das Motto des diesjährigen Katholikentages haben wir als Jahresthema aufgegriffen. Damit gilt es über den Katholikentag hinaus als Anregung und als Richtschnur!

Zunächst aber ein Blick zurück zum 99. Katholikentag nach Regensburg. Wie in den Vorjahren waren wir wieder mit einem Informationsstand bei den katholischen Verbänden präsent und haben darüber hinaus ein Podium mitgestaltet. Der Standbetrieb lief bei Regenwetter etwas zögerlich an, hat sich aber mit dem günstigen Wetter wieder zum Treffpunkt und Gesprächszentrum für uns entwickelt. Hier konnten viele interessante und auch zukunftsweisende Gespräche geführt werden und auch der Spaß an der Sache kam nicht zu kurz. Verbindungen zu benachbarten und verbundenen Organisationen konnten aufgenommen oder ausgebaut werden, das hat sich gelohnt. Ich danke daher an dieser Stelle allen Mitwirkenden, die sich bei der Standardarbeit eingebracht haben. Hier konnte die GKS als Brückenbauer nach innen und außen wirken.

Leider nicht so gut lief das von GKS und Pax Christi gemeinsam vorbereitete Podium zur Frage, wie es in Afghanistan nach dem Rückzug der internationalen Truppen weitergehen könnte. Die Teilnahme von Angehörigen der Bundeswehr musste kurzfristig abgesagt werden und so blieb die Veranstaltung entgegen allen Planungen und Vor-Ort-Bemühungen thematisch sehr unausgewogen. Die These einer Augenzeugin, dass besser nie Soldaten nach Afghanistan gegangen wären, blieb unwidersprochen im Raum stehen. Hier müssen in der Nachbereitung noch mehrere Brücken gebaut werden, um Derartiges für die Zukunft auszuschließen – wir arbeiten daran.

Bereits jetzt aber wollen wir den Blick auf die diesjährige Bundeskonferenz in Stapelfeld richten, denn dort werden wir uns mit der Weiterentwicklung des Verbandes befassen und so eine Brücke in die Zukunft bauen. Die Anpassung der Struktur und die Verbesserung der Arbeitsfähigkeit des Bundesvorstandes

stehen auf der Agenda und ich freue mich auf den Austausch untereinander, damit der Blick in alle Richtungen gelenkt wird. Nur durch das aktive Mitwirken alle Delegierten können wir in einer lebendigen Diskussion die richtige Bauweise für unsere Brücke finden.

Wichtig ist, dass wir uns auch in der Sache wieder zu Wort melden. Die wieder angestoßene Debatte zur ethischen Bewertung von bewaffneten Drohnen ist nur ein Beispiel, bei dem unsere Stimme in der Öffentlichkeit nicht fehlen darf, wie es in Regensburg geschehen ist.

Blicken wir daher mit Zuversicht nach vorn, lernen aus dem Geschehenen und gestalten mit dieser Erfahrung den weiteren Weg. Wir, die Gemeinschaft Katholischer Soldaten, werden gebraucht, das ist für mich

eine wesentliche Erkenntnis aus der einseitigen Debatte über die Zukunft Afghanistans.

Ich wünsche allen Lesern erholsame Sommermonate, in denen auch Kraft für die zweite Jahreshälfte getankt werden kann und freue mich auf ein Wiedersehen in Stapelfeld.

*Rüdiger Attermeyer, Oberst
Bundesvorsitzender der
Gemeinschaft Katholischer Soldaten*



„Schön oder zukunftsfähig?“

Die „Steinerne Brücke“, die neben dem Dom zu einem der Wahrzeichen von Regensburg gehört, hat seit ihrer Erbauung im 12. Jahrhundert schon viele Höhen und Tiefen erlebt, ungezählte Menschen getragen, Verbindung geschaffen. Mancher, der zum 99. Deutschen Katholikentag gekommen war, bedauerte nun, dass sich das so mächtige und wichtige Bauwerk ausgerechnet jetzt nicht von seiner schönsten Seite, sondern eingerüstet und sanierungsbedürftig zeigte. Die Verantwortlichen haben Weitblick und Verantwortungsbewusstsein bewiesen, die Zeichen der Zeit erkannt und gehandelt und damit dafür gesorgt, dass die Brücke auch in Zukunft ihre Aufgabe erfüllen kann und nicht nur Denkmalstatus erhält.

In den Tagen des Katholikentags sind mir nicht nur einmal Parallelen zu unserer GKS in den Sinn gekommen, als ich die Steinerne Brücke überquert habe.

Auch die Gemeinschaft Katholischer Soldaten ist in die Jahre gekommen. Da die Väter der Anfangszeit sie auf das stabile Fundament des christlichen Glaubens und der damit verbundenen Werte gestellt haben, schon damals also unser Jahresthema „Mit Christus brücken bauen als Soldat und Christ“ in die Tat umgesetzt haben, hat die Brücke GKS alle Voraussetzungen, Standfestigkeit zu bewahren und ihren einmal gewählten Auftrag auch auf Zukunft hin erfüllen zu können. Aber wie beim Eingang erwähnten Bauwerk zeigen sich auch bei unserer Gemeinschaft die Spuren der hinter ihr liegenden Zeit.

Bei der Bundeskonferenz in Hamminkeln im vergangenen Jahr haben wir im „Brückenkaffee“ den Ist-Zustand der GKS unter die Lupe genommen, aufrichtig und ehrlich vieles in den Blick genommen, einem konstruktiv-kritischen Urteil unterzogen und die Ergebnisse gesichert. Auffallend für mich war dabei festzustellen, wie lebendig, engagiert und vielfältig dabei zu Werke gegangen wurde. Und noch etwas fiel mir auf: Jede und Jeder durfte seine Meinung äußern

und wurde dabei ernst genommen, was auch in unserer Gemeinschaft nicht immer eine Selbstverständlichkeit ist. Dabei haben wir – um im Bild zu bleiben – festgestellt, dass im Laufe der Zeit Risse und Brüche entstanden sind, sich das Aussehen und die Anforderungen deutlich geändert haben, der Belag an mancher Stelle in einem schlechten Zustand ist, die Pfeiler zu verstärken sind.



Seitdem sind einige Monate verstrichen und das „Sanierungskonzept“ der GKS ist im Werden, und an einigen Stellen haben die Arbeiten bereits begonnen. Zeichen in die Zukunft sind für mich die Aktivitäten der Sachausschüsse, hier vor allem neben der Kontinuität solider Sacharbeit in den bestehenden, die Reaktivierung der Sachausschüsse „Innere Führung“ und „Kommunikation“. Auch die strukturellen Überlegungen für unsere Gemeinschaft zeigen in die richtige Richtung.

Wer baut und saniert, muss immer wieder auch feststellen, dass manche Überraschung an den Tag kommt, mit der man nicht gerechnet hat. Dies haben wir bei der Durchführung der Podiumsdiskussion im Rahmen des Katholikentags schmerzlich feststellen müssen. Diese „Baustelle“ ist von vielen Mitgliedern in den letzten Wochen mit ehrlicher Sorge zur Kenntnis genommen und auch kommuniziert worden. Dies zeigt auch, wem unsere Gemeinschaft wichtig ist. Die Unterscheidung der Geister und die Verhältnismäßigkeit der empfohlenen Maßnahmen sind hier jedoch sorgsam zu beachten. Hier gilt es, ans Fundament zu gehen, zu deeskalieren und so zu handeln, dass – wie es ein Buchtitel ausdrückt – „Brücken ins Morgen“ gebaut werden!

Bernd F. Schaller,
Militärdekan Geistlicher Beirat
der Gemeinschaft Katholischer Soldaten
auf Bundesebene

Sachausschuss Sicherheit und Frieden

Der Wortlaut des unten zitierten neuen Flyers der Gemeinschaft Katholischer Soldaten wurde vom Sachausschuss Sicherheit und Frieden erarbeitet und vom Bundesvorstand gebilligt. Als Flyer mit Fotos „anschaulich gemacht“ wurde er während des 99. Katholikentages am Stand der GKS verteilt. Das Original können Sie über die Bundesgeschäftsführerin erhalten.

Verantwortung übernehmen – Frieden möglich machen

Einsätze der Bundeswehr – eine ethische Orientierung

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) steht zur Selbstverpflichtung unseres Landes, dem Frieden in der Welt zu dienen. Im Sinne der katholischen Friedenslehre verstehen wir Soldaten uns „als Diener der Sicherheit und der Freiheit der Völker“. Indem wir diese Aufgabe recht erfüllen, tragen wir „wahrhaft zur Festigung des Friedens bei (Gaudium et Spes 79, II. Vatikanisches Konzil).“ Daran messen wir unseren Auftrag und darauf gründet sich unser Selbstverständnis!

Frieden bedeutet für uns mehr als nur Abwesenheit von Krieg! Unser Leitbild ist der gerechte Friede, denn der Frieden ist ein Werk der Gerechtigkeit. Wo Menschen ein Leben in Würde vorenthalten wird, sind die Lebensverhältnisse auch ohne Krieg häufig gewaltgeladen. Deshalb argumentiert die GKS aus der Perspektive eines umfassenden Friedensbegriffes und setzt sich dafür ein, dass die Menschenwürde geschützt, das Völkerrecht durchgesetzt und soziale Gerechtigkeit gefördert wird.

Die GKS begrüßt, dass die internationale Staatengemeinschaft massive Menschenrechtsverletzungen in einem Land nicht mehr allein als innerstaatliche Angelegenheit betrachtet. Wo Völkermord geschieht oder die Menschenwürde mit Füßen getreten wird, konkurriert das Ideal der Gewaltfreiheit mit der Pflicht, Menschen beizustehen.

Der Einsatz militärischer Gewalt verlangt die Beachtung ethischer Kriterien. Die GKS ist davon überzeugt, dass die kirchliche Friedenslehre hierzu grundlegende Orientierung gibt.

Folgende Voraussetzungen müssen gleichzeitig erfüllt sein, wenn militärische Gewalt eingesetzt wird:

Der Frieden in der Welt ist ernsthaft gestört, weil die Sicherheit der Völker gefährdet oder Menschenrechte massiv verletzt werden. Ein Einsatz kann nicht nur bei zwischenstaatlichen Konflikten geboten sein, sondern auch, wenn ein Staat nicht willens oder nicht in der Lage ist, seine Bevölkerung vor Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen.

Das Mandat wird von einer legitimierten internationalen Organisation erteilt. Nach den Regeln des Völkerrechts dürfen unabhängig vom Recht auf Notwehr oder Nothilfe nur die Vereinten Nationen den Einsatz militärischer Gewalt anordnen. Dabei muss stets die redliche Absicht im Vordergrund stehen, schwerwiegende Verstöße gegen das Völkerrecht zu beenden, um eine friedliche Entwicklung der Staatengemeinschaft zu ermöglichen und abzusichern. Diese Forderung steht häufig im Konflikt mit einem eher an nationalen Interessen orientierten Abstimmungsverhalten einiger Veto-Staaten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Eine Reform der Entscheidungsbefugnisse im Sicherheitsrat ist deshalb dringend geboten.

Als äußerstes Mittel erscheint militärische Gewalt geeignet, einen Konflikt zu vermeiden oder zu beenden, wenn andere Mittel sich als unwirksam erwiesen haben oder offensichtlich aussichtslos sind. Solche Mittel können z.B. diplomatische Bemühungen, politischer Druck oder wirtschaftliche Sanktionen sein. Unter allen als wirksam betrachteten

Mitteln ist das jeweils gewaltärmste zu wählen.

Schließlich muss eine Aussicht auf Erfolg bestehen, die Bedrohung abzuwenden oder einen Konflikt zu beenden und eine dauerhaft friedliche Entwicklung in Gang zu setzen. Gibt es keine hinreichend hohe Wahrscheinlichkeit für einen erfolgreichen Gewalteininsatz, ist es nicht vertretbar, weitere Menschenleben zu opfern und zusätzliche Zerstörung und Vernichtung zu verursachen. Als Erfolg ist ein Zustand anzusehen, der nachhaltig weniger gewaltvoll ist, der den Frieden weniger bedroht als vorher und in dem die Menschen zu einem Leben in Würde zurückfinden können.

Kommt es zu einem Kampfeinsatz, so gelten die Grundsätze des Humanitären Völkerrechtes in bewaffneten Konflikten, selbst dann, wenn der Gegner sich nicht daran hält. Als unabdingbar gelten auch das Gebot der Verhältnismäßigkeit, das einen angemessenen Einsatz von militärischer Gewalt verlangt, sowie der Schutz der Zivilbevölkerung.

Auch die Beendigung eines Einsatzes stellt eine große Herausforderung dar. Welche ethischen Grundsätze sind bei einer Übergabe in Verantwortung zu beachten? Vergleiche dazu die GKS-Erklärung: „Übergabe in Verantwortung“ (www.katholische-soldaten.de).

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten erwartet von Bundestag und Bundesregierung:

Jede Entscheidung über Kampfeinsätze ist anhand einer Konflikt-, Risiko- und Chancenanalyse gründlich vorzubereiten und gewissenhaft zu Ende zu denken.

Ein bewaffneter Einsatz ist immer im Rahmen eines schlüssigen Gesamtkonzeptes zu betrachten.

Die zivilgesellschaftliche Expertise ist genauso zu berücksichtigen wie langfristige Vorstellungen zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft.

Ein Einsatz ist mit allen relevanten Akteuren koordiniert zu planen und durchzuführen.

Realistische Erwartungen sind zu formulieren und eine nachhaltige Konfliktnachsorge ist vorzusehen.

Bundestag und Bundesregierung haben ihre Entscheidungen gegenüber der Öffentlichkeit zu begründen

und die Soldaten von der Notwendigkeit eines Einsatzes zu überzeugen.

Kampfeinsätze der Bundeswehr dienen ausschließlich dazu, inner- und zwischenstaatliche Konflikte notfalls und als äußerstes Mittel gewaltsam zu beenden oder den internationalen Terrorismus zu bekämpfen. Im Verbund mit Institutionen der zivilen Konfliktbearbeitung verfolgt die Bundeswehr das Ziel, ein sicheres Umfeld für den Aufbau staatlicher Strukturen herzustellen, die sich an demokratischen und rechtsstaatlichen Standards ausrichten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Militär – anders als zivilgesellschaftliche

Organisationen – nicht nur punktuell, sondern mit Auswirkungen auf den Gesamtbereich eines Staates wirkt.

Ein bewaffneter Einsatz muss:

- politisch notwendig
- ethisch gerechtfertigt
- rechtlich zulässig und
- militärisch sinnvoll sein.

Nur dann darf er von Parlament und Regierung angeordnet werden. Liegen diese Voraussetzungen vor, kann und muss der Soldat in gewissenhaftem Gehorsam Verantwortung übernehmen und moralisch richtig handeln. □

Auslandseinsätze Bundeswehr

Ausbildungsmission in der Mongolei

Soldaten des Gebirgsjägerbataillons 231 bilden mongolische Soldaten in einem Ausbildungskontingent

te man beim Start der vierwöchigen Ausbildungsmission. Der Transport von 50t Material über die große Ent-



Der Ausbilder erklärt den angetretenen Soldaten den Ablauf des folgenden Übungsabschnittes

nahe Ulaanbaatar seit Ende April für den Einsatz in Afghanistan aus. Zur Halbzeit (Mai 2014) besuchte der Kommandeur der Reichenhaller Jäger seine 6500 Kilometer entfernten Soldaten und ließ sich vor Ort in den Stand der Ausbildung einweisen.

Zum Bergfest kam der Kommandeur mit guten Nachrichten: der Rückflug findet planmäßig statt. Dass die Reise zwischen Deutschland und der Mongolei für Soldaten keineswegs reibungslos funktioniert, merk-

fernung mit Zwischenstopp in Russland gestaltete sich als Herausforderung: das Material kam verspätet an – die Ausbildung wurde kurzer Hand umgestellt.

„Bergfest“ feierten die Soldaten, weil die Zeit des Ausbildungskontingents zur Hälfte rum ist. Aber an die Rückreise denkt noch keiner – sie wollen nun zum Endspurt ansetzen. Denn alle arbeiten hart für das Ziel, die Soldaten der mongolischen Armee so gut wie möglich auszubilden.

Davon konnte sich der Kommandeur Oberstleutnant Hesse nun selbst überzeugen. Unter welche klimatischen Bedingungen hier ausgebildet wird, wurde ihm bereits bei der dreistündigen Anreise bewusst: Regen, Schnee, Sturm und Sonnenschein wechselten sich in schneller Folge ab. „So etwas haben selbst erfahrene Gebirgsjäger noch nicht erlebt.“, bestätigt Major Klötzner – er ist der Führer des Ausbildungs- und Unterstützungsverbandes vor Ort.

Das wechselhafte Wetter ist jedoch kein Problem für seine Soldaten. Sie freuen sich über gute Rahmenbedingungen, wie beispielsweise die bereitgestellten Unterkünfte in der Kaserne. Für das leibliche Wohl wird durch eigene Feldköche gesorgt. Im Vorfeld haben die Reichenhaller



Waffenausbildung in der Mongolei unterscheidet sich ein wenig von der in Deutschland

Jäger selbst auch an die Unterhaltung gedacht und so kann allen Soldaten in der weitläufigen Landschaft der mongolischen Tundra als besondere Annehmlichkeit unter anderem W-LAN zur Verfügung gestellt werden.

Die Ruhephase vor allem am Wochenende nehmen die Jäger gerne an. „Jeder Tag ist fast komplett mit Ausbildungen durchgeplant“, berichtet der Kommandeur „die Ausbilder sind sehr motiviert und treffen auf wissbegierige mongolische Soldaten“. Am Wochenende werden sie in die nahegelegene Hauptstadt untergebracht, wo die europäischen Gäste die Gelegenheiten nutzen, Land und Leute besser kennenzulernen. Ein besonderer Reiz wie Oberstleutnant Hesse findet, „dadurch grenzt sich dieser Einsatz sehr deutlich von den anderen im Ausland ab. Nebenbei findet ein Wissens- und Erfahrungsaustausch in beide Richtungen statt, der die Männer nochmal zusätzlich motiviert und ihnen das zunächst unbekannte Volk näherbringt.“

Gute Laune können alle gut gebrauchen. Im jetzt folgenden Endspurt nutzen die deutschen Ausbilder zusätzlich auch die Nacht, soll doch auch hier die Bewachung und Siche-



Vor der Waffenausbildung werden die Soldaten mit den wichtigsten Dingen an der Waffe vertraut gemacht

rung von Objekten trainiert werden. Außerdem haben Sie sich eine mehr-tägige Übung ausgedacht, in der alle Ausbildungsabschnitte noch einmal wiederholt werden. Dass die mongolischen Soldaten diese Übung erfolgreich meistern werden, daran hat Oberstleutnant Hesse bei der guten Ausbildung keinen Zweifel.

Die Mongolei stellt jährlich ein Kontingent innerhalb der ISAF-Schutztruppe. Seit 2012 bilden deut-

sche Soldaten pro Jahr in zwei Durchgängen diese mongolische Einsatzsoldaten an deutschen Waffen und Geräten aus – mit dem diese auch in Afghanistan arbeiten – und führen einsatzvorbereitende Ausbildungen durch. Das aktuelle Ausbildungskontingent bestehend aus 45 Reichenhaller Jägern und wird noch bis Ende Mai andauern. □

(Text: OL Schutz, Foto: Pressestelle GebJgBrig 23)

Aus dem Verteidigungsausschuss

Afghanistan auf sehr gutem Weg

Von seiner Reise nach Afghanistan zurückgekehrt sagte Wilfried Lorenz, CDU-Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Verteidigungsausschusses, am Montag, 19.05.2014: „Wer noch immer behauptet, in Afghanistan sei nichts gut, sollte sich lieber vor Ort aktuell informieren. Entgegen anderslautender Berichte war und ist der ISAF-Einsatz deutscher Soldatinnen und Soldaten hilfreich und wirksam. Sie haben dazu beigetragen, selbsttragende Sicherheitsstrukturen zu schaffen. Bis Ende des Jahres werden die bereits ausgebildeten afghanischen Sicherheitskräfte die Verantwortung vollständig übernehmen können. Ganz klar ein Erfolg intensiver deutscher Ausbildungsarbeit.“

„Bildung ist der Schlüssel für die erfolgreiche Zukunft des Landes“, so Lorenz (Bild 1). Hinzu kämen Unterstützungsleistungen beim Aufbau des Gesundheitssystems und der Infrastruktur. „Die Zivilgesellschaft hat beachtliche Fortschritte gemacht. Alle – jung wie alt – haben den Blick hoffnungsvoll in die Zukunft gerichtet. Niemand will mehr zurück in die Vergangenheit. Von uns wird dringend Hilfe bei diesem Prozess erbeten. Viel ist bereits erreicht. In zwölf Jahren erhöhte sich die Lebenserwartung deutlich. Der Zugang zu medizinischer Versorgung ist von drei auf fünfundachtzig Prozent gestiegen. Die Kindersterblichkeit verringerte sich um vier Prozent und die Alphabetisierung bei Kindern bis fünfzehn

Jahre liegt mit vierundneunzig Prozent fast auf deutschem Niveau“, betont Lorenz und ergänzt: „Das Land wird Geduld und Zeit für seine Weiterentwicklung brauchen. Die Unterstützung durch internationale Partner, insbesondere Deutschland, hat einen besonderen Stellenwert. Hier ist schon eine enge Freundschaft zwischen Deutschen und Afghanen entstanden. Wenn Afghanistan unsere Hilfe weiter wünscht, werden wir die bisherige militärische Aktion umwandeln in eine Trainings-, Unterstützungs- und Beratungsaktion. Afghanistan muss und wird selbständig und eigenverantwortlich seine Zukunft gestalten. Dabei helfen deutsche Soldaten.“ Als Herausforderung sieht der MdB die Fortführung der politischen,

wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stabilisierung Afghanistans sowie die Rückverlegung von Material und Personal: „Oberste Priorität hat für uns dabei der Schutz unserer Soldaten. Hierzu tragen unsere Feldjäger aus Hannover in hervorragender Weise bei. Es war mir ein besonderes Anliegen, gerade sie zu treffen und Grüße aus der Heimat zu überbringen.“ „Tatsächlich ist in Afghanistan noch viel zu tun.“ MdB Lorenz konnte sich im Lande jüngst selbst davon überzeugen, dass die Erfolge des Einsatzes deutscher Soldatinnen und Soldaten, insbesondere ihrer Leistungen beim Aufbau eines Bildungs- und Gesundheitssystems, in der afghanischen Gesellschaft deutlich sichtbar sind. So standen vor allem junge Frauen Schlange, um an den Wahlen teilzunehmen. Die Älteren wünschen sich Sicherheit für ihre Familien. Und es wächst eine Generation heran, die nach nunmehr zehn Jahren gut ausgebildet und mit vollem Zugang zu



Mit dem parlamentarischen Staatssekretär Markus Gröbel (dritter von links) beim Besuch einer Schule in Afghanistan (Wilfried Lorenz fünfter von links)

gesundheitlicher Versorgung in die Zukunft blicken kann. Der Weg zu sozialem Fortschritt und Rechtsstaatlichkeit wird ein langer sein. Auch gibt es noch viele Fragezeichen, wie es nach dem Abzug der internationalen Kräfte weitergeht. „Vergessen wir

jedoch eines nicht: Es sind stets die Menschen, die Veränderungen bewirken. Den sicheren Rahmen dafür haben wir geschaffen.“ □

*(Text: Presseinformation
Wilfried Lorenz, MdB,*

Mitglied Verteidigungsausschuss)

Islam in Deutschland

Militante Gruppen werben für den Dschihad

Auch die islamischen Dachverbände müssen sich konkreter als bisher mit dem Anspruch und der Argumentation des Salafismus auseinandersetzen, um der zunehmenden Radikalisierung den ideologischen Nährboden zu entziehen. Das fordert der Islamwissenschaftler Carsten Polanz vom Institut für Islamfragen anlässlich der rasant zunehmenden Zahl deutscher Dschihadisten (vor allem in Nordrhein-Westfalen und Hessen), die an der Seite islamistischer Rebellen im syrischen Bürgerkrieg kämpfen. Gerade vor dem Hintergrund der scharfen Kritik einiger muslimischer Verbandsvertreter an der progressiven Koranhermeneutik des Münsteraner Religionspädagogen Mouhanad Khorchide stelle sich die Frage, wie sie die jungen Menschen in ihren Moscheen effektiv vor einer Radikalisierung durch Salafisten schützen wollen. Es gebe keine Alternative zur Loslösung vom politischen Erbe Muhammads. Aber auch die Mehrheitsgesellschaft muss sich laut Polanz mit der Anziehungskraft salafistischer Ideologien befassen. Nicht zuletzt muss sie sprachfähiger werden in den wenig öffentlich thematisierten Glaubens-, Werte- und Sinnfragen, um junge – muslimische wie nicht-muslimische – Menschen auf der Suche nach ihrer Identität zu unterstützen und sie vor einem Abdriften in den Salafismus zu schützen.

Militante Gruppen in Deutschland werben für den Dschihad

Der ägyptische Autor Tawfik Hamid hat am eigenen Beispiel das salafistische Dschihad-Denken nachgezeichnet. Zahlreiche Studien zeigen, dass salafistische Ideologien einen idealen Nährboden für militante Gruppierungen bieten. Der Autor hat in seinem Buch „Inside Jihad“ am eigenen Beispiel die Entwicklungs-

stufen hin zu einem salafistischen Dschihad-Denken nachgezeichnet. Dabei hat er zunächst die systematischen Versuche der ideologischen Führer beschrieben, die Mitglieder ihrer Gruppe von allen „un-islamischen“ Einflüssen abzuschotten, ihr religiöses und moralisches Überlegenheitsgefühl zu stärken und gleichzeitig ihr (selbst)kritisches Denken zu unterdrücken. Koranische Auffor-

derungen zum Kampf gegen die Ungläubigen und abwertende Aussagen über Juden, Christen und Heiden werden genutzt, um einen permanenten Kriegszustand zwischen den wahrhaft Gläubigen auf der einen und den Ungläubigen sowie den vermeintlichen Heuchlern und Abgefallenen in den eigenen Reihen auf der anderen Seite zu propagieren. Gewalt ist in diesem Denken zumindest als notwendiges

Mittel der „Verteidigung“ legitim – und zwar gegen all jene islamfeindlichen Mächte, die sich auf regionaler und globaler Ebene der umfassenenden Durchsetzung der Scharia und damit – aus ihrer Sicht – der Aufrichtung der natürlichen und gottgemäßen Ordnung widersetzen. Schon der zweifelnde Gedanke wird zur Sünde erklärt; den Halbherzigen und Unentschlossenen werden die im Koran ausführlich beschriebenen Höllenstrafen angedroht. Gleichzeitig erscheint der persönliche kämpferische Einsatz für die islamische Gemeinschaft als der einzig sichere Weg zum Paradies, das nach Aussagen einschlägiger islamischer Überlieferung vor allem für die Männer einen Ort der sinnlichen Freude darstellt.

Keine Alternative zur Loslösung vom politischen Erbe Muhammads

Um salafistischen Ideologien den ideologischen Nährboden zu entziehen, ist es nach Polanz unumgänglich, zentrale Aspekte der bis heute an den einflussreichen islamischen Institutionen vorherrschenden Theologie zu hinterfragen. Dazu zählt Polanz unter anderem den Anspruch des traditionellen Schariarechts, nicht nur das persönliche, sondern auch das gesamte politische und gesellschaftliche Leben zu durchdringen. Solange man sich nicht von diesem politischen Erbe Muhammads und der Unantastbarkeit seines Vorbilds löst, ist laut Polanz eine Gleichberechtigung von Frauen und Nicht-Muslimen ebenso ausgeschlossen wie umfassende Glaubens- und Meinungsfreiheit. Prophetische Aussprüche wie „Wer seine Religion wechselt, den tötet“ würden bis heute von einer Mehrheit muslimischer Gelehrter herangezogen, um Muslime, die sich sichtbar vom Islam abwenden oder „unanfechtbare“ Lehren und Bestimmungen des Islam kritisieren, mit dem Tod zu bedrohen. In einem gesellschaftlichen Klima, in dem solche Positionen vertreten oder stillschweigend geduldet werden und in dem Zwang und Gewalt als Mittel zur Durchsetzung religiöser Überzeugungen nicht kategorisch ausgeschlossen werden, werden glaubhafte Warnungen vor der Ideologie des Salafismus und Dschihadismus wenig wirksam sein, so Polanz.

Die gesamtgesellschaftliche Herausforderung erkennen

Gleichzeitig sollte sich laut Polanz die gesamte Gesellschaft genauer mit den Gründen und Prozessen der Radikalisierung junger Menschen in westlichen Gesellschaften auseinandersetzen. Muslimische Migranten der zweiten und dritten Generation sind häufig auf der Suche nach ihrer Identität, fühlen sich aufgrund tatsächlicher oder gefühlter Ablehnung weder in Deutschland noch in ihren Herkunftsländern zu Hause. Die Fülle westlicher Freiheiten scheint schwer mit der moralischen Orientierung vereinbar, die der traditionellen Islam gibt. Salafistische Organisationen gehen mit ihren jüngsten Einsätzen in Fußgängerzonen und auf deutschen Schulhöfen gezielt auf junge Migranten zu, bieten den Entwurzelten in ihrer eng verschworenen Gemeinschaft ein neues Zugehörigkeitsgefühl und malen ihnen den Einsatz für eine gerechte Sache und die Wiederherstellung ihrer Ehre als „Heilmittel“ ihrer manchmal durch Brüche gekennzeichneten Biographie vor Augen. Polanz macht jedoch auch darauf aufmerksam, dass die klaren Regeln und einfachen Feindbilder salafistischer Gruppen auch anziehend auf die zunehmende Zahl deutscher Konvertiten wirken. Diese sind häufig vom westlichen Materialismus enttäuscht und sehnen sich in einer zunehmend individualistischen und relativistischen Gesellschaft nach mehr Gemeinschaft und moralischer Eindeutigkeit. Um Warnsignale frühzeitig zu erkennen und Radikalisierung vorzubeugen, bevor dafür Anfällige im Teufelskreis von Rückzug und Ablehnung gefangen sind, ist es nach Polanz auch notwendig, die im Westen um sich greifende Sprachlosigkeit in Glaubens-, Werte- und Sinnfragen zu überwinden. Es gelte jungen Menschen zu zeigen, dass ein offener und respektvoller Umgang mit Andersdenkenden starke eigene religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen nicht ausschließen muss. Wenn muslimische Migranten jedoch den Eindruck gewinnen, dass nur Religionslosigkeit mit Demokratie und Freiheitsrechten kompatibel sei, würden diese schwerlich Akzeptanz finden.

Hintergrund: Der Anspruch der Salafisten

Salafisten beanspruchen für sich, den wahren, reinen und ursprünglichen Islam zu verkörpern. Die ersten Vordenker dieser Bewegung bedauerten im 19. Jahrhundert die Überlegenheit der westlichen Kolonialmächte in politischer, militärischer, wissenschaftlicher und technologischer Hinsicht und sahen die Schwäche der islamischen Welt in einer Abwendung vom „wahren Islam“ begründet. Sie wollten zurück zum „Goldenen Zeitalter“ der Muslime. Dazu sollten Muslime wieder konsequent die koranischen Werte und Rechtsnormen beachten und in möglichst allen Lebens- und Gesellschaftsbereichen der Gewohnheit (sunnä) Muhammads und seiner Gefährten folgen. Vor allem aber sollte das Schariarecht umfassend angewendet werden. Indem sich die islamische Gemeinschaft auf diese Weise von allen unislamischen – vor allem westlichen – Einflüssen reinigt, sollte sie zu alter Stärke zurückfinden und – kurz- oder langfristig – die globale Vorherrschaft erlangen. War die frühe Bewegung noch vielfältiger und stärker auf die Reform von Kultur und Bildung konzentriert, propagierten die stark vom Salafismus inspirierten islamistischen Gruppen des 20. Jahrhunderts – allen voran die ägyptische Muslimbruderschaft – den Islam und die Aufrichtung der Scharia als Lösung aller politischen und gesellschaftlichen Probleme. Im Zuge der Re-Islamisierung in den 1970er Jahren etablierte sich in den einflussreichsten theologischen Institutionen eine salafistische Lesart des Islam. Vor allem Saudi-Arabien sponsert heute mit seinen Ölgeldern die weltweite Verbreitung salafistischer Ideologie. Zu den Feindbildern der Salafisten gehören heute nicht nur der Westen und Israel, sondern – wie gerade in Syrien und zahlreichen anderen Staaten zu beobachten ist – auch der Iran und die von ihm unterstützten schiitischen Gruppen, zu denen auch das alawitische Assad-Regime zählt. □

(Pressemitteilung des Institutes für Islamfragen (IfI) in Essen der Deutschen Evangelischen Allianz e.V.)

Landeskomitees der Katholiken in Bayern

„DIE Jugend gibts nicht“ ...

... war das Thema der Vollversammlung (04./05.04.2014 in Freising) des Landeskomitees der Katholiken in Bayern. Das „Landeskomitee der Katholiken in Bayern“ ist in Bayern der höchste Zusammenschluss von Laienvertretern in der katholischen Kirche. Als Vertreter der GKS entsendet der Bereich Süd einen Delegierten. Mit dieser Aufgabe ist Oberstabsfeldwebel a.D. Reinhard Kießner beauftragt. Darüberhinaus ist der frühere Generalvikar der Katholischen Militärseelsorge, Apostolischer Protonotar Walter Wakenhut, seit Januar 2014 der neue geistliche Beauftragte der Freisinger Bischofskonferenz für das Landeskomitee. Zweimal im Jahr finden Vollversammlungen statt. Neben einem Hauptthemenbereich werden kirchenpolitische Fragen diskutiert. Gastgeber der Vollversammlungen sind jeweils im Wechsel die sieben bayerischen Diözesen. Die diesjährige Frühjahrsvollversammlung fand in Freising statt. Üblicherweise wohnt der gastgebende Diözesanbischof den Vollversammlungen bei und äußert sich zur Lage bzw. zu einem aktuellen Thema der Kirchenpolitik. Als frischgewählter Vorsitzender deutschen Bischofskonferenz konnte Kardinal Reinhard Marx, Erzbischof von München und Freising, begrüßt werden.

Auszüge seiner Rede vor der Vollversammlung

„Eine Kirche die alles weiß, die auf alles eine Antwort hat, ist nicht glaubwürdig“ sagte er. Die Wahrheit des Glaubens „sei nicht einfach ein System, das wir verteidigen, sondern die Person Jesu Christi, der wir begegnen“. Marx warnte vor starrem Beharren und Festhalten an Althergebrachten: „Wenn wir wahrgenommen werden als eine Institution, die ihre Wahrheit verteidigt, ist das schief. Denn dann ist das Häuserkampf und nicht Evangelisierung“.

Bei der Weitergabe des Glaubens stehe die Kirche vor großen Herausforderungen: „Wir erleben einen großen Transformationsprozess des religiösen Lebens und der ganzen Gesellschaft in Deutschland“. Es gehe um eine Gesellschaft, die mehr verbindet als eine Fußball-Weltmeisterschaft oder das Streben nach Wohlstand“.

Die Pastoral der Kirche sei viel „radikaler in Frage gestellt, als wir vermuten“. Die Seelsorge gehe immer noch sehr stark von „Selbsterhaltung“ aus, dabei gehe es eigentlich um „die Zukunft des gesamten Christlichen Glaubens in unserem Land und darum, was er bedeuten soll“. Die Frage sei nicht, „wie rette ich meine Pfarrei“, sondern, „ob eine moderne Gesellschaft mit vielfältigen Möglichkeiten auf Dauer zusammenhalten“ könne.

Eine pastorale Herausforderung sei auch die Integration der Armen. Damit seien „nicht nur die materiell Armen, sondern auch die Kranken, die Suchenden, die Dementen, die

Schwachen“ gemeint: „Wenn diese keine Platz mehr in der Kirche haben, dann sind wir nicht mehr die Kirche Jesu Christi“.

In der Frage der Kirchenfinanzen bekräftigte Marx seine Forderung nach mehr Transparenz. Die kirchlichen Finanzen unterlägen einer dreifachen Zweckbestimmung:

Jahren und an die Pfarreien in 100 Jahren. Soweit die Rede des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz.

Thema: Jugend

Im thematischen Teil der Vollversammlung befassten sich die Delegierten mit dem Thema Jugend. Dazu



Blick in das Auditorium während der Tagung

- Der Verkündigung des Evangeliums
- Den Bereichen Kunst, Kultur und Kirchenbau
- Der Sorge für die Menschen, besonders den Armen aber auch den Menschen, die für die Kirche tätig sind

Alle reden von „nachhaltiger Finanzwirtschaft, aber keiner macht es“, kritisierte Marx mit Blick auf staatliche Haushalte. Wir als Kirche müssten aber auch an die Armen in 100 Jahren denken, an die Kirchen in 100

wurden minderjährige Flüchtlinge, Jugendliche in der Berufsvorbereitung und junge Menschen aus der kirchlichen Verbandsarbeit eingeladen. Im Zusammenspiel mit einem Vortrag über zentrale Erkenntnisse aus wissenschaftlichen Jugendstudien und den Beratungen sowie den Begegnungen mit den Jugendlichen wurden folgende Ergebnisse festgehalten:

- Jugendliche mit Förderbedarf.
- Bewusstsein muss in den Pfarrgemeinden geschaffen werden

- Politik muss gute Integrationsmöglichkeiten bieten
- Jugendliche brauchen emotionale Wertschätzung
- Respekt und Anerkennung sind wichtig.

Jugendliche in der Berufsausbildung

- Lebenswirklichkeit von Jugendlichen wahrnehmen
- Kirche kann für Jugendliche Heimat bieten
- Glaube ans Glückliche und Hoffnung, dass es so richtig ist.

Junge Menschen in katholischen Verbänden

- Dialog zwischen Jugend und Erwachsenen kann beide Seiten bereichern
- Jugendliche müssen auf ihrer Sinnsuche Unterstützung erleben.

Mit der Jugendwerkwoche des GKS Bereiches Süd hat der Verband einen Schritt in Richtung Jugend gemacht. Wenn die Jugend nicht unbedingt das Hauptthemenfeld eines katholischen Soldatenverbandes ist, darf sie auf keinen Fall außer Acht gelassen werden. Gerade in der Wertevermittlung – insbesondere einer ethischen Grundeinstellung – müssen wir als katholischer Erwachsenenverband innerhalb der Militärseelsorge versuchen, „DIE JUGEND“ mitzunehmen.

Das Gesamtresümee über die Vollversammlung des Landeskomitees der Katholiken in Bayern fällt positiv aus. Die Teilnahme von Soldaten wird mit großem Interesse wahrgenommen. Das zeigt die Berufung von zwei Mitgliedern der GKS in die Sachausschüsse des Landeskomitees:

- Oberfeldwebel (w) d.R., Claudia Wagner in den Sachausschuss

„Familie – Erziehung – Bildung“ hat als ehemalige Soldatin und Ehefrau eines Soldaten die besten Voraussetzungen, ihr Wissen um die Belange der Soldatinnen und Soldaten in diese Sachausschussarbeit einzubringen.

- OStFw d.R. Reinhard Kießner in den Sachausschuss „Mission – Gerechtigkeit – Frieden“. Durch die Mitarbeit in dem GKS-internen Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ sowie langjähriger Verbandstätigkeit gibt er den Soldaten eine Stimme in diesem Sachausschuss.

Getreu den Leitsätzen der GKS ist die Mitgliedschaft in den verschiedenen Gremien der Gesellschaft wichtig, so auch im Landeskomitee der Katholiken in Bayern.

(Text: Reinhard Kießner,

Foto: Landeskomitee Bayern)

Bundeswehr in der Öffentlichkeit

Bundeswehrmusikkorps in der Frauenkirche

VON: RAINER ZINK

Am 30. April 2014 begann der erste musikalische Gottesdienst mit Militär in der Frauenkirche um 20.00 Uhr mit der Eurovisionsmelodie, die auch als Fanfare bei länderübergreifenden Fernsehübertragungen ertönt. Diese Melodie, die ebenso bei Shows wie „Wetten dass...“ erklingt ist ein Klassiker und zudem Auftakt zum lateinischen Lob- und Bittgesang „Te Deum“ von Marc-Antoine Charpentier, französischer Komponist aus dem 17. Jahrhundert.

Die Idee des Gottesdienstes in der Frauenkirche

Die Idee zu diesem Gottesdienst entstand nach der Flut im vergangenen Jahr, bei der auch Soldaten massiv im Einsatz waren. Die Schirmherrin der Familienbetreuung der Bundeswehr, Frau Martina de Maizièrre sowie der Veranstalter des Gottesdienstes, die Stiftungskirche wollten sich mit diesem Gottesdienst bei allen Helfern der Flutkatastrophe bedanken, insbesondere bei der Bun-

deswehr, ohne die viele Katastrophen- und Rettungseinsätze nicht denkbar gewesen wären, kommentierte der Dresdner CDU-Landtagsabgeordnete Christian Piwarz diesen Gottesdienst. Auch der Landesbischof Jochen Bohl, Vorsitzender des Stiftungskuratoriums stand hinter diesem Gottesdienst und die Stiftungssprecherin Grit Jandura teilte mit, dass die Frauenkirche sich als Ort verstehe, der Brücken in verschiedene und teilweise auch sehr sensible Bereiche des gesellschaftlichen Lebens baut und dazu gehöre eben auch die Bundeswehr.

Überhaupt konnten die zahlreichen Besucher, immerhin mehr als 500 an diesem Abend erstaunt sein, denn erstmalig in der Geschichte in der Hauptstadt Sachsens haben uniformierte Soldaten der Bundeswehr bei einem Gottesdienst in der Frauenkirche in DRESDEN musiziert. Das Wehrbereichsmusikkorps III aus ERFURT unter der Leitung von Oberstleutnant Roland Kahle interpretierte sowohl Sonaten von Johann Sebastian

Bach, als auch Musikstücke wie „Over the Rainbow“ von Harald Arlen und den bekannten Marsch „Pomp and Circumstance March Nr. 1“ von Edward Elgar.

Dennoch erregte der Auftritt der Uniformträger schon vor diesem Event Widerstand und auch am Abend, wenige Minuten vor Beginn des Gottesdienstes meldeten sich in der Kirche zwei junge Frauen mit FDJ-Hemden zu Wort: „Bundeswehr raus aus diesem Haus“ und „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ waren ihre Phrasen, allerdings wurden die jungen Damen innerhalb weniger Minuten aus der Frauenkirche heraus komplimentiert.

Gleichwohl konnte der Gottesdienst dann pünktlich beginnen und der evangelische Pfarrer der Frauenkirche, Pfarrer Holger Treutmann begrüßte die zahlreichen Gäste.

Er begann damit, dass es sich nunmehr schon fast jährt, dass DRESDEN vom Elbehochwasser betroffen war. Der Pfarrer betonte, dass



Pfarrer Holger Treutmann begrüßte die zahlreichen Gäste in der vollbesetzten Frauenkirche

viele Freiwillige, Hilfsorganisationen, Polizei, Feuerwehr und nicht zuletzt die Bundeswehr zusammengewirkten, sodass Schlimmeres verhütet werden konnte und Menschen schnell und ohne Ansehen der Person geholfen wurde. „Die Frauenkirche blieb von den Schäden unberührt und Gebete für die Betroffenen und Helfer fanden Raum in Gottesdiensten und Andachten, aber auch Spenden konnten gesammelt werden“ so Pfarrer Treutmann und deshalb habe sich die Kirche der Anfrage gern geöffnet und zusammen mit dem Musikkorps der Bundeswehr einen musikalischen Gottesdienst gestaltet, um seinen Dank auszudrücken.

Begrüßung

Pfarrer Treutmann begrüßte nunmehr die vielen Gäste und nannte stellvertretend für alle einige wenige namentlich, beginnend mit dem Innenminister von Sachsen, Markus Ulbig. Darüber hinaus nannte er den Polizeipräsidenten Dieter Hanitsch und den Kommandeur, Landeskommando Sachsen, Michael Knop.

Weiter verwies Treutmann in seiner Begrüßung, dass man in dieser Kirche nur zusammenkommen könne mit friedlicher Gesinnung und versöhnlicher Haltung und der Wiederaufbau der Frauenkirche stehe in einzigartiger Weise unter diesem Vorzeichen.

„Wir feiern Gottesdienst, es geht uns um Gott. Es geht Gott um die Menschen unabhängig von ihrer Ge-

sinnung und Einstellung und politischen Meinung, das glaube ich“ betonte der Pfarrer und er erläuterte, dass gerade dieser Gottesdienst mit Musik gefeiert werde und gestaltet sei vom Wehrbereichsmusikkorps III der Bundeswehr mit weltlicher und geistlicher Musik. „Allein Gott die Ehre, steht in den drei Buchstaben SDG, soli deo gloria in der Kartusche über der höchsten Orgelpfeife. Ihm allein gilt unsere Verehrung und der Ruhm. Wir feiern diesen Gottesdienst im Namen Gottes, des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes“ beendete der Kirchenpfarrer seine Begrüßung.

Die Frauenkirche als Zeichen der Versöhnung

Mit diesem bedeutenden Gedanken wollte sich Pfarrer Sebastian Feydt, ebenfalls evangelischer Pfarrer der Frauenkirche auseinandersetzen. Dabei fokussierte er sich auf den Wiederaufbau der Frauenkirche, insbesondere auf die Bedeutung der Steine aus deren Sicht.

Pfarrer Feydt stellte somit seine erste Frage: „Wenn Steine schreien könnten, was würden wir hören von den dunklen Steinen in der Fassade der Kirche? Einen Aufschrei, über das, was geschieht, als vor 100 Jahren auch hier in Dresden die Zustimmung zu einem Krieg aus der Bürgerschaft dieser Stadt laut zu vernehmen war?“

Auch in seiner zweiten Frage ging der Pfarrer erneut auf die Bedeutung der Steine ein und dabei hinterfragte er: „Wenn die Steine schreien könn-

ten, hören wir einen Warn-Schrei, den der Pfarrer und Superintendent Hugo Hahn hier aus der Frauenkirche 1934 mit nach Wuppertal-Barmen nahm, als er dort bei der Bekenntnissynode von Barmen predigte:

„Sich an Christus halten, auf die Heilige Schrift hören und den Einzug der menschenverachtenden Ideologie der Nationalsozialisten in der Kirche widerstehen“, denn in der Erklärung der Synode heißt es, dass der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt, für Recht und Frieden zu sorgen.“

Weiterhin richtete Feydt seinen Augenmerk auf die Steine und er stellte sich wiederum die gleiche Frage: „Wenn Steine schreien könnten, hören wir Angstschreie, als der von Deutschland ausgehende Zweite Weltkrieg nach Deutschland zurückkehrte, am Ende auch nach Dresden und das Feuer sich in den Stein der Kirche fraß, so dass die Frauenkirche im Februar 1945 einstürzte“ und „wenn Steine schreien könnten, könnten wir hören, wie die dunklen Steine der Frauenkirche, aufgetürmt in der Ruine des Gotteshauses, in den folgenden Jahren und Jahrzehnten die Mahnung in die Welt sandten: Krieg soll nicht mehr sein und Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein, denn was nicht sein soll, das verbanden die Menschen mit diesem Ort.“

Auch im Weiteren ging der Kirchenpfarrer erneut auf die Besonderheit der Steine ein und er stellte die Frage: „Wenn die Steine schreien könnten, hören wir dann noch die stummen Schreie, den stillen Protest? Mit ihnen verband sich im Februar 1982 die Bitte: „Dona nobis pacem“ - Herr, gib uns deinen Frieden. Groß war damals die Sehnsucht, den Kalten Krieg zu überwinden, von einem kalten Frieden zum verheißenen Schalom aufzubrechen.“ Der Glockenschlag der Kreuzkirche, die Zeitansagen der Ökumenischen Versammlung 1987 und 1989 fanden ihren Widerhall an den Trümmersteinen der Frauenkirche und deshalb ging Pfarrer Feydt auch weiterhin auf diese Thematik ein:

„Wenn die Steine schreien könnten, hören wir den Jubelschrei vom Herbst und Winter 1989? An der Ruine dieser Kirche erhält der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands starke Impulse; entfaltet die Frauenkirche ihre Kraft, zu einem Symbol für Verständigung und Versöhnung in Europa zu werden.“

Nun ging Feydt auch auf die Flutkatastrophe in Dresden ein, und auch hier benutzte der sie Steine: „Wenn die Steine schreien könnten, hören wir den Hilfeschrei aus dem Jahr 2002 und wieder aus im letzten Sommer, als das Wasser der Elbe und das Grundwasser der steinernen Kirche bedrohlich nahe kam? Beide Male ist die Frauenkirche vor großem Schaden bewahrt geblieben und konnte stattdessen diejenigen unterstützen, die so überwältigend geholfen haben; dankbar und bittend für alle beten, die Angehörigen der Bundeswehr eingeschlossen.“

Bilanz zum Zeichen der Versöhnung

Nach diesen vielen offenen Fragen hat der Kirchenpfarrer letztendlich auch eine Schlussfolgerung angeboten und er kam zu folgenden Überlegungen:

„Was haben uns die Steine der Frauenkirche heute zu sagen, die dunklen wie die hellen Steine? Sandsteine sind sie alle und Sandstein ist ein sensibles Gestein, aufnahmefähig, lange bewahrend und die Geschichte hat sich in den Sandstein dieser Kirche eingeschrieben.“

Dunkle Zeiten in die heute dunklen Steine, lichte Momente, berührende Zeichen der Versöhnung in die hellen Steine, nebeneinander stehen sie im Dialog, oder als Gegensatz?

In der Fassade verändert sich die Farbe der Steine, der Kontrast, das Dunkle hier und das Helle dort verblasst. Ist das ein Zeichen dafür, dass es auf Dauer kein Schwarz und Weiß gibt, sondern unser Leben und unser Glauben, unser Ringen um den Frieden und die Versöhnung gerade dort, mitten drin sich vollzieht? Mit diesen Fragen wollte Pfarrer Feydt seine Gedanken den Christen in der Frauenkirche nahebringen, nicht jedoch um schlussendlich folgendes Fazit darzulegen: „Versöhnung lässt Men-

schen miteinander Frieden finden und Versöhnung lässt uns Menschen zu Gott finden, also hören wir auf die Botschaft der Steine dieser Kirche!“ Mit diesem bedeutenden Schlusssatz beendete der Kirchenpfarrer seine Worte.

Geistliches Wort

Das Geistliche Wort wiederum gestaltete Pfarrer Treutmann und er stellte voran seine Gedanken zum Ende eines Tages: „Am Ende eines Tages die Dienstkleidung und Uniform ausziehen und sich noch einmal unter den weiten Nachthimmel stellen; am Ende des Tages die Robe im Gericht an den Haken hängen und frische Luft schnappen; am Ende des Tages Stethoskop und sterile OP-Kleidung ablegen und allein durch die Nacht gehen; am Ende eines Tages das Werkzeug zusammenpacken und noch für eine Zigarette aus dem Baucontainer treten; am Ende eines Tages Talar ausziehen und die Kirche verlassen und den Mond wie einen großen gelben Ball am Himmel sehen; am Ende eines Tages die Transparente einrollen und die Einsamkeit der Nacht genießen; am Ende eines Tages allein unter freiem Himmel stehen und die Sterne zählen, wie sie immer mehr werden, je länger man hinschaut.“

Nach diesen ersten Gedanken ging der Kirchenpfarrer näher auf den Psalm 8 ein: „Wenn ich sehe die Himmel, deiner Finger Werk, den Mond und die Sterne, die du bereitet hast: was ist der Mensch, dass du seiner denkst; und des Menschen Kind, dass du dich seiner annimmst?“ Der Pfarrer resümierte, dass in kaum einem anderen Psalm Hoheit und Winzigkeit so eng aufeinander bezogen seien, denn Gott lässt sich mächtig machen durch die Weite der Sternennbahnen, die er geschaffen hat, und zugleich durch den Mund der kleinen Säuglinge, die hilflos in der Wiege liegen. Im Gottesdienst gehe es um den Menschen, unabhängig von seiner Uniform, seiner Dienstkleidung, seiner Profession oder Qualifikation. Es gehe um den Menschen und seine Beziehung zu Gott, so Pfarrer Treutmann.

Bibelsprüche im Geistlichen Wort

Darüber hinaus befasste sich der Kirchenpfarrer in seinem Geist-

lichen Wort mit weiteren Bibelsprüchen, die hier in Beispielen erläutert werden:

„Eines Tages, sagt die Bibel, da braucht es keine Soldaten mehr, da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen machen. (Mi. 4,3) und eines Tages braucht es keine Ärzte mehr. Jesus heilt Menschen und lässt uns ahnen, dass Krankheit und Leid dieser Welt überwunden sein werden. (Offb. 21,4). Es kommt die Zeit, da muss nicht einer den anderen unterweisen, es braucht keine Lehrer und Dozenten mehr, sondern das Land wird voll der Erkenntnis sein. (Jes. 11,9) und eines Tages braucht es wahrscheinlich keine Pfarrer mehr, denn die Welt wird Gott erkennen, sie werden nicht aufwändig zu ihm beten, sondern noch ehe sie rufen, wird Gott sie hören (Jes. 65, 24).“ Nach diesen Bibelsprüchen beschäftigte sich der Pfarrer mit dem Frieden und er zitierte dabei aus (Phil 4,7): „Das wird ein Frieden sein, der höher ist als alle Vernunft.“ „Ein Frieden, den wir mit sprachlichen Mitteln und unserer Vorstellungskraft nur unzureichend beschreiben können“, so Treutmann und dies geschehe manchmal in kleine Gesten der Versöhnung, manchmal ahnten wir es in der Musik und in der Kunst und manchmal geschehe es gegen jede Vernunft. „Der Aufbau dieser Kirche, die 45 Jahre lang eine Ruine war, Trümmerhaufen, betrauert, beweint, ideologisch missbraucht, wiederaufgebaut in Begeisterung für die Idee: Verständigung ist möglich, eiskalte Blöcke schmelzen; Brücken werden geschlagen über alte Gräben hinweg. Ein Symbol der Vollkommenheit - und doch nur ein Bauwerk im Leben unserer Zeit - und für manche nur schwer erträglich, dass darin Soldaten sitzen.“

Frieden im Geistlichen Wort

Eine Kirche, in der genau von diesem Frieden die Rede sein soll, der höher ist als alle Vernunft. Ein Frieden, der von Gott kommt; den wir aus eigener Kraft nicht schaffen“ zelebrierte Pfarrer Treutmann und er richtete dabei seinen Fokus auf (Joh. 14, 27) „Den Frieden lasse ich euch – meinen Frieden gebe ich euch.“

„Immer ist da eine Differenz zwischen dem göttlichen Frieden, der uns verheißt und dem Frieden,

den wir bereiten können“. „Nie wieder Krieg ist gesättigt von bitterer Erfahrung. Eine Rüstungsindustrie, die wesentliche Teile unseres wirtschaftlichen Erfolgs ausmacht, darf die Politik nicht in Abhängigkeiten führen“ erläuterte Treutmann und er setzte fort:

„Ob diese Welt aber friedlicher aussähe, wenn es keine Soldatinnen und Soldaten gäbe, ist doch sehr die Frage. Wir leben alle in ethischen Konflikten zwischen Leben und Tod. Wenn eigennütziger und menschenverachtender Gewalt nicht Einhalt geboten werden kann, bleiben wir nicht Unschuldige. Das Dilemma des politisch-ethischen Konflikts bleibt, genauso wie es in anderen Bereichen ethische Konflikte gibt. In der Rechtsprechung, in der Medizin, in der Wirtschaft und Politik, in der Pflege. Wir werden fast immer schuldig und müssen die Verhältnismäßigkeit prüfen. Soldatinnen und Soldaten aber aus der Gesellschaft hinauszudrängen und zu meinen, damit Frieden zu schaffen, ist mehr als kurzschlüssig. Ihnen den Friedenswillen abzusprechen ist ungerecht. Ich vermute, eine Armee, die sich von der Bevölkerung getragen weiß, handelt im Ernstfall verantwortlicher und behutsamer als

eine Armee, die den Eindruck hat, sie muss Leib und Psyche hinhalten, und wird dafür auch noch gescholten oder lächerlich gemacht.“

„Wir können nur Frieden stiften, wie es in der Bergpredigt heißt“ schilderte der Kirchenpfarrer und er bezog sich hier auf (Mt. 5,9) „Selig sind die Friedensstifter.“ Dazu empfahl er, Impulse zu setzen, sich die Hände reichen, kleine Lichter anzünden, verhandeln, mühsam und geduldig. Der Krieg müsse verhindert werden, solange es geht, und Krieg müsse beendet werden, so früh wie möglich. „Immer die Tür zur Versöhnung offen lassen. Das ist die Botschaft dieser Kirche; auch an Wunder zu glauben und das Unmögliche hoffen, denn wer dem Evangelium gemäß leben will, wird immer mehr glauben und immer mehr hoffen und immer mehr lieben, als realistisch ist, um dem göttlichen Frieden entgegen zu leben. Er weiß aber auch darum, dass wir in dieser Welt nicht durch den Regen kommen, ohne nass zu werden. In ethischen Konflikten haben wir oft nur die Wahl zwischen größeren und kleineren Übeln und müssen entschieden handeln“ resümierte Pfarrer Treutmann und er beendete sein Geistliches Wort mit der Mission: „Als Soldaten, als Frie-

densaktivisten, als Ärzte, als Lehrer, als Handwerker und Bauleute, als Richter und Pfarrer, Diplomaten und Dolmetscher. Noch ist kein Friede. Unter dem Nachthimmel ahne ich, dass Gott keinen vergisst und einen Frieden bereithält, der höher ist als alle Vernunft.“

Fazit

Trotz der Aufregung im Vorfeld verlief dieser 1 ½ stündige Gottesdienst störungsfrei und äußerst friedvoll und die Bundeswehr mit dem Musikkorps war auch nach der Aussage der Regionalen Tagespresse in der Frauenkirche willkommen.

Oberst Knop bekräftigte seine Position: „Wir leisten unseren Dienst für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger“ und dies gelte für die Auslandseinsätze wie für den Hochwassereinsatz in Sachsen, so der Oberst „wir fühlen uns als Teil der Gesellschaft“. Ferner bekräftigte der Kommandeur Landeskommando SACHSEN, dass die Friedenserhaltung die Richtschnur des Handelns für die Bundeswehr sei. Dabei bezog er sich auf die Verfassung: „Zu allererst bedarf es des Friedens zur Erhaltung der Menschenwürde.“ □

(Foto: Marko Ahrendt)

Kurznachrichten

Bundesweit 42. Autobahnkirche eingeweiht

Die 42. Autobahnkirche in Deutschland ist am Sonntag in Brieselang-Zeestow (Brandenburg) eröffnet worden. Das evangelische Gotteshaus ist zugleich die erste Autobahnkirche an der A 10, dem „Berliner Ring“. Für den 15. Oktober ist die Einweihung der 43. Autobahnkirche am Parkplatz „Thüringer Tor“ bei Bibra (Thüringen) an der A 71 geplant.

Die Zeestower Dorfkirche wurde seit 40 Jahren nicht mehr von der Kirchengemeinde genutzt. Ihre fünfjährige Renovierung kos-

tete nach Kirchenangaben mehr als eine Million Euro. Die Mittel kamen unter anderem von der Europäischen Union, Bund und Land sowie der Stiftung zur Bewahrung kirchlicher Baudenkmäler in Deutschland.

Bei der Eröffnung stellte der evangelische Bischof Markus Dröge den neuen Bilderzyklus „Die Berufenen“ des Berliner Künstlers Volker Stelzmann vor. Die zwölf lebensgroßen Gemälde erinnern an Obdachlose. Ihnen sind die Namen der zwölf Apostel zugeordnet. Zu

jedem Gemälde gibt es einen QR-Code. Mit einem Mobiltelefon oder einem Tablet-Computer sind Beiträge dazu abrufbar.

Die Autobahnkirchen haben nach Schätzungen bundesweit jährlich rund eine Million Besucher. Nach den Statuten muss ein solches Gotteshaus eine direkte Anbindung an eine Raststätte oder Abfahrt haben. Sie darf nicht mehr als 1.000 Meter von der Autobahn entfernt sein. Der Träger muss sie zudem täglich mindestens von 8 bis 20 Uhr öffnen. □

(KNA)

Interview mit GKS-Mitglied Generalmajor Josef Blotz

„Ohne meinen Glauben könnte ich nicht Soldat sein“

NATO-General Blotz über die Krim-Krise und Auslandseinsätze

VON VOLKER RESING (KNA)

Generalmajor Josef Blotz (57) ist einer der ranghöchsten deutschen Generäle in der Brüsseler Nato-Zentrale und seit Juli 2013 Abteilungsleiter Einsatzplanung beim Internationalen Militärstab. Zuvor war er zweimal im Einsatz in Afghanistan, unter anderem als Sprecher von ISAF-Kommandeur David Petraeus. Der engagier- te Katholik, früher Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), spricht im Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) über die aktuelle Lage in der Ukraine, aber auch über das Spannungsverhältnis, in dem sich ein Christ und Soldat befindet.

KNA: Seit langem war die Nato nicht mehr so in den Schlagzeilen wie dieser Tage durch den Konflikt mit Russland. Droht ein neuer Krieg in Europa?

Blotz: Nein. Eine Lehre aus den fürchterlichen Kriegen des 20. Jahrhunderts ist ja gerade, dass es die Automatismen nicht mehr gibt, die beispielsweise vor 100 Jahren mit zum Ersten Weltkrieg geführt haben. Heute wissen wir alle, auch die Soldaten, dass Konflikte am Verhandlungstisch gelöst werden müssen, nicht auf dem Schlachtfeld. Auch deswegen sind kriegerische Auseinandersetzungen zumindest in Europa sehr unwahrscheinlich geworden.

KNA: Dennoch scheint eine neue Eiszeit heraufzuziehen. Die Nato stoppt die Zusammenarbeit mit Russland.

Blotz: Die militärische Kooperation wurde seitens der Nato richtigerweise ausgesetzt, denn das Vorgehen Russlands auf der Krim ist illegal und illegitim. Das heißt aber nicht, dass alle Kontakte abgebrochen werden. Die Nato ist zuallererst ein politisches Bündnis, das ist vielen nicht klar. Russland und die Ukraine sind seit Jahren mit Ständigen Vertretern bei der Nato in Brüssel akkreditiert. Der Dialog wird auf hoher Ebene weitergehen – was gerade in Krisenzeiten notwendig bleibt.

KNA: Aber Sie und ihre Kollegen hier sind doch Soldaten, keine Diplomaten. Es geht um militärische Einsätze, die tendenziell ja ausgeweitet werden sollen.

Blotz: Es ist völlig falsch, das Selbstverständnis und den Einsatz von Soldaten ausschließlich militärisch zu definieren. Das ist nicht unser Ansatz. Ein Einsatz muss immer politisch entschieden sein, und er muss vernetzt werden mit diplomatischen und zivilen

Elementen, mit Entwicklungszusammenarbeit, mit Staats- beziehungsweise Gesellschaftsaufbau. Das habe ich in Afghanistan ganz deutlich erlebt. Da haben wir alle dazugelernt. Die alleinige Anwendung von Militär in Krisen ist immer falsch.

KNA: Sie selbst kennen die Lage in Afghanistan aus verschiedenen Einsätzen. War der Einsatz insgesamt erfolgreich?

Blotz: Mein generelles Fazit ist positiv. Angesichts der Ausgangslage in 2001 mit der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus sind wir weit gekommen. Afghanistan ist ein anderes Land geworden. Wir haben jetzt Wahlen, gute Ansätze von Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftlichem Fortschritt. Aber natürlich bleiben auch nach 2014 noch Herausforderungen, etwa bei der Sicherheit, bei Korruption und Drogenanbau.

KNA: Was halten Sie von einem verstärkten Einsatz der Bundeswehr im Ausland?

Blotz: Es geht immer und zuerst um den politischen Auftrag, abgeleitet von politischen Interessen und Zielen. Militär kann Sicherheit gewährleisten, um Menschenleben zu schützen und Entwicklung zu ermöglichen. Militär um des Militärs Willen ist falsch. Es gilt der Primat der Politik. Wenn es zu einem neuen Auftrag käme, kann Militär einen Beitrag in einem gesamtstaatlichen Ansatz leisten. Das könnte im Extremfall auch die Anwendung von Gewalt zum notwendigen Schutz von Menschen und Aufbauleistungen bedeuten.

KNA: Die Kirchen haben gewarnt, zu sehr auf die militärische Option zu setzen. Je weniger Militär, desto besser?

Blotz: Ich unterscheide grundsätzlich zwischen Militär und Gewalt. Natürlich gilt: Möglichst keine Gewalt.

Militär ist auch nicht synonym mit Gewaltanwendung. Militär ist nach meinem Dafürhalten zunächst synonym mit Sicherheit. Wie wir sehen, bedeutet Militär auch Ermöglichung von Entwicklung und Aufbau, humanitärer Hilfe, Kampf gegen Piraterie. Krieg ist und bleibt schlecht. Krieg ist und bleibt eine Katastrophe. Das heißt aber nicht, dass wir das Militär abschaffen können.

KNA: Wie ist es für Sie als bekennender Christ und Soldat? Gibt es da für Sie persönlich einen inneren Konflikt?

Blotz: Es gibt ein starkes Spannungsverhältnis für einen Soldaten zwischen dem christlichen Tötungsverbot und nicht auszuschließenden Extremsituationen, in die er geraten kann. Ich bin Gott sei Dank nie in eine solche Lage gekommen, habe aber vor toten Kameraden gestanden und natürlich nach Begründungen gesucht. Für mich ist letztlich das Bild des „miles protector“, des schützenden Soldaten, die treffende Beschreibung für meine Aufgabe, für mein Selbstverständnis. Der Soldat ist derjenige, der andere vor Gefahren schützt. Und dazu kann Gewaltanwendung nötig sein; dazu begibt er sich auch selbst in Gefahr.

KNA: Welche Rolle spielt der Glaube im Alltag Ihres Soldat-Seins?

Blotz: Ohne meinen Glauben, ohne mein Christ-Sein, könnte ich nicht Soldat sein. Ganz konkret hat mir in den schwierigen Einsätzen die Regelmäßigkeit der Glaubenspraxis geholfen. In Afghanistan war ich fast jeden Sonntag in der Messe. Auch die Gebetsgemeinschaft mit meiner Familie über die Entfernungen hinweg hat mir geholfen, Belastungen zu ertragen. Der Glaube ist nicht nur pragmatische Krisenhilfe, sondern in erster Linie ein Geschenk. □



Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V.

Vorstand

Am Weidendamm 2, 10117 Berlin,
Mail: bundesgeschäftsfuehrer@kath-soldaten.de, Tel.: 030/20619990

Berlin, den 24.6.2014

Einladung zur Mitgliederversammlung

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder des Förderkreises der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (FGKS),

ich lade Sie herzlich zur Mitgliederversammlung ein.
Diese findet statt

**am Mittwoch, den 17.9.2014,
um 11.00 Uhr
in der Katholischen Akademie Stapelfeld
Stapelfelder Kirchstraße 13,
49661 Cloppenburg**

Tagesordnung:

1. Begrüßung und geistliches Wort
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Bericht des Vorstandes über die Aktivitäten des vergangenen Jahres und
Ausblick auf das kommende Jahr.
Im Anschluss Aussprache
4. Bericht zu den in der letzten Mitgliederversammlung aufgeworfenen Fragen:
 - a. Möglichkeiten und Konsequenzen der Einführung von Beisitzern
 - b. Zusammenarbeit und Überschneidungen bei GKS e.V. und FGKS
5. Bericht der Kassenprüfer
6. Entlastung des Vorstandes
7. Wahl der Kassenprüfer
8. Sonstiges

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung besteht die Möglichkeit, am gemeinsamen Mittagessen teilzunehmen.

Bitte teilen Sie der Bundesgeschäftsstelle Ihre Teilnahme an der Mitgliederversammlung und ggfs. am Mittagessen mit, um eine gute Planung zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen

Rüdiger Henning

Hat die Welt noch einen Platz für Europa?

Am Donnerstag, den 30.05.2014 fand im großen Vortragssaal der Universität ein Podium unter diesem Titel statt. Nach einem kurzen Impulsvortrag durch die Bundeskanzlerin Angela Merkel, moderierte Dr. Christian Trippe, Studioleiter der Deutschen Welle in Brüssel, das Podium mit der Kanzlerin (*Bild 1*), dem Erzbischof von Mumbai (früher Bombay), Oswald Kardinal Gracias, und dem ehemaligen Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Michel Camdessus (*Bild 2*).

Merkel wies in ihrem Eingangsstatement darauf hin, dass Europa ein Friedensprojekt sei und erinnerte daran, dass die EU den Friedensnobelpreis bekommen hätte. Die besonderen Versprechen der europäischen Union, Frieden, Freiheit und

und nicht nach Europa auswanderten. Dies könne nicht durch Abschottung geschehen, sondern nur durch Teilhabe dieser Länder an den Errungenschaften Europas. Um dies aber leisten zu können, müsse Europa ein „Fortschrittsmotor“ bleiben.



Bild 1

Wohlstand für alle zu realisieren, mache einen Beitritt so attraktiv. Sie bemerkte nachdrücklich, dass niemand zum Beitritt gezwungen würde, die Anfragen anderer Staaten sei immer von den nationalen Parlamenten ausgegangen und so demokratisch legitimiert gewesen. Sorgen bereiten ihr die Vorgänge an den Außengrenzen der EU. Die Annexion der Halbinsel Krim bezeichnete die Kanzlerin als Verstoß gegen das Völkerrecht. Darauf müsse man reagieren, aber nicht drohen. „Die Stärke des Rechts wird sich gegen das Recht des stärkeren durchsetzen“, so die Kanzlerin.

Die Flüchtlingsproblematik war ein weiterer Punkt von Angela Merkel. Mit den Worten „Wir müssen uns anders in Afrika engagieren, als wir das heute tun“, forderte die deutsche Kanzlerin ein Umdenken. Ziel müsse es sein, den Staaten in Afrika so zu helfen, dass die Jugend in ihren Heimatländern eine Perspektive sähen

Um aber alle die notwendigen und aufgezeigten sozialen und wirtschaftlichen Probleme mit einer zielführenden Handlungsweise anzugehen, bedürfe es nach den Worten der Kanzlerin entsprechender Organisationen mit den erforderlichen Befugnissen. Hier sei dringend Abhilfe zu schaffen, sie selbst habe schon angeregt, parallel zu der UN-Charta der Menschenrechte eine Charta der nachhaltigen Entwicklung zu schaffen. In Europa habe man sich daran gewöhnt, Befugnisse nach Brüssel abzugeben, andere Staaten in der Welt, die nicht in einer solchen „Insel der Stabilität“ lebten, täten sich mit einer „Kompetenz-Abgabe“ deutlich schwerer.

Zu Beginn der Diskussionsrunde fragte der Moderator Dr. Trippe den Erzbischof von Mumbai, wie denn Indien auf Europa schaue. Kardinal Gracias zeigte sich von der Rede Merkels beeindruckt und fügte hinzu, dass auch Asien und Indien Brücken bauen

könnten und müssten. Es gebe aber Differenzen in Asien, von dem Indien zwar ein großer Teil sei, aber eben nicht alles. In Europa würden Frieden, Freiheit und Wohlstand garantiert, dies sei ein Modell für die Welt. Die Frage sei zu stellen, wo der Schwerpunkt läge. Was würde für die Freiheit geopfert? Dieser global zu stellenden Frage müsse sich Europa stellen, vor allem im Ressourcenverbrauch. Von Europa seien Bildung, Glaube und viel Hilfe gekommen, dafür sage er Dank. Indien sage Dank für alles, was gegeben wurde. Die EU sei nach wie vor wichtig in der Welt und als Partner. Der ehemalige Direktor des IWF, Michel Camdessus, ergänzte, dass nach seiner Erfahrung die Menschen in Afrika und Südamerika viel von der EU erwarten würden. Dabei sei zu beachten, dass diese Menschen eigene Vorstellungen von Frieden und Wohlstand hätten. Sie seien der festen Überzeugung, dass ihnen die Zukunft gehöre, was sich unterschwellig in der Meinung manifestiere: jetzt seien sie dran. Man dürfe in all diesen Ländern nicht die Armutsfalle vergessen, hierbei sei internationale Solidarität unbedingt notwendig, fügte Camdessus hinzu. Ein großes Problem sei die Plünderung von armen Ländern durch Großkonzerne, die sich die Rohstoffe sichern würden. Es fehlten internationale rechtliche Regeln, um solchen Mißbrauch zu vermeiden. Die internationale Gemeinschaft müsse dringlich handeln, um gerechtes Handeln zu erzwingen.

Bundeskanzlerin Merkel ergänzte aus ihrer Sicht, dass in diesem Bereich kein „Rezept“ gebe. Es sei zwar allgemein anerkannt, dass man voneinander abhängt, aber wie die Beispiele Klima oder Weltmeere zeigten, sei es sehr schwierig, hier einen Konsens zu finden. Die USA seien nicht überall ein gutes Beispiel, EU sei in

manchen Dingen besser und Indien tue sich da noch schwer. Dies sei keinesfalls als Anklage zu verstehen, man sei es eben nicht gewöhnt, Souveränität abzugeben. „Wir haben die Welt ausgebeutet und sagen jetzt den Entwicklungsländern, wie sie damit aufhören sollen“ ergänzte die Kanzlerin selbstkritisch. Der Wohlstand in Europa komme durch den Verbrauch von Rohstoffen, durch die Emmission von Schadstoffen; die anderen Ländern bräuchten Spielraum, um sich zu entwickeln und hätten nicht die Zeit dazu. Hier müsse die Hilfe Europas ansetzen. Erzbischof Kardinal Gracias ergänzte, dass Indien ja einen Versuch gestartet hätte, denn es gäbe ein

Moderator Trippe stellte danach die Frage an Kardinal Gracias, ob durch die Erfahrungen des Kolonialismus nicht Mißtrauen gegen die Europäische Union existieren würde. Der Erzbischof von Mumbai verneinte dies und führte aus, dass es in der älteren Generation Vorbehalte gäbe, aber die jüngere Generation habe diese überwunden. Die Jungen seien sich ihrer Rolle bewusst und wollten auch beteiligt werden. Begeistert sei er persönlich von der Idee der Erweiterung der G 20, sehe aber Probleme bei der Umsetzung. Was im Gegenzug Europa von Indien lernen könne, wurde Kardinal Gracias gefragt. Hier sei die innere Entwicklung von Indien zu

sehen Innovation. Könne man hohe Investitionen in die Zukunft leisten bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der sozialen Sicherungssysteme. Hier bestünde die Gefahr der Verschwendung führte der ehemalige Direktor des IWF aus, und forderte, weltweit die Regierungskosten zu verringern. Schließlich gäbe es noch mehr Probleme wie Armut, Klima etc.

Aus dem Publikum wurde gefragt, was geschähe, wenn ein großes Land die Europäische Union verlassen wolle oder neue Länder herein möchten. Bundeskanzlerin Merkel erklärte, dass es gemeinsame Entschlüsse geben würde. Aus diesem Grunde habe sie nach der Europawahl nicht sofort auf Jean-Claude Juncker verwiesen, sondern erst mal sondiert und abgewartet. Für die Staatengemeinschaft gelte, dass man erst mal jeden behalten müsse und keinen ausschließen dürfe, das positive Beispiel der Balkanländern zeige, dass es funktioniere.

Die nächste Frage, die über die Anwälte des Publikums an das Podium gereicht wurde, behandelte die Flüchtlingsproblematik, vor allem die Situation vor Lampedusa. Die Bundeskanzlerin brachte zwei Punkte vor: erstens müsse man das Problem an der Wurzel angehen, dass heißt die Schwierigkeiten könnten nur dort zufriedenstellend gelöst werden, wo sich die Menschen zur Flucht entschlossen. Dies sei ein Problem des „good governance“. Zweitens dürfe es keine Abschottung geben, auch Deutschland leiste seinen Beitrag zur Flüchtlingsproblematik und nimmt – auf die Einwohnerzahl bezogen – hinter Schweden den zweitgrößten Anteil an Flüchtlingen auf. Camdessus ergänzte, dass dieses Problem dringend angegangen werden müsse, denn durch die Flüchtlingsströme verlören die Länder die besten Köpfe, denn nur die könnten sich die hohen Preise der Schleuser leisten. Somit müsse man Arbeitsplätze in Afrika schaffen und für Stabilität und Prosperität sorgen, damit niemand mehr flüchten müsse, um in Freiheit und Wohlstand zu leben. Kardinal Gracias fügte hinzu, dass diese Flüchtlingsfrage ein großes menschliches Problem darstelle. Bundeskanzlerin Merkel habe die Unterschiede inner-



Bild 2

akutes Problem: Mumbai wird in 20 Jahren „unter Wasser stehen“. Es könne aber nicht die gleichen Regeln für alle geben, die lokalen Verhältnisse müssten stets berücksichtigt werden.

Die Kanzlerin führte diesen Gedanken weiter aus und erklärte, dass durch die Schaffung der G 20 die Finanzkrise gemeistert werden konnte, hier könne man diesen Kreis um lokale Gremien zu bereichern. Nicht nur einladen, sondern auf „Augenhöhe“ mit überregionalen afrikanischen und südamerikanischen Gremien die Probleme behandeln. Ein solcher Vorschlag sei von Südkorea gemacht worden, es gelte, diese Entwicklung voranzutreiben. Warum könne man nicht aus ECOSOC (economic and social council – Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen) einen Finanz- und Wirtschaftsrat schaffen, der dann durch die Schaffung von internationalen Regeln gegen Korruption erfolgreich vorgehen könne.

sehen, erklärte dieser. Indien sei ein föderatives System mit unglaublichen Unterschieden und damit einer hohen Vielfalt. Bevor Indien auf der internationalen Bühne eine Rolle spielen könne, müsse es einen „Einigungsprozess“ durchlaufen, ähnlich wie in Europa. Er erinnerte daran, dass Indien knapp eine Milliarde Menschen hätte, doppelt so viele wie Europa, diese müssten erst an gemeinsames Handeln gewöhnt werden.

„Wo steht Europa in fünf Jahren? Scheitert Europa?“ fragte der Moderator die Kanzlerin. Merkel antwortete, dass es immer möglich sei, zu scheitern. Nur Leute, die glaubten, dass sie vor dem Scheitern gefeit seien, würden mehrmals scheitern. Dies sei also nicht die Frage, sondern: wo steht die EU in fünf Jahren, wenn 90 % des Wachstums außerhalb Europas stattfinden? Diese Meinung teilte auch Camdessus. Es gebe eine starke Welt des Wettbewerbes, der techni-

halb und außerhalb der EU erwähnt, die über das Internet jedem vorgeführt würden. Es gelte, die Armut zu bekämpfen, dies immer am besten durch Schaffung von Arbeitsplätzen, damit die Leute in ihrer angestammten Heimat blieben und nicht als entwurzelte Menschen von einem Aufnahmelaager in das nächste geschoben würden.

Die vorletzte Frage, die in der verbleibenden Zeit behandelt werden konnte: „Ist Europa noch christlich?“ Kardinal Gracías fragte zurück: „Was ist christlich, was wird als christlich angesehen?“ Er selbst sehe das Christ-Sein im Glauben an den Herrn, in der Kenntnis des Evangeliums, in der Sorge um den Nächsten und in dem Schaffen von Gerechtigkeit. In diesem Sinne, so sagte der Kardinal, sei Europa christlich, aber – es könnte noch christlicher sein. Die Bundeskanzlerin zeigte hier mehr Sorge. Sie führte aus, dass es nicht wenige Gruppierungen und Menschen gäbe, für die das Christentum nicht existent sei und somit auch keine Kenntnis der christlichen Werte vorhanden seien. Die Erkenntnis,

dass man in Gottes Hand sei, fehle immer mehr. Sie schloss, dass die Gesellschaft von Voraussetzungen lebe, die sie selbst nicht schaffen würde¹.

Die letzte Frage behandelte das Ergebnis der Europawahl, die kurz zuvor stattgefunden hatte, denn das Publikum fürchtete um einen Rechtsruck in der Europäischen Union, sowie um das Mitwirken der Bürgerinnen und Bürger in Europa. Michel Camdessus erinnerte im Zusammenhang an die vorletzte Frage, dass Europa vor 10 Jahren darum gerungen hatte, einen Gottesbezug in die Verfassung zu bringen, was am Widerstand Frankreichs gescheitert sei. Das Wahlergebnis in Frankreich bezeichnete er als furchtbar und sprach von einer großen ethischen Krise in Europa. Zwei der drei Grundpfeiler in Europa seien in Gefahr wegzubrechen, die soziale Marktwirtschaft und

¹ Originalzitat des Rechtsphilosophen und ehemaligen Verfassungsrichters Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ (Staat, Gesellschaft, Freiheit. Frankfurt am Main, 1976, S. 60)

die partizipative Demokratie. Man müsse sich die Gründung der EU ansehen. Zuerst wurden die Schwergewichte der Industrie miteinander verbunden – die Montanunion. Danach ging es Schritt für Schritt weiter, immer langsam mehr Vertrauen in den anderen aufbauend. Die letzten, erlebten Rückschritte könne man nur auffangen, wenn man die Wahlkampfthemen besser mit den politisch interessierten Menschen bespräche, wenn man auf die Vorzüge der friedlichen Epoche seit fast 70 Jahren hinweisen würde und so den populistischen „Menschenfängern das Wasser abgraben würde“. Nur so könne Europa glaubwürdig für die Welt bleiben, wenn Europa darüberhinaus nicht die Welt vergesse. Bundeskanzlerin Merkel ermunterte die Zuhörerinnen und Zuhörer dazu, ihre Europaabgeordneten anzusprechen und zu fragen, damit diese auch die Rückkoppelung merkten.

Mit minutenlangem Applaus dankte das Auditorium den Podiumsteilnehmern für ihre Anmerkungen. □

(Text und Fotos: Bertram Bastian)

100 Jahre Ausbruch Erster Weltkrieg

Vive la différence

Doch warum muss das Gedenken so unterschiedlich sein?

VON CARL-H. PIERK

Als Kaiser Wilhelm II. im August 1914 den Krieg verkündet, meldet sich der junge Peter Kollwitz freiwillig zum Kriegsdienst. Er ist gerade 18 Jahre alt. Der jüngste Sohn der Malerin und Bildhauerin Käthe Kollwitz will an die Front, wie sein älterer Bruder, wie viele Jungen seiner Generation. Peter Kollwitz bereitet sich im Sommer 1914 auf seinen Einsatz vor: Er absolviert eine Ausbildung auf dem Truppentübungsplatz Wünsdorf nahe Berlin. Am 12. Oktober schließlich nimmt er Abschied von den Eltern. Die Mutter gibt ihm Goethes „Faust“ und ein Taschenschachspiel mit. Keine Woche später

fällt Peter in der Nacht vom 22. auf den 23. Oktober in Flandern. Käthe Kollwitz erhält am 30. Oktober die nüchterne Nachricht: „Ihr Sohn ist gefallen“. Peter ist einer von mehr als neun Millionen Soldaten, die im Ersten Weltkrieg sterben.

Den Tod ihres Sohnes verarbeitet sie künstlerisch in einem Denkmal: 18 Jahre arbeitet sie an der Skulptur „Trauerndes Elternpaar“ (Bild 1). Sie trägt die Gesichtszüge von Käthe und Karl Kollwitz. Das Denkmal steht auf dem Soldatenfriedhof in Vladslo, Westflandern, auf dem über 25.000 Soldaten ihre letzte Ruhestätte gefunden haben. Auch Peter.

Käthe Kollwitz und ihre Skulptur – eine sichtbare, bleibende wie mahnende Form des Gedenkens.

Was bleibt? Der Erste Weltkrieg war der erste industriell geführte Massenkrieg in der Geschichte der Menschheit. Niemals zuvor kämpften Armeen in solch gigantischen Größenordnungen gegeneinander. Am Ende befanden sich drei Viertel der Weltbevölkerung im Kriegszustand – mehr als 17 Millionen Menschen starben. Das Zentrum des Ersten Weltkriegs befand sich im Herzen Europas, doch wurden viele Nationen aus den unterschiedlichsten Teilen der Welt an den furchtbaren Schlachten beteiligt. Ei-

nige Staaten entrichteten einen Blut-zoll wie nie zuvor oder danach in ihrer Geschichte.

Die Gewalt und der Schrecken im Ersten Weltkrieg werfen ihre Schatten auf das gesamte 20. Jahrhundert, das eines der blutigsten der Geschichte überhaupt ist. „Bei dieser Ouvertüre hätte man einen anderen Ausgang vermutet“, meinte Bundestagspräsident Norbert Lammert am 15. Januar in Berlin bei der Eröffnung der Ausstellung „Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme. Streiflichter auf die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert“ im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages in Berlin. Die Ausstellung verdeutlicht die Verflechtung der Nationalgeschichten Europas im 20. Jahrhundert und lädt zur „historischen Ortsbestimmung“ ein. Sie zeigt einen Kontinent zerrissen zwischen Tyrannei und Freiheit, Demokratie und Diktatur, Krieg und Frieden. Lammert sagte, 2014 reiht sich viele Jahrestage eines denkwürdigen Jahrhunderts aneinander, die in ihrer politisch-historischen Bedeutung bis heute nachhaltig wirkten. Die Ausstellung sei Auftakt für eine politische Erinnerungskultur, für die in Deutschland längst eine sehr solide Grundlage geschaffen worden sei. Sie biete Gelegenheit, sich an vielen Orten wie Rathäusern, Schulen oder Bibliotheken mit den historischen Ereignissen, ihre Ursachen und Wirkungen auseinanderzusetzen.

Der Reigen der Gedenkfeiern ist allerdings vielfältiger: Im Jahr 2014 jährt sich nicht nur der Beginn des Ersten Weltkriegs zum 100. Mal, auch der Beginn des Zweiten Weltkriegs jährt sich zum 75. Mal. Und bereits im Koalitionsvertrag wurde vereinbart: „In der kommenden Legislaturperiode werden wir unter anderem den 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges, 25 Jahre Mauerfall und Deutsche Einheit, das Gedenken an 70 Jahre Befreiung der Konzentrationslager, Ende des Zweiten Weltkrieges und 80 Jahre ‚Nürnberger Gesetze‘ angemessen begehen.“ Gedenken überall, was aber überwiegt?

Hierzulande taugt der Erste Weltkrieg nicht zur nationalen Mythenbildung, nicht zum Feiern. Mahnend schreibt „pax christi“, die ökumenische Friedensbewegung in der katho-

lischen Kirche: „Wir begleiten den historischen Jahrestag mit kritischem Rückblick und kreativen Aktionen. Denn jeder Krieg ist eine Niederlage der Menschheit und die Friedensbewegung wiederholt ausdrücklich ihr Motto: Wir bleiben dabei – Frieden schaffen ohne Waffen. Wir werden nicht zulassen, dass aus dem Jahres-

im Zweiten Weltkrieg und danach war. Dennoch gibt es auch in Deutschland vielerorts Kriegerdenkmale oder Veteranen-Vereine, die an die Toten des Ersten Weltkriegs erinnern.

Verwunderlich freilich ist, wie die Historikerin und Publizistin Cora Stephan auf der Internetseite des Radiosenders WDR 3 zu bedenken gab,



„Trauerndes Elternpaar“ von Käthe Kollwitz. Selbstbildnis auf dem Soldatenfriedhof in Vadslo, Westflandern, zu ihrem im Ersten Weltkrieg gefallenen Sohn Peter.

tag 1914 – 2014 ein unkritisches Jahrhundertjubiläum gemacht und einzig die Europäische Union als zivile Friedensmacht gefeiert wird.“

In Deutschland überlagert der Zweite Weltkrieg oft die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg. Die Gefallenen des Ersten Weltkriegs – rund neun Millionen, darunter knapp zwei Millionen Deutsche – und die schätzungsweise sechs bis neun Millionen toten Zivilisten werden in Gedenkfeiern nur beiläufig erwähnt. Namen wie Verdun, Ypern, Tannenberg oder die Somme stehen für ein bis dahin beispielloses Massensterben. Das Leid und der Tod im Zweiten Weltkrieg haben die Erinnerung an die Schützengräben und Schlachtfelder des Ersten Weltkriegs jedoch zunehmend verdrängt. Eine Erklärung mag sein: Immer noch gibt es Zeitzeugen, die davon erzählen können, wie es damals

dass sich Bundespräsident Joachim Gauck „eine deutsche Beschäftigung mit dem Ersten Weltkrieg nur als Respekt vor dem Leid derer vorstellen“ könne, „die damals durch uns bekämpft wurden“, wie sie dem Nachrichtenmagazin „Spiegel“ (30. 12. 2013) gegenüber bekannte. „Man möchte ihn ungern missverstehen“, meinte die promovierte Politikwissenschaftlerin und fügte an: „Aber man fragt sich unwillkürlich, ob das Leid der deutschen Soldaten etwa keinen Respekt verdient? Die ehemaligen Kriegsgegner jedenfalls lassen es daran selten mangeln. Es scheint eine deutsche Eigenheit zu sein, sich die Trauer um jene zu verbieten, die millionenfach starben, weil die europäischen Staatsmänner aus einem begrenzten Konflikt, dem zwischen Österreich-Ungarn und Serbien, einen Weltkrieg werden ließen. Ge-

wiss, das Deutsche Reich gehörte zu den Verlierern des Krieges. Aber ist das ein Grund, sich von der eigenen Geschichte und seinen Vorvätern abzuschneiden?“

Deutschland tut sich schwer mit dem öffentlichen Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkriegs. Mit dieser Feststellung beginnt auch ein Manifest, das Cora Stephan gemeinsam mit drei Kollegen zu Beginn des Jahres veröffentlicht hat. Ein Grund dafür sei die für viele Deutsche noch ungelöste Schuldfrage. „Dass Deutschland Schuld am Weltkrieg ist, das hört man in Deutschland, aber nicht in England und nicht in Frankreich“, sagte Cora Stephan am 6. April im Deutschlandfunk. Die Deutschen hätten in einem Aufwasch auch noch diese Schuld auf sich genommen, so die Historikerin. „Es gibt nur wenige persönliche Erinnerungen, was der Großvater oder Urgroßvater gemacht hat“, betonte sie. In Frankreich und Großbritannien sei das anders.

Was große nationale Gedenkveranstaltungen zum Kriegsausbruch vor 100 Jahren betrifft, zeigte sich das offizielle Deutschland eher zurückhaltend auf die aktive Erinnerungspolitik anderer Länder. Die Gedenkkultur, sie erschöpfte sich bisher allgemein in rituellen Formen wie Trauermarsch und Kranzniederlegung. Jetzt aber zum Jubiläum kommt die Gedenkmaschinerie in Gang, im Bundestag wie im Europaparlament. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge etwa hat ein Portal eröffnet, das alle namentlich bekannten Gefallenen aufführt. Zudem arbeitet die Bundeszentrale für politische Bildung an einer umfassenden Internet-Präsentation der Geschehnisse. Die Bundesregierung hat auf ihrem zentralen Onlineportal die Themenseite „Erinnern und Gedenken“ (www.bundesregierung.de/gedenken) freigeschaltet, mit dem Informationen über das Erinnern an Weltkriege und Gewaltherrschaft gebündelt werden. Und das Deutsche Historische Museum in Berlin plant für August eine große Weltkriegs-Ausstellung. Außerdem hat die virtuelle „Bibliothek Europeana“ in Berlin ihr Themenportal freigeschaltet. Daran beteiligt sind andere Nationalbibliotheken. Es enthält eine halbe Million Bild- und Textdokumente.

Gibt es eine europäische Gedenkkultur?

Nein, bekräftigte der Historiker Jost Dülffer, emeritierter Professor für Neuere Geschichte an der Universität zu Köln, am 15. Januar gegenüber WDR 5. Jeder Staat habe seinen eigenen Blick auf die Vergangenheit. Und das Gedenken werde oft

märsche. Mehr als 900 Einzelprojekte sind zum Gedenken geplant. Die Feierlichkeiten zum hundertjährigen Gedenken an den Ersten Weltkrieg sollen nach den Worten des französischen Präsidenten vor allem ein Moment der nationalen Einheit sein. Jene Länder, die sich einst bekämpft haben, sind dennoch eingeladen, am Umzug vom



Internationale Gedenkstätte von Notre-Dame-de-Lorette zu Ehren aller Soldaten des Ersten Weltkriegs. Eine überdimensionale Gedenktafel in Form einer Ellipse wird an die 600.000 Gefallenen in der Region während des Ersten Weltkriegs erinnern. Die Namen aller Verstorbenen werden alphabetisch – unabhängig von Nationalität und Dienstgrad – in die Mauern eingraviert.

für politische Zwecke missbraucht. Geschichte ist somit nicht gleich Geschichte: In den europäischen Staaten hat der Erste Weltkrieg einen unterschiedlichen Stellenwert. Somit gestalteten sich die Planungen zu einem gemeinsamen Gedenken schwierig. Denn wie lässt sich das Gedenkjahr gemeinsam gestalten, wenn die Perspektiven auf das Ereignis ganz unterschiedlich sind?

Der 11. November ist von jeher ein Feiertag in Frankreich. Tag des Waffenstillstands von Compiègne 1918. Im ganzen Land weht die Tricolore auf halbmast. An den Kriegdenkmälern werden die Namen der Gefallenen verlesen, „mort pour la France“. Kaum ein Dorf im Land, das nicht Opfer zu beklagen hatte. Bis heute sind ganze Regionen geprägt von den einstigen Kriegshandlungen. Auch deshalb wird landauf, landab der Katastrophe gedacht. Vereine und Verbände kümmern sich um den Erhalt von Denkmälern und Kriegsschauplätzen, organisieren Gedenk-

14. Juli auf den Champs-Élysées in Paris teilzunehmen. „Dieser Nationalfeiertag wird absolut einzigartig sein, da er eine internationale Dimension haben wird“, freute sich der französische Präsident. Diese Parade werde vor allem „eine große Demonstration für den Frieden“ sein.

Den emotionalen und politischen Höhepunkt wird ein Gedenken an die Opfer des Ersten Weltkriegs auf dem Schlachtfeld Hartmannsweilerkopf (Hartmannswillerkopf, elsässische Schreibweise) bilden. Die Präsidenten Joachim Gauck und François Hollande werden dort am 3. August, dem Tag der Kriegserklärung vor hundert Jahren, den Grundstein für einen deutsch-französischen Gedenkort legen. Auf dem strategisch bedeutsamen Höhenzug lagen sich deutsche und französische Soldaten während des ganzen Kriegs von 1914 bis 1918 gegenüber, an die 30.000 kamen in den Kämpfen ums Leben. Ob es wieder eine große deutsch-französische Geste gibt wie 1984, als sich Bun-

deskanzler Helmut Kohl und Präsident François Mitterrand über den Gräbern von Verdun eindrucksvoll die Hand reichten, bleibt abzuwarten. Ein weiterer wichtiger Termin ist der 11. November 2014. An diesem Tag erfolgt die Einweihung der internationalen Gedenkstätte von Notre-Dame-de-Lorette (Bild 2) zu Ehren aller Kämpfer des Ersten Weltkriegs.

In Großbritannien wird zum Glockenschlag von Big Ben jedes Jahr am 11. November der Toten des Ersten Weltkrieges gedacht. Der britischen Opfer des Krieges – mit etwa einer Million doppelte so viele wie im Zweiten Weltkrieg – zu gedenken, gilt als patriotische Selbstverständlichkeit. Jedes Jahr im Herbst, wenn am 11. November der Remembrance Day ansteht, stecken sich daher vor allem im öffentlichen Leben stehende Personen eine rote Mohnblüte ans Revers. Damit wird der Toten der Weltkriege gedacht – besonders derer des Ersten Weltkriegs. Das Zeichen mit der Mohnblüte entstammt dem Gedicht „In Flanders Fields, the poppies blow“ (siehe AUFTRAG 293), in dem der kanadische Feldarzt John McCrae die Situation auf den Schlachtfeldern in Flandern beschrieben hatte. Mehr als 60 Millionen Euro gibt die Regierung für das Jubiläum aus. Die britischen Soldatenfriedhöfe in Nordfrankreich und Belgien mit jährlich fast einer halben Milliarde Besuchern werden zum Jubiläum teilweise restauriert. Im ganzen Land gibt es wohl kaum ein Museum, das sich dem 100. Jahrestag nicht irgendwie widmet.

Beispielhaft für die Gedenkkultur dürfte Belgien sein. Kaum ein Land wurde vom Ersten Weltkrieg härter getroffen als das neutrale Belgien – kaum eine Region mehr gezeichnet als das westliche Flandern. Zehntausende ließen hier im Stellungskrieg ihr Leben. Städte wie Ypern oder Leuven (Löwen) gelten als „Martyrerstädte“. Mit zahlreichen Veranstaltungen erinnert Flandern am 14. Oktober in Brügge an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Auf Grundlage der „Flanders Fields Erklärung“ vom 11. November 2008 wurde ein bei der Flämischen Regierung angesiedeltes Projektbüro ins Leben gerufen, das die Gedenkaktivitäten koordiniert. Im Mittelpunkt

steht der Friedensgedanke über alle Gräber und Schuldzuweisungen hinweg. Nur die dauerhafte und gemeinsame Erinnerung könne das wechselseitige Verständnis für ethnische, religiöse oder politische Grenzen fördern. Eine in diesem Sinn formulierte Deklaration ist außerdem Grundlage der flämischen Initiative vom November 2012, wonach alle 50 damals auf belgischem Boden kämpfenden Staaten ermuntert werden, das Gedenken an den Ersten Weltkrieg international anzulegen, also bei der historischen Bewertung wie bei der Friedenserziehung eine globale Perspektive einzunehmen. Das Gedenken folgt zeitlich in etwa dem Kriegsverlauf seit dem Einfall deutscher Truppen in Belgien am 4. August 1914, beginnend mit Musikdarbietungen und Lichtshows in den niedergebrannten „Martyrerstädten“ Aarschot, Dendermonde und Löwen. Im Westhoek, der westlichsten Region Flanderns, beginnt das Gedenken. Unter den landesweit 44 „strategischen“ Erinnerungsorten liegen fünf in jener Region, die über vier Jahre die Hauptlast der Kämpfe trug, so das „In Flanders Fields Museum“ von Ypern. Darüber hinaus werden im Westhoek zahlreiche Restaurierungs- und Infrastrukturmaßnahmen zum Erhalt der in die hunderte gehenden Memorialstätten ergriffen. Stellvertretend ist hier der deutsche Soldatenfriedhof von Vladslo mit der Steinskulptur „Trauernde Eltern“ von Käthe Kollwitz.

Überwiegt die differente Erinnerung an den Ersten Weltkrieg?

Es gibt hoffnungsvolle Zeichen, wie wir in Europa Schritt für Schritt zu einer Kultur des gemeinsamen Erinnerns kommen. In Douaumont, einer Gedenkstätte unweit der französischen Frontstadt Verdun, wurde kürzlich erstmals der Name eines deutschen Soldaten, Peter Frundl, in eine Gedenktafel gemeißelt. Und nicht nur hier, sondern auch auf unzähligen anderen Schlachtfeldern der Vergangenheit sind die Toten vereint, häufig in Massengräbern, manchmal aber nur in Einzelgräbern auf Wiesen oder Feldern, nur wenige Kilometer voneinander entfernt. Sie mahnen uns, die Erinnerung an den Schrecken des Krieges auch in den heutigen

und künftigen Generationen wachzuhalten. So ist das Gedenkjahr eine Chance für die Regierungen, mit einer Reihe symbolträchtiger Begegnungen zu demonstrieren, dass die Europäer über alle gegensätzlichen Erfahrungen und Erinnerungskulturen hinweg eine Einheit bilden.

Zu diesen symbolträchtigen Begegnungen hat auch die UEFA (Europäische Fußball-Union), der Dachverband des Fußballs in Europa, eingeladen. Auf einem Feld in Flandern, inmitten der Schützengräben, hatten sich Weihnachten 1914 deutsche und britische Soldaten spontan zum Fußball getroffen, die Waffen schwiegen. Das Projekt „Flanders Peace Field“ will daran erinnern. UEFA-Präsident Michel Platini lud die Staats- und Regierungschefs der beteiligten Nationen ein, am 17. Dezember, am Vorabend der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel, dieses weltweit bekannten „Weihnachtsfriedens 1914“ zu gedenken. Veranstaltungen werden in den benachbarten belgischen Städten Ypern und Comines-Warneton stattfinden, wo das Fußballspiel damals ausgetragen wurde. Es war ein bisschen Frieden, inmitten der Schützengräben. In der St. Martins-Kathedrale in Ypern ist eine Gedenkfeier geplant, bei der Platini zu den Anwesenden sprechen und ein Film über das historische Spiel gezeigt werden soll. Die UEFA beabsichtigt zudem, auf dem Feld, auf dem die Begegnung stattfand, ein Denkmal errichten zu lassen. Eingeladen sind die Staats- und Regierungschefs Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Irlands und des Vereinigten Königreichs. Auch die Präsidenten der Fußballverbände dieser Länder sollen teilnehmen.

Am ersten Weihnachtstag 1914 war es vor allem an Frontabschnitten in Flandern rund um Ypern zu Verbrüderungen von deutschen mit englischen, französischen sowie belgischen Soldaten gekommen. Es wurde vereinbart, nicht aufeinander zu schießen, gemeinsam wurden Weihnachtslieder gesungen, die Toten im Niemandsland beerdigt, Zigaretten oder Lebensmittel getauscht, gegenseitig Fotos gemacht und es wurde schließlich Fußball gespielt. Vive la différence? □

(Fotos: Carl-H. Pierk)

Niall Ferguson

Der falsche Krieg

Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert

Der junge Wirtschaftshistoriker Niall Ferguson (geboren 1963) hat schon 1999 sich mit neu erschlossenen Quellen der Geschichte des Ersten Weltkrieges vorgenommen. Mit Zahlen aus der Wirtschaft belegt er, dass der „Militarismus“ – gerade auf deutscher Seite – nur ein Mythos war, gab doch das deutsche Reich weniger aus für seine Streitkräfte als die Alliierten der Entente, auch wenn man das Flottenprogramm des Admirals Tirpitz berücksichtigt. Dieses – so stellt der Autor fest – war aufgrund der Übermacht der britischen Flotte keine Bedrohung des Empire, wie der Kriegsverlauf denn auch zeigte. Scharf geht Ferguson mit der deutschen, aber auch mit der britischen Politik ins Gericht. Er stellt die Unzweckmäßigkeit der Entscheidungswege in Deutschland dar, was letztendlich zu der Vorherrschaft der Obersten Heeresleitung im Krieg führte. Im englischen Parlament waren es Einzelpersonlichkeiten, die den Weg bestimmten. Eine teilweise Schaukelpolitik ohne klare Zielvorgaben stellt Ferguson bei beiden Regierungen fest. In zwölf Kapiteln erläutert der Autor – stets durch Zahlen bzw. Quellen belegt, warum es keine



flächendeckende Kriegsbegeisterung gab, warum England ebenfalls die belgische Neutralität gebrochen hätte – wozu es dann aber keinen Grund mehr gab. Die Verlustraten der

britischen Streitkräften waren in diesem ersten industrialisierten Krieg geradezu unvorstellbar und führten zur Einführung der Wehrpflicht, was innenpolitisch zu meistern war. Die Finanzierung des Krieges nimmt breiten Raum ein und zeigte, wie die europäischen Staaten immer mehr von der Wirtschafts- und Finanzkraft Amerikas abhängig wurden.

In acht Fragen stellt sich der Verfasser diesem Krieg:

1. War der Krieg aufgrund des Militarismus, des Imperialismus, der Geheimdiplomatie oder des Rüstungswettlaufes unvermeidbar?
2. Warum setzte die deutsche Führung 1914 auf Risiko?
3. Warum entschied sich die britische Führung zum Eingreifen, als der Krieg auf dem Kontinent ausbrach?

4. Wurde der Krieg, wie oftmals behauptet wird, wirklich allseits mit Begeisterung begrüßt?
5. Warum reichte die wirtschaftliche Überlegenheit des British Empire nicht aus, den Mittelmächten schneller und ohne amerikanisches Eingreifen eine Niederlage beizubringen?
6. Warum gelang es dem deutschen Heer trotz seiner militärischen Überlegenheit nicht, die britischen und französischen Armeen an der Westfront ebenso zu besiegen, wie es den Sieg über Serbien, Rumänien und Russland errang?
7. Was veranlasste die Soldaten, weiter zu kämpfen, wenn die Lebensumstände auf dem Schlachtfeld so erbärmlich waren, wie die Kriegsdichter es beschrieben?
8. Warum hörten die Soldaten schließlich zu kämpfen auf?

Mit einer Zusammenfassung der Antworten auf diese Fragen beendet Ferguson sein Buch, eröffnete damit aber die Diskussion über diesen Krieg neu, was sich in den Veröffentlichungen zum 100. Jahrestages des Kriegsausbruchs zeigt. □

Niall Ferguson, Der falsche Krieg – Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, 1999, 509 Seiten, ISBN 3-412-05175-5

Christopher Clark

Die Schlafwandler

Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog

Der Autor des Buches, Christopher Clark, geboren 1960, lehrt als Professor für Neuere Europäische Geschichte in Cambridge. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählt die Geschichte Preußens und Deutschlands.

In seiner Einleitung beschreibt Clark das Problem der Quellenvielfalt zu diesem Thema. Alle beteiligten Nationen und die handelnden Einzelpersonlichkeiten hätten nach dem Krieg ihre Version der Dinge

geschildert, so dass eine Überzahl an Quellen vorhanden seien, die natürlich unterschiedlich gewertet werden müssten. Während die Quellen auf Seiten der siegenden Entente sich bemühten, den Artikel 231 „über die

alleinige Kriegsschuld Deutschlands“ zu beweisen, versuche die Seite der unterlegenen Mittelmächte dies zu widerlegen. Detailliert beschreibt Clark das Bemühen zeitgenössischer Historiker, die sich in den zwanziger Jahren bemühten, durch Interviews mit den handelnden Personen den Verlauf bis zum Kriegsbeginn zu erhellen und dabei auf größere Gedächtnislücken stießen. Oder die Aussagen waren im Widerspruch zu den Notizen, die hinterlassen wurden. Hinzu komme erschwerend, dass in der Zeit vor 1914 noch relativ viel in geheimen Zusatzprotokollen festgehalten wurde.

Christopher Clark will mit diesem Buch erzählen, wie der Krieg nach Europa kam. Dazu hat er sein Werk in drei Teile untergliedert.

Im ersten Teil konzentriert er sich auf Österreich und Serbien und zeichnet auf, wie die beiden Staaten miteinander umgingen bis zu dem Tag der Attentate in Sarajevo. Dieser Teil ist in erzählerischer Form gehalten und beschreibt die Absichten Österreich-

Ungarn und seine Balkanpolitik, die im Gegensatz zu dem zaristischen Russland stand, welches sich zur Schutzmacht aller Slawen berufen fühlte. Die internen Probleme und Schwierigkeiten der serbischen Monarchie werden erläutert und dargelegt, wer sich mit wem verschworen und auf wessen Hilfe die jeweiligen Machtgruppen hofften. Dieser Teil ist der bislang unbekannteste in der Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges und umso interessanter zu lesen.

Im zweiten Teil verlässt der Autor seinen erzählerischen Anstz und geht im Wesentlichen vier Fragen nach:

1. Wie kam die Polarisierung Europas in entgegengesetzte Bündnisblöcke eigentlich zustande?
2. Wie gestalteten die Regierungen der europäischen Staaten die Außenpolitik?
3. Wie kam es, dass der Balkan zum Schauplatz einer so gigantischen Krise wurde?
4. Wie brachte ein internationales System, das allem Anschein nach in eine Phase der Entspannung eintrat, einen allgemeinen Krieg hervor?



Im dritten Teil beginnt der Autor mit dem Attentat in Sarajevo und schildert die Julikrise selbst, wobei die Wechselbeziehungen zwischen den wichtigsten Entscheidungszentren untersucht und die Kalkulationen, Missverständnisse und Entscheidungen ans Licht gebracht werden, welche die Krise in die nächste Phase eintreten ließen.

Nachdem auf dem Balkan zu Beginn des 20. Jahrhunderts schon etliche Krisen, ja Kriege gegeben hatte, die alle sich nicht ausbreiteten, sondern die Mächte zusammenarbeiten ließ, ist es verwunderlich, dass ein Attentat den Anlass zu diesem Krieg gab. Clark erzählt die Wechselbeziehungen zwischen den Mächten in der Julikrise, die im Grunde annahmen, es würde so enden wie immer. Ein Kabinettskrieg von zeitlich begrenzter Dauer, war das Äußerste, was sich die Handelnden vorstellen konnten. Mahner wurden belächelt. So gesehen hat Clark Recht, wenn er zum Schluß seines Buches feststellt: „So gesehen waren die Protagonisten von 1914 Schlafwandler – wachsam, aber blind, von Albträumen geplagt, aber unfähig, die Realität der Gräuel zu erkennen, die sie in Kürze in die Welt setzen sollten.“ □

„Die Schlafwandler – wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog“ von Christopher Clark, Deutsche Verlags-Anstalt, München, 2013, 895 Seiten, ISBN 978-3-421-04359-7

Herfried Münkler

Der große Krieg

Die Welt 1914 – 1918

Herfried Münkler (geboren 1951) ist Politikwissenschaftler und Professor an der Humboldt-Universität in Berlin. Er schildert in seinem Buch die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts, wobei sein Schwerpunkt auf den militärischen Handlungen liegt. Das bedeutet nicht, dass er die Rahmenbedingungen vernachlässigt, sie werden aber nicht in allen Details geschildert.

In insgesamt neun Kapiteln befasst sich der Autor mit dem „grossen Krieg“ wie er in Frankreich und Großbritannien genannt wird. Nach der Darstellung im ersten Kapitel der „langen und kurzen Wege in den Krieg“ beschreibt er im zweiten Kapitel, wie die kriegführenden Staaten nach schnellen Entscheidungen gesucht haben. Sowohl im Weste, als auch im Osten

und im Südosten. Danach beschreibt Münkler „Sinn und Zweck des Krieges“, so wie sich die beteiligten Mächte dies ihren Bevölkerungen klargemacht haben. Es galt schließlich, nachdem die schnellen Entscheidungen nicht stattgefunden hatten, die Menschen auf einen längeren Krieg mit all seinen Auswirkungen einzustellen, um „durchhaltefähig“ zu sein.

Breiten Raum nimmt im nächsten Kapitel „Der festgefahrene Krieg“ ein, in dem Münkler die Bemühungen schildert, vom Stellungskrieg weg zu einer Entscheidungsschlacht zu kommen, wobei hier nicht nur der Durchbruch von Gorlice-Tarnow im Osten steht, sondern auch der Versuch der Entente, in Gallipoli zu landen. Die politischen Folgen dieser Siege und Niederlagen werden dargelegt. Im nächsten Kapitel „Entscheidungsschlachten ohne Entscheidung“ werden die Schritte hin zum Abnutzungskrieg, zum „Ausbluten“ beschrieben. Auch hier werden die Konsequenzen geschildert, sowie der Übergang zur Technisierung mit Panzern und Flugzeugen. Die Schlacht an der Somme steht im Blickpunkt, in der die deutschen Truppen trotz der technischen Unterlegenheit die Verteidigung so organisierten, dass den Alliierten der Durchbruch nicht gelang.

Die „Ausweitung des Kampfes“ beschreibt die Kriegsbemühungen der deutschen Marine, die nach der Schlacht im Skagerrak als „fleet in being“ keine sonderliche Rolle mehr spielte, was letztendlich zum uneingeschränkten U-Boot Krieg führte und damit zum Kriegseintritt der

Vereinigten Staaten. Im „erschöpften Krieg“ wendet sich der Autor den Kriegswirtschaften zu und beschreibt sowohl die Auswirkungen der Blockade in den Mittelmächten und die Finanzierung des Krieges auf beiden Seiten. Während man in Deutschland Kriegsanleihen zeichnete, die nach einem Sieg vom Besiegten zu bezahlen gewesen wären, schöpfte Großbritannien eine „Kriegsgewinnsteuer“ und belastete hier die Industrie und nahm darüber hinaus Kredite in Amerika auf, was auch Frankreich tat. Somit war Amerika finanziell schon lange Kriegsteilnehmer.

Über den Sonderfrieden von Brest-Litowsk, die deutsche Frühjahrsoffensive mit einigen, frei gewordenen Kräften (der Rest des Ostheeres



wurde zur Sicherung des Friedens und im darauf anschließenden russischen Bürgerkrieg benötigt), geht Münkler im Kapitel „Ludendorffs Vabanque und der Zusammenbruch der Mittelmächte“ ein. Den Abschluss dieses Kapitels bilden die Revolutionen und die politische Neuordnung der Mittelmächte, aber auch der Türkei und Russlands.

Zum Abschluss betrachtet Herfried Münkler „den Ersten Weltkrieg als politische Herausforderung“. Vom Untergang der großen Reiche über die Last der geopolitischen Mitte, schlägt er einen Vergleich zum heutigen China, das er in der Rolle des wilhelminischen Deutschlands sieht. □

*(Der grosse Krieg,
Die Welt 1914 – 1918
von Herfried Münkler,
Rowohlt Verlag, Berlin, 2013,
924 Seiten,
ISBN 978 3 87134 720 7)*

Jörn Leonhard

Die Büchse der Pandora Geschichte des Ersten Weltkrieges

Jörn Leonhard (geboren 1967) ist Neuzeithistoriker und seit 2006 Professor für Geschichte des Romanischen Westeuropas am Historischen Institut der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Der Autor schildert in den ersten beiden Kapiteln, die Vorgeschichte dieses Krieges. Dabei wird im ersten Kapitel („Erbschaften. Der Erste Weltkrieg und das lange 19. Jahrhundert“) der Weg zu den Konstellationen von 1914 aufgezeigt, wie sich Bündnisse bildeten, wie sich die Gesellschaften und vor allem die Nationen fanden und änderten, wie sich die Imperien und

Großreiche entwickelten. Im zweiten Kapitel („Vorläufe: Kriegseinhebung und Krisenverdichtung“) schildert er die Machtbalancen sowie die Konflikträume, die sich aus den unterschiedlichsten Interessen entwickelten. Auch die verschiedenen Szenarien einer – von allen Seiten immer wahrscheinlicher angesehenen – kriegerischen Auseinandersetzung in den europäischen Militärstäben werden aufgezeigt, denn diese machen das Handeln der Beteiligten verständlicher.

Die folgenden Kapitel widmet er den Kriegsjahren, wobei er am Schluss eines Kapitels jeweils ein kur-

zes Resümee zieht. Im dritten Kapitel („Entgleisung und Eskalation: Sommer und Herbst 1914“) beginnt er mit dem gescheiterten Krisenmanagement und schildert nicht nur die teilweise vorhandene Kriegseuphorie sondern auch die Befürchtungen und Ängste der Gesellschaften. Der Übergang einer nicht auf eine lange Auseinandersetzung vorbereiteten Industriegesellschaft in eine Kriegswirtschaft wird behandelt und vor allem der soziale Sprengstoff dieser Maßnahmen aufgezeigt. Durch den Übergang von einem stehenden Heer zu einem Massenheer wegen der Einberufungen fehlten nicht nur in der Industrie die

Facharbeiter, sondern es fehlten Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, die gerade in den Monaten August, September und Oktober eigentlich die Ernte einbringen mussten. Die Nutzung der Eisenbahnen und verfügbaren Transportmittel zur Versorgung der Massenheere schuf ein weiteres Versorgungsproblem, denn die Nahrungsmittel mussten in die Großstädte zur Bevölkerung gebracht werden. Am Ende des Jahres schaut Leonhard auf „fünf Monate Krieg: Mobilisierung, Desillusionierung und die Ironie des Krieges zurück“.

Im vierten Kapitel („Stillstand und Bewegung: 1915“) beschreibt Leonhard die Versuche, den Stellungskrieg zu überwinden. Der technologische Fortschritt führte unter anderem zum Gaskrieg und zur verstärkten Nutzung der U-Boot Waffe. Gerade letzteres führte zu Konflikten mit den bis dahin neutralen Mächten, welche Schiffe und Menschen durch den U-Boot Krieg verloren. Aber auch andere, bisher neutrale Staaten wurden von den kriegführenden Koalitionen umworben, auf jeweils ihrer Seite in den Konflikt einzutreten. Die Expansionswünsche oder wie er es nennt „Expansionsfantasien“ der Umworbenen schildert der Autor in aller Deutlichkeit. Die Innenpolitik der Staaten wird unter dem Gesichtspunkt „Drückeberger, Profiteure und Verräter“ eindringlich geschildert und dadurch ebenfalls bedingt, der nationale Zwang zur Kriegsrhetorik. Die Überwindung der Sozialkonflikte durch Anerkennung der Gewerkschaften ist in allen Staaten ein Phänomen, welches Leonhard in seinem Werk schildert. Dazu gehören auch die intellektuellen Muster der Erfahrungsaneignung in den unterschiedlichen Gesellschaften, wie wurden die Geschehnisse der Bevölkerung erklärt, wie wurden Kriegsaneihen zur Finanzierung begründet, „Krieg auf Pump“ in allen Varianten. Hier ist der unterschiedliche Ansatz der beiden Blöcke beachtenswert: während durch die Blockade die Mittelmächte ziemlich isoliert dastanden, konnten sich Großbritannien und Frankreich auf dem internationalen Geldmarkt bedienen und hatten Zugriff auf die Länder ihres jeweiligen Kolonialreiches. In den multiethnischen Reichen Russland,

Österreich-Ungarn und im Osmanischen Reich waren die Dinge ungleich komplizierter, die Gemengelage der unterschiedlichen Interessen vielfältiger und bedingt durch diese Tatsache die verschiedenen Reaktionen begründbar. All dies beschreibt Leonhard, bevor er das Jahr 1915 abschließt: „17 Monate Krieg: Radikalisierung und Ausweitung des Krieges unter der Oberfläche von Stillstand und Bewegung“.

Das fünfte Kapitel („Abnutzung und Durchhalten: 1916“) bringt die Schilderung der Materialschlachten

und zeigt auf, wie diese vor allem logistisch geplant waren, um die jeweils andere Seite „zum Ausbluten“ zu bringen. Die Erweiterung des Kriegsschauplatzes in Südosteuropa und im Nahen Osten macht deutlich, wie sich der Konflikt immer mehr zum „Weltbrand“ weiterentwickelte. Wie die Gesellschaften auf Hunger und Mangel, Zwang und Proagierte, zeigt Leonhard in einem Abschnitt auf. Dabei wird sehr gut die verschiedene Sprache des Krieges in den beteiligten Mächten dargestellt. Die Kommunikation zwischen Front und Heimat, die Kontrolle über die „öffentliche Meinung“ sowie die Grenzen der Meinungslenkung ziehen hier den Leser in den Bann. Wie der Krieg inszeniert wird, wie Bilder dabei eine wichtige Rolle spielen in den unterschiedlichen politischen Systemen, ist das Hauptthema in dieser Schilderung. Am Ende des Jahres 1916 zeigt Jörn Leonhard auf: „29 Monate Krieg: Erwartungen und Erfahrungen in der Mitte des Krieges“.

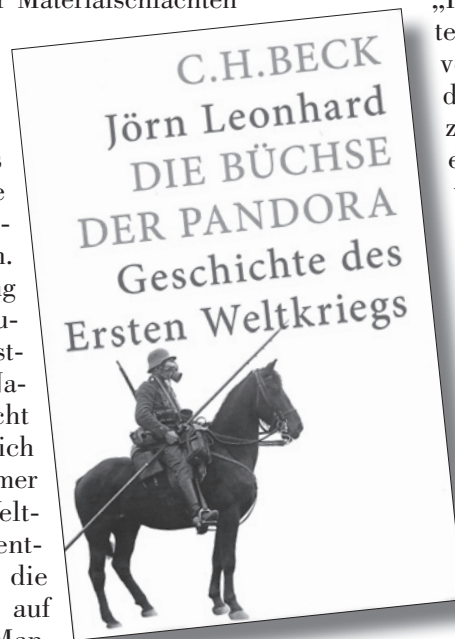
Im siebten Kapitel („Expansion und Erosion: 1917“) beginnt Leonhard mit einem Ausblick auf die Ungleichzeitigkeiten der Räume und den neuen Krieg im 20. Jahrhundert, der keine Ähnlichkeit mehr mit den Kabinettskriegen der Vergangenheit hat-

te. Danach wendet er sich den Belastungen der Soldaten zu und schildert die verschiedenen Meutereien in der französischen Armee, aber auch die Unruhen in den anderen Streikkräften, die als Ausweg aus dieser „Sackgasse“ angesehen wurden. Die unglücklichen Friedensbemühungen des neuen Kaisers von Österreich und Königs von Ungarn führten zu einer Verlagerung des Ortes der Entscheidungen. Diese wurden fast nur noch im Hauptquartier der Obersten Heeresleitung getroffen, die Politik wurde nur als

„Ränkespiel“ betrachtet. Zwischen den Siegesversprechungen und der Realität im Schützengraben mussten die einfachen Soldaten in teilweise unmenschlichen Bedingungen weiter kämpfen, wobei die deutschen Truppen immer noch weit in Frankreich standen. Der eigentliche Krieg mit Waffenwirkung etc. war nicht/nicht mehr im Deutschen Reich, der Krieg war nur durch die immer schlechter werdende Versorgungslage

im Reich zu bemerken. Der Auftritt zweier neuer Akteure, Lenin und Wilson, eröffnete für die Mittelmächte sowohl Hoffnungen auf einen Siegfrieden im Osten und danach mit den frei werdenden Kräften einen Eventuellen Sieg im Westen. Die Auswirkungen von Lenin auf das russische Reich und der Eintritt der USA in den Krieg werden eigenständig behandelt, bevor Leonhard einen Blick auf die Konturen der Kriegsgesellschaften wirft. Den Abschluss des „unmöglichen Jahres“ beschreibt der Autor „41 Monate Krieg: zwischen Utopienkonkurrenz und Friedensillusion“.

Das achte Kapitel (Plötzlichkeit und Zerfall: 1918“) beginnt mit dem Diktatfrieden im Osten, der Hoffnungen schürte die Hoffnung, den Bewegungskrieg wieder aufnehmen zu können, um den Sieg im Westen zu erringen, bevor sich die Übermacht Amerikas auf dem Kriegsschauplatz zu deutlich bemerkbar machen wür-



de. Das Scheitern dieser Hoffnung, verbunden mit der Stärke der Alliierten, die trotz allem zusammenhielten, stürzte Deutschland in eine Krisenverdichtung, die letztendlich das Ende der Monarchie bedeutete. Während im Westen durch die Waffenruhe der Krieg auch äußerlich quasi zu Ende gegangen war, brachen im Osten und im Südosten die „Nachkriege“ aus. Russischer Bürgerkrieg und die Neuordnung des Balkans sowie des Osmanischen Reiches gingen mit fast unverminderter Waffengewalt weiter. Das Ende beschreibt Leonhard „52 Monate Krieg und ein Monat Frieden: Offenheit von Sieg und Niederlage, Ungleichzeitigkeit von Krieg und Frieden“.

In den letzten drei Kapiteln seines Buches zieht Leonhard ein Resümee seiner Bemühungen, dieses äußerst komplexe Thema „Erster Weltkrieg“ in interessanter und gut lesbarer Erzählweise mit all den neuen Erkenntnissen dem geschichtsinteressierten Leser nahezubringen. Im achten Kapitel („Ausgänge: Kriege im Frieden und die Konkurrenz neuer Ordnungsmodelle 1919-1923“) beschreibt er die unmittelbaren Folgen des Krieges. Das Verhalten der neuen Staaten in

Südosteuropa – quasi die Nachfolgerstaaten des Habsburgerreiches – die Neuordnung des Nahen Ostens mit all den Problemen der Grenzziehung und der nicht-erfüllten Versprechungen, die Großbritannien während des Krieges sowohl den Arabern als auch den Zionisten gemacht hat, sowie die inneren Verhältnisse des neuen Sowjetreiches. Kapitel neun („Gedächtnisse: Fragmentierte Erfahrung und polarisierte Erwartung“) widmet der Autor dem verschiedenen Gedenken innerhalb der Staaten und geht dabei auch auf das Schicksal der Kriegsinvaliden ein, die nach diesem Krieg in bisher unbekanntem Maße die Gesellschaft darauf aufmerksam machten, dass die einfachen Soldaten buchstäblich „ihre Haut zu Markte getragen haben“. Ihre Eingliederung in das neu auflebende Wirtschaftsleben (Umstellung von Kriegs- in Friedensproduktion), ohne die erarbeiteten Ansprüche der Frauen zu vernachlässigen, stellte alle Gesellschaften vor größere Probleme. Im letzten Kapitel („Hypotheken: Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert der globalen Konflikte“) zieht Leonhard Parallelen zur heutigen Situation der Staaten, Staatenbündnisse und Gesellschaften.

So sieht er China in einer ähnlichen „Einkreisungssituation“ wie das wilhelminische Deutschland (von Russland ganz zu schweigen, welches sich immer noch von der NATO bedroht fühlt, wohlwissend, dass die NATO ein politisches „Verteidigungsbündnis“ ist). So kommen dem Leser die kriegstechnischen Ausdrücke in diesem Buch sehr vertraut vor, man glaubt, das alles in dieser oder einer leicht veränderten Form schon einmal gehört zu haben.

Im Kapitel zehn bringt Leonhard die bemerkenswerte Schlussfolgerung: „Der Sieger des Weltkrieges war keine Nation, kein Staat, kein Empire, und sein Ergebnis war keine Welt ohne Krieg. Der eigentliche Sieger war der Krieg selbst, das Prinzip des Krieges, der totalisierbaren Gewalt als Möglichkeit.“ Dem gilt es, entgegenzuwirken – immer und gerade heute, wenn sich Europa scheinbar selbst demontiert. □

*Die Büchse der Pandora,
Geschichte des Ersten Weltkrieges von Jörn Leonhard,
C.H.Beck Verlag,
München 2014, 1157 Seiten,
ISBN 978 3 406 66191 4*

Martin Lätzel

Die Katholische Kirche im Ersten Weltkrieg

Zwischen Nationalismus und Friedenswille

Dr. theol. Martin Lätzel (geboren 1970) ist Theologe und Publizist. Seit 2013 Referatsleiter für Kulturentwicklung im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein.

„Gott mit uns“ lautete lange Zeit die Inschrift auf den Koppelschlössern der deutschen Armeen. Bei Kabinettskriegen mit zeitlich begrenzter Dauer war dies noch hinnehmbar, obwohl die großen Kirche mit Krieg nichts zu tun hatten, galt doch die Gewaltlosigkeit als Markenzeichen. Wie war es jetzt in einem länger andauernden Konflikt, der quer durch alle katholischen Nationen ging? Ka-

tholiken kämpften im Ersten Weltkrieg sowohl auf Seiten der Entente als auch auf Seiten der Mittelmächte. Im Deutschen Reich war durch den Kulturkampf zu Bismarcks Zeiten das Verhältnis zwischen den Katholiken und dem Reich getrübt. Galten doch die Katholiken als „unsichere Kantonnisten“ die eher auf Rom hörten als auf den Kaiser. Martin Lätzel selbst sagt von seinem Buch, es sei eine historisch-theologische Lesereise, eine Bilanz der des Verhaltens der Amtskirche, die sich notwendigerweise auf die Vertreter der Institution fokussiert. Hier ist insbesondere die Person Kardinal Michael von Faulhaber interes-

sant, der zu Beginn des Krieges noch Bischof von Speyer und (zunächst) stellvertretender Feldprobst der Bayerischen Armee, ab 1917 Erzbischof von München und Freising war (siehe dazu auch das Interview von Tanja Schultz mit Dominik Schindler, Seite 7).

Nach einem kurzen Einblick in die Vorgeschichte des Krieges (aus katholischer Sicht und auf Deutschland bezogen), schildert Lätzel die Angst des Papstes und des Kaisers vor der Moderne. Es folgen die Einblicke in die Katholische Kirche im Krieg selbst, die sich durch Reichstreue und der „Katholischen Liebe

zu Fürst und Vaterland“ auszeichnete. Bevor der Autor im Kapitel „Der Weltkrieg als gerechter Krieg“ und der geistigen Situation der damaligen Zeit schreibt, fügt er eine „Causa Belgien“ ein. Hier schildert er ebenso wie die deutschen Amtsträger den belgischen Primas, seine Aufrufe zum Kampf gegen die Besatzer – die deutsche Armee – bevor er nach Rom zog, aber wieder nach Belgien zurückkehrte und dort seine Arbeit gegen die Besatzer fortsetzte. Eine sehr interessante Schilderung, wie Rom die deutsche Bischofskonferenz und die belgische Kirche den Konflikt behandelten.

Im Kapitel „Predigten, Berichte und Briefe von der Front“ geht Lätzel auf die Glaubensebene des Konfliktes ein. Er beleuchtet die Feldpredigten, den „Krieg als Strafe Gottes“, die Resakralisierung der Kirche ebenso wie

den Sittenverfall hinter der Front. Ein eigenes Kapitel widmet er den Zeugnissen der Feldgeistlichen, die die Nöte und Ängste der Soldaten unmittelbar erleben mussten. Eigens

auf die Feldpostbriefe geht der Autor in einem weiteren Kapitel ein, in dem er diese Zeugen der unmittelbaren Todesangst in den Schützengräben während der Materialschlachten zitiert. Diese Zeugnisse der Laien an der Front, die in keinem Gehorsamsverhältnis wie die Amtsträger standen, sind ein authentisches Zeugnis der Verhältnisse vor Ort, dort, wo gestorben wurde.

Kurz vor seinem Schluss bilden die Friedensbemühungen des Papstes Benedikt XV. ein eigenes Kapitel. Benedikt, der – kurz nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges zum Pontifex Maximus gewählt wurde – bemühte sich während des ganzen Krieges um Frieden, gleichzeitig versuchte er, das Los der zahlreichen Kriegs-

gefangenen zu verbessern. Nach seinem Mahnschreiben vom 28.07.1915, welches relativ unbekannt blieb, hat Benedikt XV. sich am 1.08.1917 erneut an die Oberhäupter der kriegführenden Länder gewandt (*Dès le début*), in dem er schon mit der Idee einer staatenverbindenden Organisation spielte („Völkerbund“), die aber leider ohne den gewünschten Erfolg blieb. Ohnehin musste sich der Papst zur damaligen Zeit immer sehr diplomatisch äußern, denn die Lateranverträge waren noch nicht unterzeichnet und das Verhältnis von Vatikan zum italienischen Staat war völkerrechtlich nicht geklärt. Somit war seine „neutrale Rolle“ während des ganzen Krieges sehr umstritten.

Ein äußerst interessantes Buch, gut lesbar und voller Überraschungen. Ein Vergleich mit der heutigen Militärseelsorge wäre eventuell ein Thema für weitere Untersuchungen. □

**„Die Katholische Kirche im Ersten Weltkrieg – zwischen Nationalismus und Friedenswillen“
von Martin Lätzel,
Verlag Friedrich Pustet 2014,
216 Seiten,
ISBN 978-3-7917-2581-9**

Kurznachrichten

Weitere Erforschung des Ersten Weltkriegs

Papst Franziskus hat zu einer weiteren Erforschung des Ersten Weltkriegs und seiner Ursachen ermuntert. Vor Mitgliedern des päpstlichen Komitees für Geschichtswissenschaften lobte er am Samstag einen internationalen Kongress über den Ersten Weltkrieg, den das Komitee in diesem Jahr veranstaltet. Franziskus verwies zugleich auf den Friedensappell von Benedikt XV. (1914-1922) vom August 1917. Seine „prophetischen Worte“ seien heute aktueller denn je. Sie zeigten, dass die Geschichte „Lehrmeisterin des Lebens“ sei, so Franziskus. Damals schrieb Benedikt XV. an die Regierungen der kriegführenden Nationen: „Mit dem Frieden ist nichts verloren, mit dem Krieg kann alles verloren sein“.

Die historische Forschung sei einer der Wege der Wahrheitssuche, führte Franziskus weiter aus. Sie könne eine große Hilfe für kirchliche Entscheidungs-

ger sein, die erkennen müssten, was der Heilige Geist der Kirche von heute sagen wolle. Historiker müssten die „glorreiche Geschichte der Evangelisierung, der Hoffnung, des täglichen Kampfes“ der Kirche ebenso erforschen wie ihre „Geschichte der Treulosigkeit, der Verleugnung, der Sünden“. Voraussetzung dafür sei, dass die wissenschaftliche Arbeit von Leidenschaft für die Kirche und aufrichtiger Liebe zur Wahrheit getragen sei. Das Komitee leiste zudem einen wertvollen Beitrag für den Austausch mit Wissenschaftlern aus anderen Kulturen und Religionen, sagte der Papst.

Das 1954 gegründete päpstliche Komitee für Geschichtswissenschaften besteht aus rund zwei Dutzend Historikern aus aller Welt. Es soll vor allem den Dialog über kontroverse Fragen der Kirchengeschichte fördern und Vorurteile abbauen □

(KNA)

Dominik Schindler über Erzbischof Michael von Faulhaber

Kirche im Ersten Weltkrieg: Zwischen Patriotismus und Rom-Treue

INTERVIEW MIT DOMINIK SCHINDLER VON TANJA SCHULTZ

Der 100. Jahrestag der „Urkatastrophe“ des vergangenen Jahrhunderts bringt den Ersten Weltkrieg und seine Auswirkungen ins Bewusstsein zurück. Damit rückt auch die Rolle der katholischen Kirche im Deutschen Kaiserreich wieder verstärkt in den Fokus der Forschung und öffentlichen Diskussion. Bekanntlich begriff die deutsche Kirchenführung den Ersten Weltkrieg als Chance, ihre Vaterlandsliebe und ihr Deutschtum unter Beweis zu stellen. Einer der bedeutendsten Vertreter des deutschen Episkopats der ersten Jahrhunderthälfte ist zweifellos der wortgewaltige Michael von Faulhaber, der 1911 in Speyer zum jüngsten Bischof des Landes konsekriert wird. Als Erzbischof von München und Freising (1917-1952) wird er später den jungen Joseph Ratzinger zum Priester weihen.

Wegen seiner national-konservativen Gesinnung und Befürwortung des Krieges bereits 1914 zum stellvertretenden Feldprobst (Militärbischof) der bayerischen Armee ernannt, erlebt Faulhaber bei seinen Reisen an die Westfront in den zwei Folgejahren die Kriegsgräueltaten aus nächster Nähe. Danach erfolgt eine langsame Distanznahme und gegen Kriegsende werden seine Friedensforderungen immer lauter.

Der Theologe und Doktorand Dominik Schindler von der Ludwig-Maximilians-Universität in München forscht über Faulhaber als Bischof von Speyer, in dessen Amtszeit die Auseinandersetzungen um die Unabhängigkeit der Kirche sowie der Kriegsausbruch fallen. Schindlers Anliegen ist, das pastorale Wirken des Bischofs – neben dem politischen – stärker zu berücksichtigen, um ein vollständiges Bild seiner komplexen Persönlichkeit zu gewinnen.

ZENIT: *Mit dem Bischofsamt in Speyer von 1911 bis 1917 beginnt die ungewöhnliche Kirchenkarriere von Michael von Faulhaber, Sohn eines Bäckermeisters. Was wissen wir über seine pastoralen Anfänge als Bischof? Inwieweit hat diese Erfahrung sein späteres Wirken als Erzbischof von München und Freising geprägt?*

Schindler: Die ungewöhnliche Karriere beginnt nicht erst mit der Ernennung zum Bischof von Speyer. Es ist bereits ungewöhnlich, dass der „Bäckerssohn“ im Jahr 1903 zum Professor für Altes Testament an der neu errichteten katholisch-theologischen Fakultät der Universität Straßburg berufen wird. Die pastoralen Anfänge lassen sich ebenfalls schon vor der Speyerer Zeit verorten, denn nicht erst mit diesem Datum begann das am Puls der Zeit orientierte pastorale Wirken des späteren Bischofs. Auch wenn Faulhaber nur kurz als Kaplan in seiner Heimatdiözese Würzburg wirkte, zeichnet sich die Phase vor Straßburg auch dadurch aus, dass er beispielsweise eine Seelsorgevertretung in Berlin wahrnahm.

In der Straßburger Zeit war für Faulhaber ein engagiertes Wirken in der Kategorialseelsorge charakteristisch. In besonderer Weise wandte er

sich den Studentenverbindungen und Frauenorganisationen zu. Die pastorale Praxis, in der Faulhaber neben seinem universitären Wirken stand, führte dazu, dass sich das Speyerer Wirken im Hinblick auf die pastorale Ausrichtung fast nahtlos an die Zeit davor anschließt.

Schwerpunkte setzte Faulhaber als Bischof beispielsweise in der Förderung von Volksmissionen und der Unterstützung der Exerzitienbewegung. Ferner war ihm die fruchtbare Umsetzung der Kommuniondekrete Pius' X. ein großes Anliegen. Der Einsatz für die konfessionelle Schule, die in ihrer Verfasstheit immer stärker hinterfragt wurde, zeichnete sowohl den Speyerer als auch den Münchener Faulhaber aus.

ZENIT: *Wie war bei Kriegsausbruch das Verhältnis zwischen Katholischer Kirche und Staat? Mit welchen Auseinandersetzungen war Faulhaber als Bischof konfrontiert?*

Schindler: Hier gilt es zu differenzieren zwischen der Position der katholischen Kirche im Deutschen Reich und im Königreich Bayern. Im Deutschen Reich war die katholische Kirche im Vergleich zur protestantischen in einer nachgeordneten Stellung. Häufig wird von einer „Ghetto“-

Situation gesprochen. Im Königreich Bayern, zu dem auch das Bistum Speyer gehörte, war die katholische Kirche eine feste Größe im gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Nach dem Ende des Kulturkampfes und unter Prinzregent Luitpold beziehungsweise König Ludwig III. entspannte sich das Staat-Kirche-Verhältnis zunehmend.

ZENIT: *Wann beginnt sein politisches Engagement?*

Schindler: Diese Frage kann nicht eindeutig geklärt werden, denn es gibt keinen „Zeitpunkt X“, der auszumachen wäre. Zum Professor in Straßburg wurde Faulhaber unter anderem ja berufen, weil er als politisch „unbedenklich“ eingestuft wurde. Einen Einschnitt bildet zweifelsohne der Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch zumindest für den „Speyerer Faulhaber“, dass das scheinbare politische Engagement von einem pastoralen Impetus getragen war. Wenn in einer Predigtreihe für die Feldgeistlichen, die von Bischof Faulhaber mit herausgegeben wurde und für die er selbst einige Predigten verfasste, auch Durchhalteparolen zu finden sind, könnte dies im Sinne eines politischen Engagements aufgefasst werden. Allerdings scheint eine Reduktion auf diesen Aspekt zu kurz zu greifen.

Anders verhält es sich mit der Unterstützung der Kirche von staatlichen Angelegenheiten im Lauf des Ersten Weltkrieges. Sowohl die Bischöflichen Ordinariate als auch die protestantischen Konsistorien wurden darum gebeten, zum Wohl der Bevölkerung mitzuwirken – beispielsweise bei der Beschaffung und gerechten Verteilung von Nahrungsmitteln und der Verbringung von Stadtkindern auf dem Land; dies kann durchaus als politisches Engagement bezeichnet werden, das allerdings nicht nur mit der Person Faulhabers in Verbindung gebracht werden kann.

Faulhaber war in erster Linie Theologe und Bischof, auch wenn aus seinem Amtsverständnis heraus Handlungen und Verlautbarungen von politischer Bedeutung entsprangen.

ZENIT: *War die Erhebung in den Adelsstand 1913 ein Resultat seiner monarchischen Gesinnung oder hat sie ihn vielmehr zur „verhängnisvollen“ Treue gegenüber der Staatsobrigkeit verpflichtet? Er hat schließlich den Aufruf von Kaiser Wilhelm II. zur Mobilmachung begrüßt und wurde sogar Feldpropst.*

Schindler: Aus der Erhebung in den Adelsstand kann nichts abgeleitet werden. In der Regel wurden alle Bischöfe der bayerischen Diözesen früher oder später in den persönlichen Adelsstand erhoben. Dies als Resultat der monarchischen Gesinnung deuten zu wollen, würde in eine falsche Richtung führen. Allerdings könnte vielleicht umgekehrt die These vertreten werden, dass Faulhabers bereits bestehende monarchische Gesinnung durch die Aufnahme in den Adelsstand gefestigt wurde.

Was Wilhelm II. angeht, gilt es klar zu differenzieren: Faulhaber war Bischof eines bayerischen Bistums. Das heißt: in erster Linie war er dem Bayerischen König zugeordnet. Die Ernennung zum Feldpropst hat mit der Person Wilhelms II. nichts zu tun. Die Regelung für den Kriegsfall sah vor, dass automatisch der Erzbischof von München und Freising, zu dieser Zeit Kardinal Franziskus von Bettinger, zum Feldpropst der Bayerischen Armee ernannt würde. Bettinger jedoch war der Aufgabe gesundheitlich nicht mehr gewachsen, sodass Faulhaber –

wie die Quellen eindeutig belegen – sich selbst anbot, die Aufgabe wahrzunehmen. Allerdings nahm man davon Abstand, sich in den ersten Kriegstagen mit einer Änderung des geltenden Rechtes zu befassen. Hieraus erklärt sich, dass Faulhaber als Bischof von Speyer „stellvertretender Feldpropst“ wurde. Mit der Ernennung zum Erzbischof von München und Freising wurde er automatisch ordentlicher Feldpropst der Bayerischen Armee.

ZENIT: *Wie war seine politische Haltung zum Ersten Weltkrieg?*

Schindler: Faulhaber vertrat zumindest zu Beginn des Krieges die zur damaligen Zeit übliche Auffassung, dass es sich um einen „gerechten Krieg“ handle. Das heißt, dass der Kampfeinsatz der deutschen Truppen nicht moralisch verwerflich sei, da es sich um eine gerechtfertigte Verteidigung des angegriffenen „Vaterlandes“ handle. Der Erste Weltkrieg kann in seinem Ausmaß nicht mit Kriegen verglichen werden, die zuvor stattfanden, vor allem da durch die technischen Möglichkeiten ein neues Maß an Grausamkeit erreicht wurde. Im Lauf des Krieges differenzierte Faulhaber in Anbetracht dieser ungeahnten Schrecken seine Haltung. Bereits in der Speyerer Zeit lassen sich erste Ansätze ausmachen, die eine Mahnung zum Frieden enthalten. Gegen Ende des Krieges setzte er sich zur Erlangung eines „ehrvollen“ Friedens ein.

ZENIT: *Was wissen wir über seine Erfahrung als Feldpropst?*

Schindler: Faulhaber zeichnet sich als Feldpropst dadurch aus, dass er nicht in „aristokratischer Manier“ aus der Ferne die Situation an den Fronten zu beurteilen versucht, sondern sich selbst vor Ort ein Bild macht. Dreimal war er an der Westfront und zweimal an der Ostfront – er besuchte Verwundete in den Lazaretten und ging selbst in die Schützengräben. Er zelebrierte das Requiem für gefallene Soldaten, hielt Predigten, besuchte die Lazarette, was auch ihm nahe ging. Von Speyer aus versuchte er durch die Einrichtung einer Versandstelle für Liebesgaben (Rosenkränze, Zigaretten, Medaillen, Literatur, Briefpapier) etwas dazu beizutragen, den Soldaten zu signalisieren, dass sie in der Heimat nicht vergessen sind und auch die Kirche Anteil an ihrem Schicksal nimmt.

ZENIT: *„Der Krieg steht in dem schlimmen Ruf, er sei eine Hochzeit des Hasses. Er ist auch eine Hochzeit der Liebe, jener reinen Liebe, die stärker ist als der Tod,“ heißt es in einer Predigt in Speyer am 9. August 1914. Wie rechtfertigt Faulhaber theologisch seine Idee vom bellum iustum?*

Schindler: Das Zitat muss unbedingt in seinem Kontext gesehen werden, da sich ein anderer Verstehenshorizont eröffnet. Es stammt aus der Predigt anlässlich des Ausmarschs der Truppen im Speyerer Dom. Faulhaber spricht nicht von einer „Hochzeit“, sondern einer „Hoch-Zeit“ (die Predigt wurde veröffentlicht). Ganz korrekt müsste das Zitat lauten: „Der Krieg hat den bösen Ruf, er sei eine Hoch-Zeit des Hasses.“ Das angeführte Zitat verweist in seiner zweiten Hälfte mit Nachdruck auf die caritativen Möglichkeiten und Verpflichtungen, die sich durch das Kriegsleid eröffnen. Viel bemerkenswerter ist, dass der Speyerer Bischof bereits die Grausamkeiten des Krieges zu erahnen scheint, wenn er feststellt, dass es „für Hunderttausende [...] Abend werden“ will.

Was den gerechten Krieg angeht, spricht Faulhaber von der „heiligen, gerechten Sache“ die aus der Sorge um das Vaterland entspringe. Nicht der Hass „gegen andere Völker und Fürsten“ sei der Impuls für das Kämpfen, sondern die „Liebe zu Kaiser und König, zu Vaterland und Heimat“. Der Speyerer Bischof steht ganz in der Theologie der Zeit, nach der Krieg zu führen eine real existierende Möglichkeit zur Beilegung von Konflikten war. Wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben waren, sprach man vom „gerechten Krieg“ im Sinn eines Augustinus beziehungsweise Thomas von Aquin. Faulhaber expliziert dies sogar: der Eintritt in den Krieg sei vom „Glauben an unser gutes Recht“ getragen.

ZENIT: *Benedikt XV., der 1914 just zu Kriegsbeginn Pontifex wird, spricht sich aber deutlich gegen den Krieg aus. In seiner Exhortation von 1915 bezeichnet er ihn als „grauenhafte nutzlose Schlächtereier“. Warum verhalten die päpstlichen Friedensappelle in der katholischen Kirche in Deutschland?*

Gibt es Kommentare von Faulhaber zur Position des Papstes?

Schindler: Nach meinem derzeitigen Kenntnisstand gibt es keine direkte öffentliche Reaktion Faulhabers auf die Äußerungen Benedikts XV. beispielsweise in den Verordnungsblättern. Allerdings könnte die Möglichkeit bestehen, dass im Zuge der Edition der Tagebücher neue Erkenntnisse zu dieser Frage ans Licht kommen. Die katholische Kirche in Deutschland war meines Erachtens einfach nicht in der Lage, sich offen gegen den Krieg auszusprechen. Der Wechsel von der Rechtfertigung zu Beginn des Krieges hin zu einer Verurteilung im Juli 1915, als die Exhortatio erschien, hätte sicherlich einen Verlust an Glaubwürdigkeit mit sich gebracht. Außerdem hätte sich die katholische Kirche, die den Krieg als Chance zum Erweis der nationalen Treue sah – man denke an die Minoritätssituation im Deutschen Reich – diese Chance „verspielt“, ja sich womöglich sogar mit dem Vorwurf eines „Dolchstoßes“ aus den inneren Reihen auseinandersetzen müssen.

Allerdings geht Faulhaber in der Zwischenkriegszeit in zahlreichen Ansprachen auf die Friedensinitiativen Papst Benedikts XV. ein, die ja bereits kurz nach dessen Wahl mit der programmatischen Weihnachtsansprache von 1914 begannen.

ZENIT: Wann ändert Faulhaber seine Haltung zum Krieg?

Schindler: Solche Fragen können nicht dadurch beantwortet werden, dass man ein konkretes Datum angibt. Vielmehr ist Faulhaber wie jeder Mensch in seine Zeit hineingestellt, die kulturellen und politischen Ereignisse der Zeit wirken auf die Person ein und bilden einen Kontext, in den die Entwicklung der Person eingebettet werden muss. Dazu gehört auch die Haltung zum Krieg. Bereits ab dem Jahr 1915 lassen sich vereinzelt Andeutungen aufzeigen, die sich von dem Sprachgebrauch des „gerechten Krieges“ zu distanzieren scheinen. Vermehrt treten solche Äußerungen allerdings erst 1917 auf. Übrigens: Faulhaber hat in den breit publizierten Gebeten, die er aus Anlass des Kriegs verfasste – im Gegensatz zu anderen deutschen Bischöfen – nie darum gebeten, dass Gott die Deutschen Heere zum Sieg führen wolle, sondern das

Vertrauen auf die göttliche Vorsehung betont. Gott sei der „Schirmherr der gerechten Sache“. Auch wenn dies naheliegt, wird aber nicht expliziert, dass dies die „Deutsche Sache“ sei. Vielmehr bittet er in diesem Gebet darum, dass „Gottesfurcht und Gottvertrauen“ in Anbetracht der „Massengräber“ erstarken mögen und darum, dass „bald wieder die Segnungen eines ehrenvollen Friedens“ einkehren.

ZENIT: Inwieweit haben die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges Faulhabers Einstellung zum Kriegsausbruch 1939 geprägt?

Schindler: Die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges, der in seiner Brutalität ein vorher nie gekanntes Ausmaß erreicht hat, haben Faulhabers Haltung zu Krieg und Frieden schon in der Zwischenkriegszeit geprägt. Hier sind einige Ansprachen erwähnenswert, wie beispielsweise zum Abschluss des Katholikentages am 30. August 1922 in München unter mit dem Thema „Weltkirche und Weltfrieden“, in der der Erzbischof von München und Freising Gott darum bittet, dass er die Waffenrüstungen zerbrechen und seinen Frieden über die Völker leuchten lassen möge. Ferner sind die Silvesterpredigt des Jahres 1928 im Münchener Liebfrauentum unter dem Titel „Vom Frieden auf Erden“ und die Ansprache anlässlich eines Gottesdienst um Völkerfrieden am 7. Februar 1932 in der Basilika St. Bonifaz in München unter der Überschrift „Auf dem Weg zu einer neuen Kriegsmoral“ bezeichnend. In der für ihn charakteristischen, pointierten Weise stellt er fest: „Auf dass eine solche Katastrophe wie der letzte Weltkrieg den Völkern erspart bleibe, und die Abrüstung des Krieges einen guten Schritt vorwärts tue. [...] Die alten Kriegslieder können ruhig zum alten Eisen im Kriegsmuseum gelegt werden. Das Heldentum der Waffen ist nicht die einzige Form heldischen Daseins.“ Allerdings hält Faulhaber, wie es aus der Ansprache herausgelesen werden kann, daran fest, dass prinzipiell Situationen vorstellbar sind, in denen dennoch an Krieg als letzte Möglichkeit zur Lösung von Konflikten zwischen Völkern gedacht werden könnte.

Der Kriegsausbruch 1939 steht unter ganz anderen Vorzeichen als

1914. Es handelt sich um eine andere Art von Krieg, die politische Situation im „Deutschen Reich“ ist eine komplett andere, auch die Stellung der Kirche in der Gesellschaft hat sich radikal geändert. Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg äußert sich Faulhaber nicht in großer Breitenwirkung zur Frage nach der Rechtfertigung des Krieges. Die Stellungnahmen, die er in den Zwischenkriegsjahren abgegeben hat, sprechen für sich und zeigen seinen Wandel in der Einschätzung „des Krieges“ an.

ZENIT: Liefern die Tagebuchaufzeichnungen, die nun erstmals transkribiert und zum Jahresende publiziert werden sollen, neue Aufschlüsse über Faulhaber als Priester und Kirchenmann?

Schindler: Selbstverständlich. Es ist geradezu ein Glücksfall für die Historiker, dass die Tagebücher aus dem Besitz von Faulhabers letztem Sekretär in den Bestand des Erzbischöflichen Archivs des Erzbistums München und Freising gelangt sind und dass sich eine renommierte Gruppe von Forschern, u. a. Hubert Wolf, des Projektes annimmt. Allein schon die 52.000 Gesprächsnotizen lassen auf differenzierte Kenntnisse und Hintergrundinformationen hoffen. Spannend wird auch ein Vergleich der Tagebücher mit der Autobiographie Faulhabers sein, die er ja explizit zur Veröffentlichung vorgesehen hat und während des Zweiten Weltkrieges verfasste.

Tagebüchern vertraut man Dinge an, die in der Regel nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind und so ist neben der wissenschaftlichen Kompetenz von objektiver Akribie auch in einem gewissen Maß Einfühlungsvermögen und der Wille zum Verstehen erforderlich – ohne in einen Subjektivismus zu verfallen. Dies ist ein anspruchsvoller Spagat, denn aus den Tagebüchern darf nicht nur das herausgelesen werden, was die „brisanten“ Seiten der Person Faulhabers betrifft. Faulhabers Persönlichkeit und Intention des priesterlich-bischöflichen Wirkens müssen als Ganze erschlossen und verstanden werden.

Die Redaktion AUFTRAG bedankt sich bei der Autorin Tanja Schultz für die Überlassung des Interviews.

Das Pontifikat Pius XII (Teil 2)

VON PHILIPP WEBER¹

Philipp Weber hat über den Staatssekretär Eugenio Pacelli seine Bachelor-Arbeit geschrieben. Auszüge daraus wurden im AUFTRAG 287 und 288 abgedruckt. Den ersten Teil über das Pontifikat von Pius XII. finden Sie im AUFTRAG 293. Das Interview mit Pater Professor Dr. Peter Gumpel (SJ), Relator des Seligsprechungsprozesses von Pius XII., finden Sie im AUFTRAG 289.

Das Kriegsjahr 1940

Am 17. Januar 1940 schrieb Pius XII. an den damaligen Erzbischof von Bamberg, Johann Jakob Hauck, dass das oberste Ziel des Heiligen Stuhls die Hinwirkung auf einen Frieden sei. Selbige Aussage wiederholte der Papst nur einen Tag später gegenüber dem Kölner Erzbischof, Karl Joseph Kardinal Schulte, und bezeichnete den Frieden als vordringlichste Sorge (Schneider, 1966, S. 54 f.). Auch gegenüber dem Bischof von Passau, Simon Konrad Landersdorfer, wird am 20. Juni 1940 diese Sorge ebenso wiederholt wie auch gegenüber dem Freiburger Erzbischof Conrad Gröber (Schneider, 1966, S. 77 ff.). Neben diesen geäußerten Friedenswünschen des Papstes gab es auch konkrete Versuche, darauf hinzuarbeiten. Am 28. Februar 1940 wurde Myron Taylor als persönlicher diplomatischer Vertreter des amerikanischen Präsidenten an den Heiligen Stuhl entsandt, um so Friedensbemühungen zu unterstützen und abzuwägen. Dabei wurde wieder der Wunsch nach Frieden als höchstes Ziel bekräftigt (Hummel & Kißener, 2009, S. 186 f.). Wenige Tage später wurde am 11. März 1940 dem Reichsminister des Auswärtigen, Joachim von Ribbentrop, eine Geheimaudienz bei Papst Pius XII. gewährt. Über die Gesprächsinhalte ist wenig bekannt. Jedoch ist nachgewiesen worden, dass nach der im Anschluss an die Audienz stattfindenden Unterredung mit dem Kardinalstaatssekretär, Luigi Kardinal Maglione, der Vatikan und somit auch der Papst als Feinde Deutschlands betrachtet wurden (Feldkamp, 2000, S. 137).

Als im Zuge des Westfeldzugs 1940 die Königreiche Belgien und Niederlande sowie das Großherzogtum Luxemburg besetzt und die Regenten abgesetzt wurden, äußerte sich Pius XII. persönlich, um seine Hoffnung für Gerechtigkeit, Frieden und Wiedereinsetzung der Regenten zum Ausdruck zu bringen (Hummel & Kißener, 2009, S. 187). Am 3. Juli 1940 wird der Apostolische Nuntius beim Deutschen Reich, Erzbischof Cesare Orsenigo, erneut im Auswärtigen Amt empfangen. Dabei trägt der Nuntius Möglichkeiten von Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich vor. Der Vorschlag wird zwar weitergeleitet, jedoch wird diesem keine weitere Beachtung geschenkt (Albrecht, 1980, S. 448).

Im August 1940 betont Pius XII. gegenüber dem deutschen Episkopat die Wichtigkeit des Friedens, aber auch der Neutralität (Schneider, 1966, S. 92). Welche Folgen ein Bruch der Neutralität der Bischöfe haben konnte, zeigte sich in Folge des 1. September 1940. Am ersten Jahrestag des Kriegsausbruchs hatte der Katholische Armeebischof Franz Justus Rarkowski die Frage nach einer Verantwortlichkeit der Kriegsschuld gestellt, und wem diese anzulasten sei. Diese Äußerung wurde äußerst negativ von den Organen des Nationalsozialismus aufgenommen und das Reichssicherheitshauptamt leitete infolge dessen Ermittlungen ein (Albrecht, 1969, S. 102). Die Ausführungen zum Kriegsjahr 1940 zeigen klar die weiteren Vermittlungsversuche und die Wichtigkeit des Friedens im Pontifikat Pius XII. und seinen Einsatz dafür. Die Botschaften an die Beneluxländer nach deren Besetzung, die Vermittlungsversuche des Nuntius hinsichtlich von Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und Frank-

reich (als diplomatischer Vertreter des Vatikans) sowie die deutliche antikatholische Einstellung des Deutschen Reichs nach der Audienz von Ribbentrops zeigen deutlich auf, dass Pius XII. eine geradlinige Friedensdiplomatie verfolgte. Dass er dabei eine grundsätzlich neutrale Haltung gegenüber einem politischen System einnahm, ist den internationalen Verträgen des Vatikans mit Deutschland und Italien zuzuschreiben. Da durch eine Verletzung dieses Vertragswerks mit eskalierenden Vergeltungsaktionen zu rechnen war, hatten bereits Reaktionen auf die Enzyklika *Mit brennender Sorge* und 1940 auch die Aussage des Armeebischofs gezeigt. Dennoch behielt sich der Papst das zugestandene Recht vor, zu moralischen Themen der Kriegsführung sein Wort zu erheben.

Die Kriegsjahre 1941 und 1942

Das Kriegsjahr 1941 verlief nach der Kapitulation Frankreichs im Sommer 1940 an der Westfront vergleichsweise ruhig. Der Luftkrieg gegen England war ein Fehlschlag und Mitte des Jahres nahmen so auch die Bombardierungen britischer Städte ab. Ende Juni begann mit dem Unternehmen Barbarossa der Russlandfeldzug, welcher bereits im Winter desselben Jahres zum Erliegen kam. Im Juni 1941 wandte sich der Deutsche Botschafter am Heiligen Stuhl, Diego von Bergen, mit Informationen über die Einstellung des Vatikans an seinen späteren Nachfolger Ernst von Weizsäcker, welcher zu dieser Zeit seinen Dienst im Auswärtigen Amt in Berlin versah. Demnach sei der Papst bei privaten Audienzen immer höflich zurückhaltend und besonnen geblieben, während ihm trotz alledem die Ernsthaftigkeit der Situation und die Spannungen zwischen Deutschem Reich

¹ Oberleutnant Philipp Weber hat an der Universität der Bundeswehr in Neubiberg studiert und über das Pontifikat Pius XII. seine Master-Arbeit verfasst, die er hier in gekürzter Weise wiedergibt

und Heiligem Stuhl bewusst waren. Dennoch wünsche er eine Lösung der Konflikte und sei dem Deutschen Volk wohlgesonnen. (Albrecht, 1969, S. 103). Weiterhin wird aus dem Notwechsel deutlich, dass der Vatikan wiederholt Protestnoten zu Liquidierungen im besetzten Polen gesendet habe, die Liquidierungen aber seitens des Deutschen Reichs als gerechtfertigt angesehen wurden, da Unruhen im Keim erstickt werden müssten und Deutschland zudem noch in Krieg mit anderen Nationen stehe, was in der Folge solche Schritte erfordere. Auch Deportationen von Polen und Minderheiten wurden mit dieser Begründung gerechtfertigt und damit, dass es sich in diesem Zusammenhang um eine Rückführung der Volksdeutschen [sic!] in die annektierten Gebiete und somit um eine Entschädigung der Folgen des Ersten Weltkriegs handele.² Auch die Verschleppung und Verhaftung von polnischen Priestern wurde gegenüber dem Vatikan, unter dem Vorwand des Schutzes vor Aufwiegelung und Unruhen gegen Deutschland in den besetzten Gebieten, begründet (Albrecht, 1969, S. 106). Desweiteren wurden seitens des Deutschen Reichs angebliche Übergriffe auf Katholiken in Polen und im Reichsgebiet als Feinpropaganda heruntergespielt.

Diese Ausführungen und Aussagen gegenüber dem Heiligen Stuhl zeigen, dass die Realität im Kriegsalltag und auf diplomatischer Ebene stark verzerrt wiedergegeben wurde. Bereits im Juli 1941 erfolgten im Reichsgebiet Beschlagnahmungen von kirchlichen Häusern und kirchlichen Eigentum. Ebenso wurde der Eintritt in kirchliche Orden seitens des Nationalsozialismus verwehrt. Gleichzeitig wurden Kirchenzeitungen in den Bistümern unterdrückt (vgl. Gestapobericht), und es wurde Pflegepersonal in Krankenhäusern verboten, religiöse Gespräche mit Kranken zu führen; Geistlichen wurde der Zugang erschwert oder sogar verweigert. Trotz Rechtsschutz durch das Konkordat kamen regelmäßige Übergriffe auf Priester immer wieder vor. Begründet wurden diese beispielsweise im Fall des Domkapi-

tulars Clemens Echelmeyer (Bistum Münster) mit nicht vorher getroffenen Absprachen bei Ernennungen des Domkapitels (Albrecht, 1969, S. 110 ff.), obwohl dies gemäß Artikel 14 des Reichskonkordats (Pacelli & von Papen, 1933) nicht notwendig gewesen wäre. Daraufhin verhärtete der Nationalsozialismus gegenüber der Kirche seine Position und stellte fest, dass eine Einsetzung von Bistumsadministratoren oder einer Apostolischer Administration in den besetzten Gebieten in keiner Form zugestimmt werde (Albrecht, 1969, S. 113 f.). Solche Übergriffe und Anfeindungen fanden während der gesamten 12 Jahre des Nationalsozialismus regelmäßig statt. Am 25. November 1941 berichtete daher Michael Kardinal von Faulhaber gegenüber Papst Pius, dass die Hetze gegen die Kirche zugenommen habe. So habe der Reichsschulungsleiter Friedrich Schmidt von der Ausrottung der 2000-jährigen Tradition gesprochen (Volk, 1978, S. 849). Anhand dieser Vorkommnisse zeigt sich, wie schwierig die Situation der Kirche im Dritten Reich war und wie sich seit 1939 deren Stellung verschlechterte. Trotzdem versuchte der Vatikan, von einer neutralen Position aus moralisch Kritik zu üben und humanitäre Hilfe zu leisten, wie das Jahr 1942 zeigen sollte. Auch wird an dieser Stelle klar, dass ein Handeln nach der Friedens- theorie praktisch nicht möglich war, da die Gegenseite die aufzu- bringen- de Bereitschaft zum Frieden gar nicht in Erwägung zog.

Nachdem das Kriegsjahr 1941 langsam zur Wende im Hinblick auf die Eroberungen und Erfolge der Wehrmacht tendierte, mussten erste schwerere Rückschläge in Kauf genommen werden. Gerade der Feldzug im Osten fügte den Deutschen schwere Verluste zu, wie an der Schlacht um Moskau sichtbar wurde. Da der Vatikan in den Jahren zuvor eine neutrale Haltung gegenüber allen Kriegsparteien eingenommen hatte, war es möglich, bereits kurz nach Kriegsbeginn ein Informationsbüro über gefallene, vermisste und gefangene Soldaten aber auch Zivilisten einzurichten (Hummel & Kißener, 2009, S. 133 f.). Bis zum Ostfeldzug hatten die deutschen Verbände bis in die Kriegsjahre 1941/42 weniger Probleme, die Auf-

gabe der Erfassung ihrer eigenen Soldaten wahrzunehmen, da der Krieg in Europa vergleichsweise übersichtlich verlief. Jedoch wurde dies durch lange Strecken, große Frontabschnitte und die damit verbundenen Kommunikationsprobleme im Krieg gegen die Sowjetunion nach und nach schwieriger. Fortan war es nicht mehr möglich, den Verbleib aller von der Truppe getrennten Soldaten zu klären. Der Vatikan bot daher in Erkenntnis dieser Sachlage dem Deutschen Reich am 6. Januar 1942 an, über diplomatische Kanäle Informationen über gefallene, vermisste und kriegsgefangene deutsche Soldaten an die deutsche Reichsregierung weiterzuleiten (Albrecht, 1980, S. 598 ff.). Als jedoch der Apostolische Nuntius Orsenigo am 15. Oktober 1942 gegenüber dem Diplomaten Ernst Woermann eine ähnliche Bitte für verschleppte Juden und deren Familien vorträgt, wird diese seitens des Auswärtigen Amtes abgelehnt (Albrecht, 1980, S. 670). Diese beiden Verhalten zeigen zum einen, dass der Vatikan trotz der schwierigen angespannten Situation zwischen politischer Neutralität und Humanität zu unterscheiden wusste, aber zum anderen die Gegenseite keinen Schritt entgegenkam. In Anbetracht dessen, dass Juden und andere Minderheiten in Konzentrationslagern und bei Übergriffen ermordet wurden, erscheint diese Reaktion der Nationalsozialisten nachvollziehbar, weil in diesem Fall die Realität der Verbrechen offensichtlich geworden wäre. Dennoch versuchte der Vatikan immer wieder sich für Verfolgte einzusetzen und protestierte wiederholt gegen Übergriffe an Minderheiten in den besetzten Gebieten. Dies führte im Verlauf des Jahres 1942 dazu, dass nach und nach den diplomatischen Protesten eine Verschärfung der Sanktionen gegen genannte Minderheiten erfolgte. Eine weitere Reaktion der Nationalsozialisten war die von Hitler befohlene Feststellung, dass die diplomatischen Beziehungen und das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich nur für die Grenzen von 1933 gelten würden (Feldkamp, 2000, S. 139). Die Nationalsozialisten merkten in dieser Feststellung gegenüber dem Vatikan an, dass dieser Schritt notwendig sei, da es schließ-

² Diese Argumentation spiegelt den Revanchismus des Nationalsozialismus wieder

lich der Vatikan sei, der die neuen Grenzen des Deutschen Reichs nicht anerkennen wolle (Albrecht, 1969, S. 123). Dadurch wird sichtbar, wie sehr der Nationalsozialismus internationales Recht missachtete, und es sich auslegte, wie er es benötigte. Auch wird an dieser Stelle wieder deutlich, wie schwer es ist, die Friedenstheorie und die Theorie des Pazifismus anzuwenden. Eher trifft hier die Feststellung zu, dass Krieg ein duldbares Unrecht ist, wenn er dazu beiträgt, einen unrechtmäßigen Angriff abzuwehren oder die Souveränität eines zu Unrecht angegriffenen Staats wieder herzustellen. Auch zeigt sich hier die moralische Haltung Pius XII., da er in Anbetracht der geringen Wirkung seiner Proteste dennoch beständig auf Unrecht und unmoralisches Handeln im Krieg hinwies.

Trotz solcher Rückschläge versuchte Pius XII. auch weiterhin, sich für einen gerechten Frieden einzusetzen. Am 13. Mai 1942 nutzte er den Tag seines silbernen Bischofsjubiläums, um zur Hilfe für Verfolgte und vom Krieg betroffene aufzurufen und gleichzeitig gegen gottlose antikirchliche Kräfte zu protestieren (Blet, 2000, S. 138 f.). Auch stimmte er vom moralischen Standpunkt aus in Folge der Erkenntnis des im Krieg geschehenden Unrechts einer Zusammenarbeit zwischen den USA und der UdSSR zu (Blet, 2000, S. 122). Nachdem seitens der Nationalsozialisten festgestellt wurde, dass sich die diplomatischen Beziehungen des Vatikans und Deutschlands lediglich auf das Staatsgebiet von 1933 bezogen, wurden Proteste des Apostolischen Nuntius fortan offen als politische Parteinahme des Heiligen Stuhls interpretiert. Das Deutsche Reich warf dem Vatikan vor, als dieser gegen die Missbehandlung der Juden und Deportierten in Konzentrationslagern protestierte, dass er sich von der amerikanischen Propaganda vereinnahmen ließe. Spätestens ab diesem Zeitpunkt erkannte Pius XII., dass durch offene diplomatische Proteste eher Sanktionen und ein verschärftes Vorgehen gegen die Kirche im Deutschen Reich die Folge waren. Daher wurden nach und nach die Bemühungen in den Untergrund verlegt, und es wurde so versucht, den Verfolgten zu helfen (Feldkamp,

2000, S. 140 ff.). Vor dem Hintergrund dieser Fakten wird deutlich, wie angespannt die Situation zwischen dem Vatikan und Deutschland war. Dennoch lehnt Pius XII. eine Aufhebung der Nuntiatur in Berlin ab, um so den Nationalsozialisten kein Argument für eine propagandistische Hetze gegen die Kirche zu liefern und gleichzeitig den letzten Einfluss im Deutschen Reich zu verlieren.

Im Hinblick auf diesen Zustand im Krieg verfehlte die Weihnachtsansprache 1942 Pius XII. ihre Wirkung nicht und führte aufgrund ihrer klaren Sprache zu heftigen diplomatischen Protesten des Deutschen Reichs beim Heiligen Stuhl (Feldkamp, 2000, S. 142). Der Reichsminister des Auswärtigen, Joachim von Ribbentrop, drohte sogar Vergeltungsmaßnahmen an, sollte der Vatikan durch solche Ansprachen seine Neutralität aufgeben (Hummel & Kißener, 2009, S. 189).

Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs ist zu erkennen, dass der Konflikt zwischen dem Dritten Reich und dem Vatikan immer stärker wurde. Pius XII., welcher den Nuntius in Berlin wiederholt protestieren ließ, wies ununterbrochen auf Gräueltaten und Verbrechen hin. Er forderte, wo er nur konnte, die Beendigung des Krieges und setzte sich für Frieden und Gerechtigkeit ein, obwohl ihm der Ernst der Lage bewusst war. Nicht zuletzt auch aus dieser moralischen Verpflichtung heraus erhob er Protest gegen Grausamkeiten des Krieges. Ihm war bewusst welche Verbrechen geschahen, und er versuchte im Untergrund so gut es ging, zu helfen. Das vatikanische Informationsbüro für Gefallene, Vermisste und Gefangene ist nur ein Beispiel dafür. Im späteren Abschnitt über die Deportationen von Juden und Minderheiten wird dies noch deutlicher werden. Im Handeln des Pacelipapstes zeigt sich ein hohes moralisches Verantwortungsbewusstsein zusammen mit dem Wissen um mögliche Folgen auf diplomatischer Ebene und um Formen von Repressalien. Auch deswegen kann bei seinen Formulierungen davon ausgegangen werden, dass er die Verbrechen und Ungerechtigkeiten so klar definierte, dass jeder Hörer der Ansprachen wissen musste, wer gemeint war, ohne aber die Namen derer zu nennen, die das

Unrecht ausübten. Dies kann als diplomatischer Trick verstanden werden, da er hierdurch politisch neutral blieb, aber sein Recht des moralischen Protests wahrnehmen konnte (vgl. Lateranverträge und Reichskonkordat). Es zeigt also, dass Pius XII. als vormaliger Diplomat diese Feinheiten des diplomatischen Alltags zu nutzen wusste. Dennoch verfehlten seine scharfen moralischen Proteste nicht ihre Wirkung, wie es anhand der teils ungehaltenen Reaktionen der Nationalsozialisten ersichtlich ist (vgl. Drohung von Ribbentrops).

Die letzten Kriegsjahre in Italien und die deutsche Besetzung Roms

Wie bereits dargestellt, verschlechterte sich mit Dauer des Krieges das Verhältnis zwischen Deutschem Reich und Heiligen Stuhl zunehmend. Dennoch wahrte der Vatikan seinerseits vordergründig die Neutralität, um nicht vertragsbrüchig zu werden oder Repressalien zu provozieren. Diese Unparteilichkeit wiederholte Pius XII. am 31. Januar 1943 in einem Brief gegenüber Kardinal von Faulhaber (Schneider, 1966, S. 215) und am 30. April 1943 gegenüber dem Berliner Bischof Konrad von Preysing. Beide Bischöfe waren in den Jahren zuvor mehrfach in Konflikt mit dem NS-Regime geraten. Eine Festnahme oder Repressalien gegen die beiden Bischöfe oder die gesamte Kirche in Deutschland hätten schwere Folgen für alle Katholiken gehabt. Dennoch merkte der Papst an, dass er beiden nach deren Ermessen Protest gegen Ungerechtigkeiten zugestehe.

Seit der Besetzung Polens 1939 hatte sich bis 1943 die Lage in Polen stark verschlechtert. Priester wurden in Konzentrationslager verschleppt, und die Seelsorgstätigkeit wurde erschwert. So waren in der polnischen Stadt Posen nur noch vier Priester verblieben, um für 200.000 Gläubige die seelsorgerische Betreuung zu übernehmen. Ebenso wurden katholische Schulen aufgehoben. Die Proteste des Nuntius blieben ungehört, und die Deportationen in die Konzentrationslager wurden nicht ausgesetzt. Auch schlug der Vatikan vor, die Betroffenen Personen nicht in Konzentrationslager zu deportieren, sondern auszuweisen. Auch dieser

Vorschlag wurde negativ beschieden (Albrecht, 1969, S. 150 ff.). Nachdem sich die Lage zunehmend verschlechterte, wandte sich Papst Pius XII. am 2. Juni 1943 an die freie Welt. Er protestierte gegen die Ungerechtigkeiten und versuchte dem polnischen Volk in seiner Unterdrückung Mut zuzusprechen. Dennoch ließen die Repressalien gegen die Polen nicht nach. Am 10. September erfolgte ein Durchführungserlass Himmlers, welcher für polnische Zwangsarbeiter nur noch unter erschwerten Bedingungen Seelsorgsarbeit von Priestern ermöglichte. Dabei wurde die Nutzung der polnischen Sprache in der Liturgie, die Teilnahme von Deutschen an den polnischen Gottesdiensten und die Heirat für polnische Zwangsarbeiter verboten (Volk, 1985, S. 265).

Obwohl in den vergangenen Jahren die Proteste und Bitten des Papstes in den Jahren bis 1943 meist erfolglos blieben, hörte Pius XII. nicht auf, auch weiterhin über die Nuntiatoren und die Vertreter des Vatikans Anfragen und diplomatische Noten zu senden. So gelang es am 29. Juni 1943, dass einige verhängte Todesurteile in den besetzten Gebieten in Haftstrafen gemildert wurden. Wie in den Jahren zuvor lösten diese Protestnoten und ständigen Anfragen dennoch Abneigung seitens des Deutschen Reichs aus. Im Juli und August 1943 wird Rom zweimal bombardiert. Pius XII. lässt beim ersten Bombardement seinen Wagen vorfahren, um nach Nomentano – San Lorenzo zu fahren. Er besucht die Opfer der Bombardierung, lässt ihnen Geld und Hilfsgüter zukommen und spricht ihnen Mut zu (Dahm, 1952, S. 60). Diese Geste blieb den Römern in Erinnerung und führte zu einer besonderen Wertschätzung für Pius XII.

Nachdem Italien Anfang September 1943 einen Waffenstillstand mit den Alliierten unterzeichnet hatte, besetzten daraufhin deutsche Wehrmachtsverbände Rom. Das Fallschirmjägerregiment 6 riegelte daraufhin am 6. September 1943 den Vatikan ab. Für den gesamten Prozess des Seitenwechsels Italiens gab Hitler dem Papst die Schuld. Da in der Nähe des Vatikans keine öffentlichen Sanitäreinrichtungen verfügbar waren, und deutsche Soldaten den Vatikan nicht

betreten durften, wurde ihnen von den Salvatorianern erlaubt, deren sanitäre Einrichtungen zu nutzen. Dabei ergab sich für die Patres die Möglichkeit, mit den Soldaten ins Gespräch zu kommen und teils wichtige Informationen für den Vatikan zu erlangen. Auch kam dadurch der Kontakt zwischen Pater Pancratius Pfeiffer und General Stahel zustande (van Meijl, 2007, S. 39 ff.). Kurze Zeit später erhielt am 12. September der General der Waffen-SS Karl Wolff von Hitler den Auftrag, den Vatikan zu besetzen und den Papst zu entführen. Wolff warnte daraufhin Pius XII. bei einer ihm gewährten Audienz persönlich (Schad, 2007, S. 103). Wolff versicherte dagegen Hitlers Befehl (welcher zudem die Sicherstellung der Kunstschatze und Archive verlangte) bis Ende des Jahres 1943 durchzuführen, was jedoch nicht geschah (Feldkamp, 2000, S. 147).

In Folge der Rombesetzung nahm der Vatikan die Diplomaten der mit Deutschland in Krieg stehenden Nationen auf und gewährte ihnen Asyl. Nach der Befreiung Roms 1944 wurde dieses Asyl ebenfalls dem Deutschen Botschafter am Heiligen Stuhl, Ernst von Weizsäcker, gewährt, welcher dann versuchte, bei Besuchen von Alliierten im Vatikan, mit diesen Friedensverhandlungen zu führen (Feldkamp, 2000, S. 155). Aufgrund der Bombardierungen Roms und der Landung der Alliierten in Sizilien und später auf dem italienischen Festland versuchte Pius XII. am 06. Oktober 1943 die Deutsche Kommandantur zu überzeugen, Rom zur Offenen Stadt zu erklären, um so Zerstörungen und Kollateralschäden zu vermeiden. Jedoch wird dieser erste Vorstoß des Papstes abgelehnt. Die Reichregierung beantwortet die Bitte des Papstes negativ und mit der Bemerkung, dass der Vatikan die Feindpropaganda falsch interpretiert habe (Albrecht, 1969, S. 162 ff.).

Auch wenn die diplomatischen Bemühungen Pius XII. und damit auch des Heiligen Stuhls gegenüber dem Deutschen Reich meist aussichtslos waren, zeigen sie dennoch das Handeln eines Papstes, der versuchte trotz der Grausamkeiten und Gräueltaten des Krieges sich für den Frieden und Gerechtigkeit einzusetzen.

Während er auf diplomatischer Ebene eine höfliche Zurückhaltung an den Tag legte, ohne dabei von der Ernsthaftigkeit der Sache abzulenken, wurden seine öffentlichen moralischen Proteste umso deutlicher verstanden. Trotz seines Sinns für die Realität des Kriegsalltags postulierte Pius XII. dennoch ein Ideal für Frieden und Gerechtigkeit und forderte es von allen Kriegsparteien ein. Dabei war sein Handeln auf menschlicher Ebene von einem hohen Maß an Nächstenliebe und Humanität geprägt, was besonders bei der Bombardierung Roms, dem Einsatz für Verurteilte, das Judentum oder das polnische Volk zum Ausdruck kommt. Dennoch bedenkt er dabei immer seine Handlungen, um die Kirche und damit auch die Katholiken keinen unnötigen Gefahren seitens der Nationalsozialisten auszusetzen. Diese Linie verfolgt Pius XII. auch im Jahr 1944 während der Besetzung Roms für die römische Bevölkerung, aber auch für andere Leidende.

Mit dem Kriegsjahr 1943 begann in Italien die Rückdrängung der Wehrmachtsverbände durch die Alliierten. Bereits im Juli und August wurde Rom bombardiert. Als sich die Alliierten Verbände dem Benediktinerkloster von Montecassino näherten, versuchte Pius XII. den Status des Klosters zu klären, so dass dieses von Kampfhandlungen verschont bliebe. Die Vertretung der Wehrmacht sicherte dies zu (Albrecht, 1969, S. 166 – 175). Dennoch wurde in Folge der Kämpfe das Kloster von alliierten Bombern zerstört. Neben diesem Versuch unternahm Pius XII. weitere Versuche, um Rom zur Offenen Stadt, also frei von militärischen Verbänden zu erklären, um so die Stadt vor Kämpfen zu bewahren. Nach anfänglicher Ablehnung der deutschen Militärregierung stimmte diese letztendlich doch am 27. März zu, erklärte Rom zur offenen und militärfreien Stadt und zog sich später aus dieser ohne Kampfhandlungen zurück (Albrecht, 1969, S. 182). Ein ähnlicher Status konnte auf Bemühen Pius XII. am 31. März 1944 für Assisi (Albrecht, 1969, S. 187), am 3. April für Orvieto (Albrecht, 1969, S. 184) und am 9. Juni 1944 für Florenz ausgehandelt werden (Albrecht, 1969, S. 188). Auch

versuchte Pius XII. gegenüber den Alliierten solche Zugeständnisse zu erhalten, und er versuchte von diesen, die Zusage eines humanen Bombenkriegs zu bekommen. Damit war die Auslassung von zivilen und caritativen Einrichtung gemeint. Jedoch erwiderten hier die Alliierten, dass dies nicht möglich sei, da schließlich die Deutschen selbiges Verhalten an den Tag legen würden (Schneider, 1966, S. 275). Auch setzte sich Pius XII. wiederholt für Inhaftierte in Rom ein. Eines der bekanntesten Beispiele ist der spätere römische Senator Giuliano Vassalli, welcher als Sozialist von den Deutschen während der Rombesatzung gefangen genommen worden war. Er wurde im Gefängnis Regina Coeli von den Besatzern gefangen gehalten und gefoltert. Obwohl er Sozialist war, setzte sich der Papst für ihn ein und konnte für ihn die Freiheit aushandeln, nachdem der General der Waffen-SS Wolff eine geheime Audienz bei Papst Pius XII. hatte. Vassalli sagte später selber aus, dass solche Versuche Pius XII. kein Einzelfall waren, und es dadurch möglich war, vielen Menschen das Leben zu retten (van Meijl, 2007, S. 20). Während der Geheimaudienz mit General Wolff wurde deutlich, dass dieser entgegen der Linie des Deutschen Reichs den Frieden aufgeschlossener war (von Bayern, 1958, S. 182). Aufgrund dieser Feststellung bittet der Papst Wolff um Unterstützung bei Friedensvermittlungen, was dieser zumindest für Westeuropa zusichert (von Bayern, 1958, S. 189 f.). In etwa demselben Zeitraum versuchte Pius XII. bei den Alliierten die Friedensbedingungen von einer totalen Kapitulation zu einem gerechten Frieden umzuwandeln, da eine bedingungslose Kapitulation ein Unrecht für Deutschland bedeutete. Die Beschlüsse der Casablanca-Konferenz, welche diese Kapitulation beinhalteten, bezeichnete der Papst als unvernünftig (Feldkamp, 2000, S. 155).

Nachdem die deutschen Kräfte Rom verlassen hatten, und es zu keinen Gefechten um die Stadt kam, wurde Pius XII. als Verteidiger der Stadt Rom, als Defensor Civitatis gefeiert (Blet, 2000, S. 230). Später im Jahr 1944 dankte der französische General de Gaulle dem Papst für dessen Ein-

satz um den Frieden und sicherte ihm eine ordentliche Kriegsführung (im Hinblick auf Einhaltung des Kriegsrechts) zu (Blet, 2000, S. 252). Gegenüber dem amerikanischen Sondergesandten des US Präsidenten, Myron Charles Taylor, äußerte der Papst am 21. Juni 1944 seine Besorgnis über den zunehmenden Einfluss Russlands in Europa (Blet, 2000, S. 266). Auch gewährte Pius XII. ab Mitte des Jahres 1944 dem Deutschen Botschafter, Ernst von Weizsäcker, Asyl im Vatikan, wie zuvor den alliierten Diplomaten (Feldkamp, 2000, S. 155). Noch vor dem Ende der deutschen Besetzung Roms hatte der Papst diesem gegenüber bestätigt, dass explizit die Wehrmachtsverbände als Besatzungsmacht ordentlich und nach dem geltenden Recht, korrekt aufgetreten seien (eine ähnliche Aussage gegenüber SS-Verbänden erfolgte nicht) (Feldkamp, 2000, S. 153). Darüber hinaus wurde nach dem Krieg bekannt, dass Ernst von Weizsäcker teilweise Berichte über Aktionen des Vatikans abschwächte oder gar verfälschte, um so Übergriffe oder Repressalien aus Berlin gegenüber dem Vatikan abzuwenden (van Meijl, 2007, S. 76). Aus den Aufzeichnungen der Notenwechsel zwischen Heiligem Stuhl und Deutschem Reich geht ebenfalls hervor, dass sowohl Diego von Bergen als auch Ernst von Weizsäcker im auswärtigen Amt stets über die Protestnoten des Vatikans informiert waren und genau wussten, wer als Beschuldigter von Gräueltaten und Kriegsverbrechen gemeint war. Selbst Heydrich soll darüber informiert gewesen sein (Albrecht, 1976, S. 187). In seiner letzten Weihnachtsansprache im Krieg 1944 bekannte sich Pius XII. zu Demokratie, Freiheit und Frieden. Ebenso sprach er die Pflicht zu einem gerechten Frieden an, um so weitere Ungerechtigkeiten (auch gegenüber den Besiegten) zu verhindern (Pius XII., 1944).

Im letzten Jahr des Kriegs und darüber hinaus warnt der Papst wiederholt vor einer ungerechten Behandlung der Besiegten und vor Racheakten an diesen, so in der Weihnachtsbotschaft 1944. Dennoch hegte er für das deutsche Volk eine Wertschätzung, welche auf die Kultur und die positiven Eigenschaften der deut-

schen Nation zurückzuführen war (vgl. Gumpel SJ, 2011). Während des Krieges bediente er sich immer wieder der deutschen Patres in Rom, um so Gräueltaten in Rom oder auch in den anderen besetzten Gebieten abzuwenden. Die Person des Pater Pancratius Pfeiffer ist dabei nur eine der bekannten Persönlichkeiten (vgl. van Meijl, 2007). Auch aufgrund der Ungerechtigkeiten der deutschen Verbände bezeichnete Pius XII. den Krieg wiederholt als Gottesgeißel und eine Zeit der Prüfung (Hummel & Kißener, 2009, S. 200) für die gesamte Welt. Die Ausführungen zu den Kriegsjahren zeigen, dass Pius XII. es nicht unterlassen hat, zum Frieden zu mahnen und sich im Hintergrund des Weltgeschehens gegen das Unrecht aktiv einzusetzen. Der Einsatz für Minderheiten und auch verfolgte Sozialisten wie im Fall Vassalli zeigt, dass Pius zwischen Politik und Humanität unterschied. Wie bereits während der historischen Explikation erwähnt, fällt es schwer, anhand dieser historischen Ereignisse eine Friedenspädagogik oder Friedensethik anzuwenden, nicht zuletzt wegen der Kriegsgründe des national-sozialistischen Deutschlands. Wie sich aber durch die diplomatische und politische Neutralität des Vatikans während des gesamten Krieges gezeigt hat, war es möglich, allen Kriegsparteien in den sechs Jahren des Kriegs mit dem gleichen Maß an Respekt und Toleranz zu begegnen, was im friedentheoretischen Sinn als tolerante Begegnung auf gleicher Ebene ausgelegt werden kann. Die moralischen Proteste, die Ansprachen und Predigten des Papstes, sowohl auf diplomatischer Ebene als auch in seiner Funktion als Oberhaupt der katholischen Kirche, zeigen die Verantwortung des Staatssouveräns, welcher auf internationaler Ebene auf Verstöße hinweist und von allen Parteien eine Rückkehr zum Frieden fordert. In diesen Protesten spiegeln sich sowohl Augustinus von Hippo als auch Thomas von Aquin wider, welche die Rechtfertigung von Kriegen mit einer sehr hohen Moralvorstellung verbunden haben. Auch die hohe Idealstellung und der höchste Anspruch zum Frieden von Foerster ist in den Ausführungen zu den Friedensforderungen zu finden. Papst Pius XII. wies immer von neu-

em auf einen gerechten Frieden, die Achtung der Menschenrechte (vgl. Einschränkung des Bombenkriegs, Kollateralschäden, Repressalien in besetzten Gebieten) und den gegenseitigen Respekt voreinander hin.

Papst Pius XII. und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa brach Pius XII. die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland nicht ab. Am 1. November 1945 wandte sich der Heilige Vater an das gesamte deutsche Episkopat. Er drückte seine Verbundenheit und die Dankbarkeit aus, dass der Krieg beendet sei und sich nun wieder der Glauben entfalten könne. Gleichzeitig dankte der Papst den Bischöfen, welche mutig Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime geleistet hatten und dementsprechend Gefahren auf sich genommen hatten (Volk, 1985, S. 819). Eine weitere Würdigung dieser Bischöfe fand im Konsistorium 1946 statt, als Pius XII. die Bischöfe von Galen (Münster), von Preysing (Berlin) und Frings (Köln) in das Kardinalskollegium aufnahm (Schmidt, 2006, S. 76). Auch Laien ehrte Pius XII. für ihren Widerstand gegen das nationalsozialistische Deutschland. So zeichnete er unter anderem 1952 den früheren Generalleutnant Theodor Groppe mit dem Komturkreuz des Orden des heiligen Gregor des Großen aus (Marin, 2008, S. 176), da Groppe im Zweiten Weltkrieg unter anderem mit Androhung von Waffengewalt Übergriffe des SD und der SS an Juden verhindert hatte sowie Protest an Befehlen Himmlers zur Fortpflanzung mit unverheirateten Frauen und zur Errichtung von Frontbordellen Protest angemeldet hatte.

In der Nachkriegszeit versuchte Pius XII. eine gerechte Behandlung Deutschlands als Staat und Verlierer des Krieges zu erwirken. In Folge dessen lehnte er eine Kollektivschuld ab und warnte mehrfach vor Racheakten und einer übereifrigen Siegerjustiz zu üben (Zolli, 2005, S. 258 ff.). Vor diesem Hintergrund setzte sich der Papst auch für den zuvor im Vatikan geflüchteten ehemaligen deutschen Botschafter Ernst von Weizsäcker ein. Dieser hatte manches Mal großzügig

die Hilfe Papst Pius für die Juden übersehen, sogar durch Vermittlung von Schutzbriefen deren Rettung indirekt mit unterstützt, und er hatte den Papst mehrfach vor Repressalien gewarnt (von Bayern, 1958, S. 161).

Auf zwischenstaatlicher Ebene hatte sich der politische Kurs der allseitigen Neutralität Pius XII. ausgezeichnet. So war es ihm nach dem Zweiten Weltkrieg möglich, gerecht für Deutschland einzutreten und gegen die Verhängung einer Kollektivschuld zu protestieren. Auch wurden fortan in seinem Auftrag Hilfslieferungen organisiert, welche bis 1951 unter anderem nach Deutschland floßen. Insgesamt wurden so mehr als 10.000 Tonnen an Hilfsgütern in einem Gesamtwert von etwa 9 Millionen US-Dollar nach Deutschland geliefert (Feldkamp, 2000, S. 157 f.). Gerade vor dem Hintergrund seines Einsatzes für Deutschland und der Gerechtigkeit gegenüber dem ehemaligen Kriegsgegner wurde bereits 1946 Aloysius Muench als Apostolischer Visitator nach Deutschland entsandt (der vorherige Apostolische Nuntius Erzbischof Cesare Orsenigo verstarb 1946 in Eichstätt). Ebenfalls bemühte sich der Vatikan in den Folgejahren um den Fortbestand des Konkordats (Feldkamp, 2000, S. 159 f.). Zu den Bischöfen in der Sowjetischen Besatzungszone und der späteren „DDR“ gestaltete sich der Kontakt schwieriger, dennoch ermutigte Pius XII. diese, auch Kontakt zur Regierung des neuen sozialistischen Staates, trotz dessen antikirchlicher Haltung aufzubauen, um so die Rechte der Kirche geltend zu machen und für die Bedürfnisse der Gläubigen eintreten zu können (Feldkamp, 2000, S. 163). Mit dieser Erkenntnis war Pius XII. ab 1949 zudem besorgt über die Entwicklungen im Einflussbereich der UdSSR, woraufhin er wieder geheime Bischofsweihen zuließ und die Geweihten in das Gebiet der Sowjetunion entsandte, um so die Kirche wenigstens im Untergrund am Leben zu erhalten (Feldkamp, 2000, S. 168).

Im Zusammenhang mit der Unterstützung des Wiederaufbaus in Europa und Deutschland seitens Papst Pius XII. bewertet Martin Niemöller die Rolle des Papstes positiv. Ebenso hebt dieser hervor, dass es der

Papst war, der als einer der ersten die Rolle Westdeutschlands in dem sich entwickelnden Blockkonflikt erkannte (Feldkamp, 2000, S. 166 f.). Als Konrad Adenauer Rom besuchte, musste er zuvor den Deutschen Parlamentariern zusichern, er werde als gläubiger Katholik keine Kniebeuge vor dem Heiligen Vater machen. Später erinnert sich Adenauer gegenüber Nahum Goldmann, dem damaligen Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, dass er nicht wusste, wie ihm geschehe, als sich die Tür öffnete und Papst Pius XII. eintrat. Er merkte an: „[...] lag ich auf den Knien, bevor ich wusste wo ich war. [...]“ (Feldkamp, 2000, S. 167). Auch merkt er an, dass er und Pius XII. ein gutes Verhältnis gehabt hätten, nicht nur im Hinblick auf die deutsche und europäische Politik. Dieses Verhältnis wurde als so gut bewertet, dass Nahum Goldmann später an Bundeskanzler Adenauer herantrat und diesen bat, die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und dem Heiligen Stuhl zu unterstützen (Feldkamp, 2000, S. 169). Ein letzter Höhepunkt bildete der offizielle Staatsbesuch des Deutschen Bundespräsidenten Theodor Heuss am 27. November 1957 im Vatikan. Zu diesem Anlass schenkte der Bundespräsident dem Papst eine Kirchenpforte aus Bronze aus Dankbarkeit für den Einsatz des Papstes für Deutschland vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Bronzeforte ist heute das Hauptportal zur deutschen Kirche am Campo Santo Teutonico im Vatikan.

Die kurze Darstellung des deutsch-vatikanischen Verhältnisses zeigt klar eine kontinuierliche Fortsetzung des Einsatzes Pius XII. für den Frieden. Sein Wahlspruch *Opus iustitiae pax* – Frieden ist das Werk der Gerechtigkeit, fand dabei im Hinblick auf die Friedensethik permanente Anwendung. Da bereits in den vorhergehenden Abschnitten mehrfach diese Bemühungen um Frieden und eine Verständigung zu anderen Kulturen, Ländern und auch Religionen mehrfach aufgezeigt wurden, soll an dieser Stelle auf eine ständige Repetition verzichtet werden. Diese erfolgt am Ende der Wiederholung der historischen Sachverhalte noch einmal als Zusammenfassung.

Papst Pius XII. und das Verhältnis zum Judentum

Wie bereits in der Darstellung der Ereignisse des Zweiten Weltkriegs angesprochen, setzte sich Pius XII. wiederholt für die verfolgten Juden und anderen Minderheiten ein. Dennoch wirft der deutsche Dramaturg Rolf Hochhuth Pius XII. ein Schweigen vor, welches er 1999 nochmals wie folgt zusammenfasste:

„[...] Was Pacelli aber zum ethisch bodenlosesten Versager auf dem Stuhl Petri macht, ist sein Schweigen zu Auschwitz. [...]“ (Hochhuth, 1999, S. 248)

Aufgrund dieser noch heute teilweise geläufigen Meinung soll im Folgenden der Einsatz Papst Pius XII. für diese Verfolgten aufgezeigt werden. Dabei wird auf diverse Quellen und Aussagen teils von selbst Betroffenen zurückgegriffen. Eine Kommentierung dieser historischen Fakten wird erst nach dem darauffolgenden Abschnitt erfolgen, in welchem dargelegt werden soll, wie Hochhuths Werk „Der Stellvertreter“ zu einem derartigen Paradigmenwechsel im Hinblick auf Pius XII. führen konnte.

Die Boykottierung der Juden begann im Deutschen Reich bereits im Jahr 1933, nachdem der Nationalsozialismus die Herrschaft in Deutschland übernommen hatte. Nach den Judenpogromen 1938 setzte sich der Vatikan mit der Frage auseinander, wie den Juden geholfen werden könne. Bereits am 31. März 1939, kurz nach der Wahl Pacellis zum Papst, meldet Kardinal von Faulhaber nach Rom, dass durch diplomatische Bemühungen das Raphaels-Werk Brasilien bereit sei, jährlich bis zu 3.000 Visa für nicht-arische Katholiken³ auszustellen, um diesen die Ausreise nach Brasilien zu ermöglichen (Volk, 1978, S. 630 ff.). Dieses Vorhaben scheiterte später zum Teil, da die diplomatischen Vertreter Brasiliens beim Deutschen Reich Probleme in der praktischen Umsetzung sahen und somit das Vorhaben verzögerten (Blet, 2000, S. 145). Im gleichen Jahr protestierte Pius XII. gegen die Ratifizierung von Rassengesetzen in Italien. In Folge

dessen setzte er sich persönlich für die Rettung von 150 bis etwa 200 jüdischen Intellektuellen ein, zu denen auch sein früherer Schulfreund Guido Mendes zählte. Durch diese Hilfe und die des Raphaels-Werks konnten in den Jahren 1939 bis 1944 etwa 4.000 bis 6.000 Juden die Ausreise ermöglicht werden. Diese Hilfe zog die Verärgerung des Deutschen Reichs nach sich (Lapide, 2005, S. 87 f.). Im Jahr 1940 leitete Pius XII. 125.000 US-Dollar zur Rettung von Juden sowie anderen Verfolgten weiter und leitete Hilfe aus den Vereinigten Staaten über seine Netzwerke weiter (Lapide, 2005, S. 89). Ebenfalls ließ der Papst durch Nuntius Orsenigo in Berlin gegen Judendeportationen beim Deutschen Reich intervenieren, woraufhin dieses mit der Begründung, es sei nicht seine Zuständigkeit, abgewiesen wurde (Hummel & Kißener, 2009, S. 133). Etwa in der gleichen Zeit predigte Kardinal von Faulhaber in München gegen die Emordung von Juden und gegen Euthanasieprogramme. Pius XII. selbst bat im Mai 1940 den Bischof von Preysing von Berlin und den italienischen Botschafter gegen die Deportationen von Juden zu intervenieren, was erfolglos verlief (Hummel & Kißener, 2009, S. 136). Dennoch konnte eine nicht genau bestimmbar Anzahl von Juden durch Ausstellung von falschen Taufurkunden und Tauscheinen gerettet werden. Hier tat sich beispielsweise der damalige Nuntius Roncalli hervor. Einige Jahre später appellierte Pius XII. an Miklós Horthy in Ungarn, dass dieser die Judendeportationen verhindern möge. (Hummel & Kißener, 2009, S. 139 f.). Zuvor wurde ein Gesetz in Ungarn erlassen, nach welchem Juden einen Stern zur Kennzeichnung tragen mussten. Pius XII. wies dabei auf die Diskriminierung der Religion und der zum Christentum konvertierten Juden hin. Horthy kam diesen Bitten nach, was ihm Drohungen Hitlers und von Ribbentrops einbrachte, er solle sich nicht als Wunscherfüller des Papstes aufspielen (Lapide, 2005, S. 115 f.). Durch diesen Protest und die Hilfe Horthys konnten in Ungarn etwa 200.000 Juden vor den Vernichtungslagern bewahrt werden (Lapide, 2005, S. 125). Auch in der Slowakei protestierte der Vatikan gegen die Übergriffe

an Juden und gegen deren Deportation (Lapide, 2005, S. 99 ff.). Im Juli 1942 protestierten die Bischöfe der besetzten Niederlande von den Kanzeln gegen die Deportation von Juden (Schad, 2007, S. 97), woraufhin Arthur Seyß-Inquart, Reichskommissar der besetzten Niederlande, fortan auch zum Katholizismus konvertierte Juden deportieren ließ (Blet, 2000, S. 150). Dabei wurde auch Edith Stein zusammen mit circa 250 anderen Katholiken jüdischer Herkunft deportiert. Als der Papst von diesen Maßnahmen erfuhr, verbrannte er im Vatikan einen vorbereiteten Protest in der Angst, sein Protest könne noch größeren Schaden als den der niederländischen Bischöfe anrichten (Hummel & Kißener, 2009, S. 106 f.). In seiner Weihnachtsansprache protestierte Pius XII. scharf gegen die Verfolgungen:

„[...] Hunderttausenden, die persönlich schuldlos, bisweilen nur um ihrer Volkszugehörigkeit oder Abstammung willen dem Tod geweiht oder einer fortschreitenden Verelendung preisgegeben sind. [...]“ (Blet, 2000, S. 292)

Daraufhin sandten ihm Juden aus aller Welt Dankeschreiben für die klaren und mahnenden Worte (Feldkamp, 2000, S. 144). Das deutsche Propagandaministerium fasste diese Ansprache als Akt der Solidarisierung mit den Juden auf (Hummel & Kißener, 2009, S. 132). In den vorherigen Abschnitten wurde der scharfe Protest des Deutschen Reichs bereits erwähnt. In den gesamten Kriegsjahren intervenierte Pius XII. wiederholt für zum Tode verurteilte und deportierte Juden, was ihm weitere Abneigung seitens des Nationalsozialismus einbrachte (Blet, 2000, S. 155).

Während der römischen Besetzung durch die Deutschen erpresste Herbert Kappler, Chef der Sicherheitspolizei und des SD in Rom, die jüdische Gemeinde. Er forderte von der jüdischen Gemeinde am 26. September 1943 innerhalb von 36 Stunden 50 Kilogramm Gold zu liefern, andernfalls würden Razzien erfolgen (Feldkamp, 2000, S. 149). Als der Rabbiner von Rom dem Vatikan dieses vortrug, wurden 15 Kilogramm Gold sofort bereitgestellt, da diese gerade verfügbar waren (Zolli, 2005, S. 233). Bei selbigen Vorgang wurde je-

3 Der Begriff diente zur neutralen Bezeichnung von zum Christentum konvertierten Juden und war keiner Wertung unterzogen

doch deutlich, dass die jüdische Gemeinde die 50 Kilogramm selbst aufbringen konnte, woraufhin der Rabbi sich beim Vatikan für das Hilfsangebot bedankte und bat, diese Hilfe weiterhin bereitzuhalten. Als am 16. Oktober 1943 dennoch eine Razzia gegen die römischen Juden erfolgte und etwa 1.250 von ihnen verhaftet wurden, protestierte Papst Pius XII. für deren Freilassung bei der örtlichen Kommandantur. Zwar konnte er keine Freilassung erzwingen, dennoch wurden keine weiteren Razzien mehr durchgeführt, da es Himmler durch den besonderen Status Roms nahegelegt wurde (Schad, 2007, S. 104 f.).⁴ Die übrigen Juden in Rom, welche nicht gefasst wurden, fanden unter anderem Unterkunft in den Klöstern Roms. Pius XII. hatte hierzu deren Klausur aufgehoben. Desweiteren nutzte der Papst auch hier deutschsprachige Priester wie Pater Pancratius Pfeiffer, um zu intervenieren (van Meijl, 2007, S. 12 ff.). Auch der damalige (heute umstrittene) Rektor der Anima, Bischof Alois Hudal, unterstützte die Rettung der Juden und versteckte diese bei sich. So wurden mehr als 50% aller Juden Roms durch die Katholische Kirche versteckt (Hummel & Kißener, 2009, S. 141). Während der gesamten Zeit der Besetzung der Stadt wurden insgesamt 5.000 Juden allein in Rom und vermutlich bis zu 3.000 in Castel Gandolfo versteckt. Die Zahl der versteckten Juden in Castel Gandolfo ist heute nicht mehr nachprüfbar. Jedoch wird vermutet, dass Kappler von den Verstecken wusste, es aber nicht wagte, die Souveränität des Vatikans anzugreifen (Lapide, 2005, S. 94 f.). Nach den Vermittlungsversuchen durch Pater Pancratius Pfeiffer versuchte Generalmajor Stahel, Kampfkommandant der Stadt Rom, die inhaftierten Juden statt in die Konzentrationslager zu deportieren bei Befestigungsarbeiten einzusetzen, sodass diese dem sicheren Tod entgehen konnten. Dieser Antrag wurde von Feldmarschall Kesselring abgelehnt (Albrecht, 1976, S. 150). Ende 1943 wurden in Kalabrien 3.200 Flüchtlinge, darunter viele Juden, interniert und nicht in ein

Konzentrationslager verbracht. Zwar waren diese Juden interniert, entgingen aber dadurch der Ermordung. Als der Papst von dem Lager in Kalabrien erfuhr, ließ er es umgehend versorgen (Lapide, 2005, S. 90). Nach dem Ende des Krieges bedankten sich am 9. März 1946 82 überlebende Juden des Lagers Auschwitz bei Pius XII. persönlich. Sie stellten dabei fest:

„Die Kirche kann sich über alle engen Schranken des Egoismus und der rassistischen Leidenschaften erheben.“ (Lapide, 2005, S. 91)

Desweiteren konnten durch das vatikanische Informationsbüro im gesamten Krieg etwa 102.000 Anfragen zu Angehörigen jüdischer Familien beantwortet werden. In 36.000 Fällen war es sogar möglich, den Kontakt untereinander wiederherzustellen. Weiteren 55.000 Juden konnte zwischen 1943 bis 1946 durch das päpstliche Hilfswerk geholfen werden (Lapide, 2005, S. 97 ff.). In ganz Italien wurde die Zahl der Juden auf etwa 40.000 geschätzt, welche durch die Kirche erfolgreich versteckt wurden (Lapide, 2005, S. 95). Europaweit wird die Zahl der geretteten Juden durch die Kirche und deren Engagement auf etwa 700.000 bis 860.000 geschätzt (Lapide, 2005, S. 187). Dahingegen geht aus den Statistiken hervor, dass sich neben dem Vatikan nur Dänemark einsetzte, um seine jüdischen Bürger zu schützen. Auch bombardierten die Westalliierten keines der Konzentrationslager (Lapide, 2005, S. 191 – 200). Wie bereits zuvor erwähnt, unternahm der Vatikan mehrmals den diplomatischen Versuch, die Juden unter das Recht der Genfer Konvention zu stellen, was jedoch nicht gelang, da sich Deutschland dem verweigerte. Dennoch unterstützte Botschafter von Weizsäcker indirekt den Schutz der Juden in Rom, indem er den Vatikan warnte und die Proteste des Vatikans, welche gegebenenfalls zu härteren Sanktionen geführt hätten, nicht weiterreichte (Hill, 1974, S. 41).

Neben den Unterbringungen und dem Verstecken von Juden, ließ Pius XII. für 30 Millionen Lire ein Schiff kaufen, welches Hilfsgüter von Genua nach Rom brachte, da der Landweg zu gefährlich war. Auch hiervon profitierten viele jüdische Familien. Zudem ermöglichte er durch weitere fi-

nanzielle und diplomatische Hilfe die Ausreise von mehreren tausend Juden (Schad, 2007, S. 108 f.). Der Umstand, dass Pius XII. keine Antirassismuskonzepte entwickelte, war dem gründlichen Abwägen der Situation als auch dem Dilemma geschuldet, dass sich zu dieser Zeit noch keine ausgereifte Theologie dahingehend entwickelt hatte. Dennoch wurde mehrfach Protest auch in Form von Ansprachen, Botschaften und Predigten erhoben (Hummel & Kißener, 2009, S. 131).

Nach dem Krieg dankten viele gerettete Juden Pius XII. persönlich. Der römische Rabbiner stellte fest, dass Pius XII. durch sein Handeln eine tiefe Menschlichkeit weit über die Grenzen der Religion bewiesen hatte (Zolli, 2005, S. 254 f.). Der jüdische Weltkongress dankte dem Papst bereits am 1. Dezember 1944 in Form eines Telegramms. Der Vorsitzende des jüdischen Wohlfahrtsausschusses in Italien, Raffaele Cantoni, bedankte sich im Namen der italienischen Juden und stellte fest, dass Pius XII. so viele Juden gerettet hatte, wie er nur konnte. Desweiteren wurde am 26. Mai 1955 ein Dankkonzert des Philharmonischen Orchesters von Israel zu Ehren des Papstes in Rom gegeben (Lapide, 2005, S. 202 f.).

Nach dem Krieg bereute Papst Pius XII. dennoch, dass er nicht noch mehr Juden hatte retten können (Feldkamp, 2000, S. 156). Vielleicht ist auch das eine Ursache für sein demütig erscheinendes Testament.

Als Pius XII. starb telegraphierte die damalige Außenministerin Israels Golda Meir:

„Wir nehmen an der Trauer der Menschheit über das Hinscheiden Seiner Heiligkeit Papst Pius XII. teil. In einer von Krieg und Uneinigkeit bedrückten Welt vertrat er die höchsten Ideale des Friedens und Mitleids. Als in dem Jahrzehnt des Nationalsozialistischen Terrors unser Volk ein schreckliches Martyrium überkam, hat sich die Stimme des Papstes für die Opfer erhoben. Das Leben unserer Zeit wurde von einer Stimme bereichert, die über den Lärm der täglichen Streitigkeiten hinweg deutliche die großen sittlichen Wahrheiten aussprach. Wir betrauern einen großen Diener des Friedens“ (Lapide, 2005, S. 204).

⁴ Gemeint war hier, dass solche Verhaftungen „direkt unter den Fensterläden des Papstes“ zu weiteren Protesten führen könnten

Am 22. Mai 1964 wurde von Richter Landau am höchsten Gerichts Israels anerkannt, dass kein Mensch zum Heldentum geboren sei und jeder selbstlos sein Leben für einen anderen in Zeiten großer Not einsetzen müsse. Dennoch habe Pius XII. sein bestmöglichstes und das ihm am besten erscheinende getan, um so den Juden zu helfen. Rabbi Andre Unger stellte weiterhin fest, dass es keine Kritik an Pius XII. gäbe, oder dass er etwas Falsches getan habe (Lapide, 2005, S. 247 f.). Die Aufzählung der Fakten des Handelns für die Juden zeigt auf, welch zahlreiche Versuche Papst Pius XII. unternommen hat, um diese und andere in Not Geratene zu retten.

Der Tod Papst Pius XII. und seine Nachwirkungen

Am 09. Oktober 1958 stirbt Pius XII. in Castel Gandolfo. Sein Todeskampf hatte sich einige Tage hingezogen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Kirche weckt der Tod des Pontifex Maximus ein breites Interesse der Weltöffentlichkeit. Fortan stellt der Tod eines Papstes auf mediale Art und Weise die Größe eines Pontifikats dar (Schlott, 2013, S. 15). Das Sterben Pius XII. fand deswegen großes Interesse, da er bis dahin als der Friedenspapst wahrgenommen wurde (Schlott, 2013, S. 129). Da der Papst in der Sommerresidenz in Castel Gandolfo verstorben war, musste sein Leichnam nach Rom übertragen werden. Dies geschah unter großer Anteilnahme der Bevölkerung am 10. Oktober. Der Trauerzug wurde erstmalig direkt im TV übertragen (Schlott, 2013, S. 133). Die Prozession hatte eine Länge von etwa 3,5 Kilometern und umfasste neben dem Klerus auch Repräsentanten der Stadt Rom und des Staats Italien. Zudem nahmen Ehrenformationen von Militär und Polizei daran teil. Als der Leichnam Papst Pius XII. in der Basilika Sankt Peter im Vatikan aufgebahrt wurde, schritten bis zu zwei Millionen Menschen an dem Toten vorüber (Schlott, 2013, S. 140 f.). Am Abschluss der Trauerzeremonien nahmen 75 nationale und 9 internationale Gesandtschaften teil (Schlott, 2013, S. 144). Die als liberal geltende Zeitung Süddeutsche Zeitung schrieb:

„[...] Die Welt in tiefer Trauer um Papst Pius XII. [...]“ (Schlott, 2013, S. 150)

Weltweit war die Anteilnahme am Tod des Pacellipapstes groß. Die Reaktion und das Telegramm Golda Meirs wurde bereits beschrieben. Indes waren Fotografien Pius XII. während seines Todeskampfes aufgetaucht. Der Leibarzt Riccardo Galeazzi-Lisi hatte sie gegen Geld an die Medien weitergegeben. Selbst für einige Medien stellte dieses Handeln damals einen Tabubruch dar. Als die Weltöffentlichkeit von diesem Vorgang erfuhr, brach eine Welle der Empörung aus (Schlott, 2013, S. 135 ff.). Der Vatikan erklärte den früheren Leibarzt zur Persona non grata und die Kardinäle drückten öffentlich ihren Schmerz und ihre Verachtung [sic!] gegenüber diesem Handeln aus (Schlott, 2013, S. 138).

Das Testament vom 15. Mai 1956 Pius XII. umfasst nur wenige Zeilen:

„**M**iserere mei, Deus Secundum magnam misericordiam magnam tuam. (Erbarme dich meiner, Herr, nach Deiner großen Barmherzigkeit!) Diese Worte, die ich im Bewusstsein meiner Unwürdigkeit und Unzulänglichkeit aussprach, als ich mit Zittern die Wahl zum Papst annahm, wiederhole ich nun mit größerer Berechtigung, da die Vergegenwärtigung der Mängel und Fehler, die ich während eines so langen Pontifikates und in solch schwerer Zeit begangen habe, mir meine Unwürdigkeit klarer gezeigt hat. Diejenigen, die dafür verantwortlich sind, bitte ich, sich nicht zu bemühen, zu meinem Gedächtnis irgendein Monument zu errichten. Es genügt, daß meine armselige sterbliche Hülle einfach an einem geweihten Ort zur Ruhe gebettet werde, der mir um so lieber sein wird, je mehr er im Verborgenen liegt. [...]“ (Lehnert, 1982, S. 185).

Die mediale Wahrnehmung Papst Pius XII. veränderte sich bis 1963 nicht. Erst als Rolf Hochhuth sein Werk Der Stellvertreter ankündigte, begann in der noch jungen Bundesrepublik langsam ein Medienskandal zu schwelen (Wolf, 2013, S. 111). Aufgrund der einsetzenden Kritik an Hochhuths Werk (noch vor der Veröffentlichung) und dem Schaden, den

das Ansehen des toten Papstes nahm, sah sich der damalige Außenminister Gerhard Schröder dazu veranlasst, die Wertschätzung und Hochachtung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem verstorbenen Papst Pius XII. auszudrücken. Im Zuge dessen wurde festgestellt, dass die Beschmutzung des Ansehens des Verstorbenen eine Imagekampagne des Rowohlt-Verlags gegen die katholische Kirche und ihre Netzwerke war, um so den Verkauf von Hochhuths Werk voranzutreiben (Wolf, 2013, S. 112). Infolge der Kampagne begannen nun beide Seiten, den Medien Informationen zuzuspielen. Dabei war aber bereits das Problem des gesellschaftlichen Wandels im Gang, da schon die Entwicklung hin zur sogenannten 68er-Bewegung eingesetzt hatte. Aufgrund dieses Umstands befand sich die Katholische Kirche von Anfang an in einer Defensivposition, und die Meinung Hochhuths wurde in den Medien als Recht der freien Meinung transportiert. Dennoch dachte die Katholische Kirche in Deutschland über rechtliche Schritte gegen Rowohlt und Hochhuth nach. Die linke und liberale Presse sowie Verteidiger Hochhuths nutzten liberale Prominente, um diese zu Stellungnahmen zu überreden. Dabei testeten Presse und Hochhuthbefürworter die Grenzen von öffentlichen Debatten und Pressefreiheit aus (Wolf, 2013, S. 113). Erschwerend kam hinzu, dass Der Stellvertreter zeitgleich mit der Veröffentlichung als Buch auch seine Premiere als Schauspiel feiern sollte. Dabei bekam Hochhuth Unterstützung von Erwin Piscator, nachdem der Rowohlt-Verlag einem Bühnenstück des Dramas kritisch gegenüber stand. Zuvor hatte der Bertelsmannverlag den Druck des Werks eingestellt, da 47% seiner Leser Katholiken waren, und er daher negative Folgen befürchtete. Piscator unterstützte Hochhuth, zumal er sich selbst als antiklerikalen Altkommunisten sah [sic!], welcher in seinen Tagebüchern gegen alle Pfaffen [sic!] schrieb (Wolf, 2013, S. 114). Weitere Brisanz wurde dem gesamten Vorgang verliehen, da bereits im Vorfeld derartige Kritiken laut wurden, und Buch- sowie Theaterpremiere am gleichen Tag stattfinden sollten. Aufgrund der sozialen Entwicklungen der

1960er Jahre und der scharfen Kritik der Kirche am Werk Hochhuths entstand in der Gesellschaft die Vorstellung, dass die Kirche mögliche Geheimnisse über Pius XII. vertuschen wollte (vgl. gesellschaftlicher Wandel; 68er-Bewegung) (Wolf, 2013, S. 115 f.). Vor diesem Hintergrund meldete Hochhuth an die Deutsche Presse-Agentur (DPA), dass die Katholische Nachrichten-Agentur (KNA) Rufmord begehe, obwohl das Stück schließlich prononciert katholisch [sic!] sei. Weitere Brisanz erhielt der Skandal durch ablehnende Haltung des damaligen Berliner Generalvikars Walter Adolph gegen Hochhuths Stück und den Umstand, dass Hochhuth sein Werk Bernhard Lichtenberg und Maximilian Kolbe widmete.⁵ Der Generalvikar sah Hohn und Spott, was durch das Werk und die Verunglimpfung des Papstes unterstrichen wurden, da er selber in der Zeit des Nationalsozialismus von deren Schergen als katholischer Pressemitarbeiter des Amtes enthoben wurde. Er verfasste fortan drei Jahre lang Protestnoten für Bischof von Preysing gegen den Nationalsozialismus (Wolf, 2013, S. 118).

Je länger die Auseinandersetzung um Der Stellvertreter andauerte, desto populärer wurde das Stück. Dabei gelang es Hochhuth aufgrund des vorherrschenden Zeitgeistes, sich gut in Szene zu setzen: Er fuhr mit dem Fahrrad gut gekleidet zur Arbeit, gab sich fotogen und gutaussehend, trat je nach Situation einmal kämpferisch, dann wieder höflich, ein anderes Mal beschämt oder zurückhaltend auf. Durch die Nutzung dieser Fähigkeiten und die mediale Aufmerksamkeit gelang es Hochhuth, sich hervorragend in die Opferrolle des Unterdrückten zu bringen (Wolf, 2013, S. 119).

Hingegen waren Hochhuths Gegner weniger fotogen und scheuten eher ein In-Szene-setzen sowie öffentliche Auftritte. Es wurde seitens der Kirche eine auf Fakten beruhende Arbeit vorgezogen, was medial allerdings weniger erfolgreich war. Im Vergleich zum Rowohlt-Verlag hatte die KNA keine

Vernetzung mit der katholischen Prominenz, was der Rowohlt-Verlag für sich als Vorteil nutzte (Wolf, 2013, S. 120). Zudem spielte die äußerst scharfe Kritik in Medien, Briefen und bei Begegnungen des Berliner Generalvikars Adolph indirekt Hochhuth zu. Nachdem sich aber während dieser Auseinandersetzung die Kirche mehr und mehr aus der Diskussion um das Werk zurückzog, wurde die Inszenierung der Kritik an Pius XII. Hochhuth und seinen Anhängern überlassen. Der Rückzug der katholischen Kirche aus der Stellvertreter-Debatte wurde damit begründet, dass Hochhuth und seinem Werk bereits viel zu viel Aufmerksamkeit geschenkt worden sei, obwohl er und dieses Werk diese nicht verdient hätten. Auch wurden im Zusammenhang mit diesem Rückzug die Überlegungen fallen gelassen, rechtliche Schritte gegen Hochhuth einzuleiten. Die Reaktion der Katholiken darauf war eine Bestürzung über solche Vorgänge und suggerierte den Eindruck, dass scheinbar doch etwas an den Behauptungen wahr sein müsse. Medienwissenschaftler sehen in diesem Prozess ein tragisches Beispiel für eine schlechte Medienarbeit der Kirche und in Pius XII. ein tragisches Beispiel der Diskussions- und Toleranzkultur damaliger Debatten, welche in dieser Zeit die Grenzen der Meinungsfreiheit erst noch finden mussten (Wolf, 2013, S. 122).

Fakt ist, dass für die Befürworter Hochhuths nicht die historische Wahrheit der Beweggrund war, sondern eher die Profitabilität. Erschwerend für die Diskussion kam hinzu, dass die Auseinandersetzung um Der Stellvertreter nur knapp zwei Monate nach der Spiegelaffäre ausbrach, wodurch viele Journalisten und Autoren möglichst als Garanten der Presse- und Meinungsfreiheit wahrgenommen werden wollten. Auch war in dem gesamten Prozess um Hochhuth feststellbar, dass bereits 1963 aufgrund des gesellschaftlichen Wandels bei einem solchen Thema die blinde Wut der 68er-Bewegung einsetzte, was eine gute Grundlage für den Erfolg Hochhuths Werk bildete. Ein weiterer Grund für diesen Erfolg war der allmählich einsetzende Prozess, welcher als Aushöhlung der Kirche beschrieben wird und schließlich im

theologischen Bereich zum II. Vatikanischen Konzil führte (Wolf, 2013, S. 125).

Das Werk Hochhuths führte zu einem verzerrtem Geschichtsbild Papst Pius XII. und sogar so weit, dass historische Fakten vernachlässigt und verzerrt wiedergegeben wurden. Besonders John Cornwell und Daniel Goldhagen (Hummel & Kißener, 2009, S. 54), welche das Reichskonkordat als Teufelspakt und Papst Pius XII. als Hitlers willigen Vollstrecker bezeichnen (Hummel & Kißener, 2009, S. 83), unterstützen diese Lobby. Ein sinnbildliches Beispiel dafür bildet ein Foto, welches Papst Pius XII. beim Verlassen eines diplomatischen Empfangs Paul von Hindenburgs aus dem Jahr 1928 zeigt. Durch Beschneidung des rechten Rands der Fotografie verschwinden Chauffeur und in manchen Darstellungen auch der rechte Soldat des Ehrenpostens. Diese Darstellung wird von Piuskritikern immer wieder als Beleg der Nähe zum Nationalsozialismus gewertet (Hummel & Kißener, 2009, S. 245 f.), obwohl bei dem wissenden Betrachter des Bildes sogar bei Betrachten der linken Bildhälfte auffallen würde, dass es sich bei den Soldaten um Angehörige der Reichswehr und nicht der Wehrmacht handelt. Auch der Vorwurf der Piusgegner, er habe die Fluchtlinien der Kirche, sogenannte Rattenlinien, nach dem Zweiten Weltkrieg Kriegsverbrechern zur Verfügung gestellt, entspricht nicht der Wahrheit. Zum einen wurden diese Fluchtlinien von Laien betrieben, welche der Kirche nahestanden, und zum anderen vermittelte unter anderem Bischof Hudal diese Kontakte, ohne dass der Vatikan darüber informiert war (Hummel & Kißener, 2009, S. 194). Es kommt hinzu, dass 1961 die Staatssicherheit der DDR die historischen Fakten über die Rattenlinien propagandistisch inszenierte und so zu deren Mythos beitrug (Hummel & Kißener, 2009, S. 191).

Im Gegensatz zu den Piusgegnern stehen die Befürworter Pius XII. welche als Zeitzeugen das Bild eines großen Papstes wiedergeben und in der Vergangenheit immer wieder auf seine Tugendhaftigkeit hingewiesen haben. An dieser Stelle sei nur auf die Biografie Schwester Pascalinas hingewiesen, die Pius XII. durch ihren langjähri-

⁵ Bernhard Lichtenberg und Maximilian Kolbe waren zwei Priester, welche im Nationalsozialismus ums Leben kamen, Lichtenberg während seiner Haft und Kolbe im Konzentrationslager Auschwitz

gen Dienst am besten gekannt haben dürfte (vgl. Lehnert, 1982). Auch der Relator des Seligsprechungsprozesses, Pater Peter Gumpel SJ, lernte den Papst noch persönlich kennen. Gerade auch im Hinblick auf die strengen Richtlinien einer Selig- und Heiligsprechung kann hier Pater Gumpel als Pius-Kenner und Zeitzeuge bezeichnet werden. Es steht weiterhin im Raum, dass zwischen Giovanni Battista Montini, dem späteren Papst Paul VI., und Papst Pius XII. ein schlechtes Klima geherrscht hätte, was ebenfalls von den Kritikern wiederholt angeführt wird. Dazu lässt sich positiv zum Pacellipapst anmerken, dass er Montini als Erzbischof nach Mailand entsandte, in ein Bistum welches mit dem Papsttum immer eng verbunden war und dessen Bischöfe und Kardinäle bei den Konklaven oftmals als papabile, also mögliche Papstkandidaten gehandelt wurden (Schad, 2007, S. 203). Und es darf nicht unerwähnt bleiben, dass es Papst Paul VI. war, der das Seligsprechungsverfahren für Papst Pius XII. eröffnete. Nicht zuletzt auch Papst Franziskus sowie Papst emeritus Benedikt XVI. drückten ihre Wertschätzung für Pius XII. aus. Benedikt XVI. betonte die Rolle des theologischen Erbes Pius XII. hinsichtlich des II. Vatikanischen Konzils und erkannte ihm den heroischen Tugendgrad zu (vgl. Kath.net, 2009). Papst Franziskus soll nach Medienberichten sogar bereits eruiert haben Pius XII. direkt heiligzusprechen und ihn von einer vorherigen Seligsprechung zu dispensieren (Kath.net, 2013).

Fazit

Die völlig differente Darstellung der Persönlichkeit Papst Pius XII. zeigt einerseits das Dilemma eines gesellschaftlichen Wandels, andererseits aber auch die Emotionalität der Diskussionskultur in der Causa Pius XII. und dessen Beurteilung.

Die Faktenlage zeigt eindeutig, dass Papst Pius XII. nicht geschwiegen hat und auch kein Feind des Judentums war. Die Kritik an ihm, er habe den Staat Israel nicht gewollt, ist allenfalls eine Falschinterpretation historischer Dokumente. Papst Pius XII. hat in diesem Zusammenhang einzig und allein Kritik an der

Gewalt im Nahen Osten geübt (Lapide, 2005, S. 265). Selbst diese Kritik entspricht der Friedensethik, da er auf Unrecht hingewiesen hat.

Im gesamten Pontifikat Pius XII. wird sein ständiger Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit mehr als deutlich. Die aufgrund der Faktenlage bekannten diplomatischen und humanitären Hilfen für Verfolgte sprechen eine unüberhörbare Sprache von Gerechtigkeit und Frieden. Die Theologie und das ständige Wiederholen moralischer Proteste, das Bewusstsein des Konflikts zwischen Theorie und Praxis, sowohl politisch, theologisch-philosophisch, als auch die Versuche dennoch die Theorie des Friedens bestmöglich in den realen Lebensalltag zu übertragen, sind ein Zeichen der Verinnerlichung des Friedens als höchstes Gut. Pius XII. bezeichnete den Krieg als eine Geißel der Menschheit, als Zeit der Prüfung, und er verurteilte klar die Verantwortlichen. Jeder, der seine Botschaften hörte, erkannte genau, an wen diese Nachrichten adressiert waren. Nicht zuletzt auch deswegen wurde er im Judentum so hoch angesehen.

Die Statistiken der geretteten Juden durch die Kirche, auch wenn hier Zahlen voneinander abweichen, zeigen dennoch den hohen Einsatz und das hohe Verantwortungsbewusstsein an dieser Stelle. Zudem sollte in diesem Zusammenhang einmal darüber nachgedacht werden, welche Staaten der damaligen freien Welt aktiv Juden und anderen Verfolgten geholfen haben und welche nicht! Selbst wenn statt der europaweit 700.000 bis 860.000 geretteten Juden nur 5.000 Juden in Rom gerettet worden wären, würde dies eine größere Anzahl an Geretteten darstellen, als der Großteil der anderen Staaten weltweit aufweisen kann!

Die Fakten um die historische Person Papst Pius XII. spiegeln daher eher das Dilemma eines verzerrt-moralisierenden Anachronismus, welcher eine minderqualitative wissenschaftliche Arbeit unter Nutzung medialer Meinungen bedient. Die Behauptungen entsprechen bei den Analysen nicht der Wahrheit und zeigen erneut, wie schon eingangs erwähnt, die Emotionalität der Debatten unter Auslassung der historischen Fakten

und dem Mangel an notwendigem *sensus historici et pro religio*, was an dieser Stelle dringend notwendig wäre. Jede in der Theorie angesprochene Notwendigkeit zum Frieden und die Voraussetzungen für einen gerechten Frieden lassen sich im Handeln und Wirken des Heiligen Vaters, Papst Pius XII., wiederfinden. Auch bei kritischer Hinterfragung der Theorie und seines Handelns ist es nicht möglich, unter der Annahme des historischen Verständnisses einen Kritikpunkt an Pius XII. zu finden, obwohl er die Kirche in einem der schwierigsten Pontifikate der gesamten Kirchengeschichte führen musste. Wie der damalige Papst Benedikt XVI. 2009 feststellte, konnte Pius XII. auf kirchlicher Ebene der heroische Tugendgrad zuerkannt werden. Unter Anbetracht des unermüdlichen Einsatzes Papst Pius XII. und vor dem Hintergrund der Friedentheorie, könnte ihm wohl im Hinblick darauf auch der Titel eines Helden des Friedens zuerkannt werden. Abschließend bleibt zu hoffen, dass Papst Pius XII. auch auf wissenschaftlicher Ebene und in Anbetracht der medialen Wahrnehmung die Würdigung seines Einsatzes für Gerechtigkeit und Frieden erfährt. □

Redaktionsschluss
für

AUFTRAG
295

Freitag,
01.08.2014

Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS)

Neue Vorstandsvorsitzende der KAS

Bei der turnusmäßigen Mitgliederversammlung der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. (KAS) am 06. Mai in Berlin wurde MdB Michaela Noll (CDU) (links im Bild) einstimmig zur neuen Vorstandsvorsitzenden gewählt. Staatssekretär Markus Grübel (CDU) (rechts im Bild) trat von seinem Vorsitz, den er seit sieben Jahren innehatte, offiziell zurück. Er darf in seinem neuen Amt als Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung kein öffentliches Ehrenamt mehr bekleiden.



Markus Grübel hatte der KAS-Mitgliederversammlung seine Parlamentskollegin Michaela Noll als Nachfolgerin vorgeschlagen. Beide waren 2002 gemeinsam in den Bundestag eingezogen. Frau Noll ist parlamentarische Ge-

schäftsführerin der Unionsfraktion im Bundestag. Bis zum Ende der vergangenen Legislaturperiode war sie ordentliches Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Seit 2014 ist sie nun ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss, jedoch weiterhin als stellvertretendes Mitglied im Familienausschuss engagiert. Familienpolitik, so Noll, sei stets ein Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit gewesen. Auch nach ihrem Wechsel ins Verteidigungsressort ist ihr die Familienarbeit ein Herzensanliegen. Demnach beschäftigen sie maßgeblich Fragen nach der Vereinbarkeit von Familie und Dienst in der Bundeswehr. Mit diesem politischen Profil ist Frau Noll eine geradezu ideale Besetzung an der Spitze der KAS.

Über ihre einstimmige Wahl zur neuen Vorstandsvorsitzenden freute sie sich sichtlich. „Ich danke Ihnen allen für ihr Vertrauen und dieses tolle Wahlergebnis.“ Die KAS verstehe sie nicht zuletzt als herausragenden Wissens- und Erfahrungspool über die Lage der Menschen und ihrer Familien in den Streitkräften, der für die politische Arbeit unschätzbaren Wert habe. Der engen Kontakt, den sie als parlamentarisch Verantwortliche zu den Handelnden im Ministerium pflege, werde sicherlich auch für die KAS sehr fruchtbar sein, sagte Noll.

Auch der Scheidende im Amt des Vorsitzenden, Markus Grübel, meinte „eine bessere Vorbereitung für mein heutiges Amt als Staatssekretär kann man durch die Arbeit der KAS und deren anderen Blick auf die Soldaten und ihre familiären und emotionalen Belangen gar nicht haben“. Grübel wird auch nach seinem Ausscheiden aus dem KAS-Vorstand weiterhin Mitglied des Vereins bleiben. □

(Text und Foto: Pressestelle KAS)

Kurznachrichten

Corvey ist UNESCO-Weltkulturerbe

Die ehemalige Benediktinerabtei Corvey ist neues UNESCO-Weltkulturerbe. Das in Doha tagende Komitee der Weltkulturorganisation sprach sich für die Aufnahme der in Ostwestfalen bei Höxter gelegenen Klosteranlage aus, deren älteste Teile aus dem 9. Jahrhundert stammen. Damit gibt es in Deutschland insgesamt 39 Welterbestätten.

Die Abtei Corvey wurde auf Initiative von Kaiser Karl dem Großen gegründet und galt im frühen Mittelalter als eines der bedeutendsten Klöster in Europa. Seit dem 19. Jahrhundert ist das rund 80.000 Quadratmeter große Areal in Besitz der Herzöge von Ratibor und Fürsten von Corvey.

Im Zentrum der neuen Welterbestätte steht neben der barocken Schlossanlage das Westwerk, die 885 vollendete Fassade der Klosterkirche, die im Inneren originale Malereien aus karolingischer Zeit aufweist. Corvey war in diesem Jahr der einzige Vorschlag, den Deutschland für die Aufnahme in die Liste der Welterbestätten ins Rennen geschickt hatte.

Außer Corvey wurde die Zitadelle von Erbil in der gleichnamigen irakischen Kurdenhauptstadt in die Liste aufgenommen, zudem Dschiddah in Saudi-Arabien, die Fabrik Van Nelle in Rotterdam und die Seidenspinnerei Tomioka in Japan. □

(KNA)

Wochenende in Maria in der Aue

Das Jahresthema der GKS lautet für 2014: „Mit Jesus Christus Brücken bauen“ – ein Thema, das auch den 99. Katholikentag 2014 in Regensburg prägt.

Dazu startete der Kreis aus dem Ahrtal ins Bergische Land. Der Vorsitzende Michael Wilke konnte am Anreisetag eine harmonische Gruppe „von 4 Jahren bis zum Pensionsalter“ begrüßen. An diesem Wochenende im Tagungshaus Maria in der Aue wurden Möglichkeiten aufgezeigt, Brücken zu bauen zwischen den Religionen, um Gemeinsamkeiten zu stärken und Trennungen zu überwinden. Dazu haben wir uns mit dem Judentum, Christentum, Islam, Hinduismus und Buddhismus auseinandergesetzt. Tolle Wimmelbilder mit Szenen „aus dem Alltag“ dieser Religionen haben uns dazu geholfen.

Mit einer Wanderung durch Gottes schöne Natur zum Altenberger Dom wurde in diesem großen Gotteshaus auf-



gezeigt, wie die katholische und evangelische Gemeinde dieses herrliche Baudenkmal gemeinsam nutzt. Der schwungvolle und begeisternde Gottesdienst am Sonntag mit Militärfarrer Heinrich Treier war der Höhepunkt dieses Wochenendes. □

(Text und Bild: Michael Wilke)



gebote und Möglichkeiten der Partizipation. Oberstleutnant Oliver Ponsold, Vorsitzender des Sachausschusses Innere Führung der GKS, ergänzte mit Berichten und Erlebnissen aus der Sachausschussarbeit, der Woche der Begegnung und der Apostolat Militaire International (AMI), ein internationaler Zusammenschluss, in dem die GKS die Bundesrepublik Deutschland vertritt. Auf reges Interesse stießen mitgebrachte Publikationen, Flyer sowie die Mitgliederzeitschrift AUFTRAG mit Jahres-CD.

Und eines wurde auch wieder in diesem Rahmen deutlich. Die Mehrzahl der Soldatinnen und Soldaten stehen vor Veränderungen, vor Versetzungen und damit vor einem großen Stück Ungewissheit. Das eine christlich orientierte Gemeinschaft hier überregional Heimat und Verbundenheit anbietet, wurde sehr positiv aufgenommen.

Der Kreis Faßberg bedankt sich bei GKS, Militärpfarramt und Fliegerhorst-Club für die Unterstützung in der Vorbereitung und Durchführung. □

(Text und Foto: Oliver Ponsold)

GKS-Kreis Faßberg

Was ist „GKS“?

Im hell erleuchteten Wintergarten des Fliegerhorst Clubs, lauttechnisch umrandet von gelegentlichem Vogelzwitschern, lud der Kreis Faßberg am Pfingstmonat zu einer Informationsveranstaltung ein, um über die GKS zu berichten, aufzuklären und zu werben. Zielgruppe waren Soldatinnen und Soldaten aus den Stäben, um den regionalen GKS-Kreis Faßberg zu verstärken, sowie Lehrgangsteilnehmer der Fachschule der Luftwaffe, die den GKS-Gedanken in ihre künftige Verwendung tragen sollen.

Die Aufklärung begann bei der Abkürzung „GKS“. Wie definiert sich diese Gemeinschaft, gibt es ausschließlich katholische Mitglieder und worin liegt der Mehrwert für die Soldaten? Oberstabsfeldwebel a.D. Hans-Jürgen Lang berichtete über Sinn und Zweck, Strukturen, Bildungsan-

Fußwallfahrt nach RETZBACH

„Die zehn guten Vorsätze“

Wie die Jahre zuvor, so hat auch in diesem Jahr der Katholische Militärfarrer aus VEITSHÖCHHEIM, Militärfarrer Martin Klein zur Fußwallfahrt nach RETZBACH eingeladen. So fanden sich dann am 8. Mai 2014 um 07.30 Uhr etwa 120 Soldaten, Zivilangestellte und Freunde der Katholischen Militärseelsorge am Kreuz des Hubschrauberlandeplatzes in der Balthasar-Neumann-Kaserne in VEITSHÖCHHEIM ein. Von dort sollte die Fußwallfahrt nach RETZBACH zur Wallfahrtskirche „Maria im grünen Tal“ beginnen. Das Bläserquintett begrüßte die Wallfahrer mit christlichen Klängen und stimmte somit die Pilgergruppe in die Wallfahrt ein.

Der Wallfahrtstag ist eine Gelegenheit, sich sowohl symbolisch als auch innerlich auf den Weg zu machen und zu fragen, wozu wir eigentlich berufen sind“, unterstrich der Militärfarrer und er äußerte sich, dass jeder Mensch etwas Besonderes sei und auch dazu aufgerufen,



etwas Besonderes für andere zu sein. „Die Kirche Gottes ist kein Haus aus Stein, das sind wir Menschen“, so der Pfarrer und er ermutigte die Wallfahrer, sich der Strapazen sowohl bei der Wallfahrt, aber auch im täglichen Leben anzunehmen. Bei bedecktem Himmel, aber dennoch trockenem Wetter pilgerten die Wallfahrer, an der Spitze mit Kreuz und Fahnen los. Unterwegs wurde reichlich erzählt und es kamen viele gute Gespräche zustande, ganz im Sinne des Militärpfarrers, denn das gehöre eben auch zu einer Wallfahrt, äußerte sich Pfarrer Klein. An der ersten Station wurden die Wallfahrer mit einer kleinen Stärkung belohnt und es wurde auf allen Stationen auch immer gebetet und gesungen. Nach rund drei Stunden Wanderung über Feldweg, Wald und Wiese steuerten die Wallfahrer schließlich auf die ZELLER bzw. RETZBACHER Weinberge, um von hier die wunderschöne Aussicht zu genießen. An der letzten Station konnten sich die Wallfahrer erneut kurz erholen und Pfarrhelfer Elmar Fries ersuchte die Wallfahrer zu einem gemeinsamen Gruppenfoto.

Feierlicher Gottesdienst

Nun ging es steil bergab direkt in die Wallfahrtskirche. Dort hatten sich die Wallfahrer einen feierlichen Gottesdienst verdient. In seiner Predigt würdigte Pfarrer Klein den erst kürzlich heilig gesprochenen Papst Johannes XXIII. Dabei ging er nochmals auf die Bedeutung des Heiligen Vaters für die Katholische Kirche, auf seine Wunder und schlussendlich auch auf seine Heiligsprechung ein. „Ein Vermächtnis von Papst Johannes XXIII. waren die zehn guten Vorsätze“ so der Pfarrer und er stellte im Weiteren die Vorsätze „Nur für heute“ den Kirchengängern vor:

- Nur für heute werde ich mich bemühen, den Tag zu erleben, ohne das Problem meines Lebens auf einmal lösen zu wollen.
- Nur für heute werde ich die größte Sorge für mein Auftreten pflegen. Ich werde niemanden kritisieren, ja ich

werde nicht danach streben, die anderen zu korrigieren oder zu verbessern. Nur mich selbst.

- Nur für heute werde ich in der Gewissheit glücklich sein, dass ich für das Glück geschaffen bin.
- Nur für heute werde ich mich an die Umstände anpassen, ohne zu verlangen, dass sich die Umstände an mich und meine Wünsche anpassen.
- Nur für heute werde ich zehn Minuten meiner Zeit einer guten Lektüre widmen. Wie die Nahrung für das Leben des Leibes notwendig ist, so ist die Lektüre notwendig für das Leben der Seele.
- Nur für heute werde ich eine gute Tat vollbringen. Und ich werde es niemanden erzählen.
- Nur für heute werde ich etwas tun, wozu ich keine Lust habe es zu tun. Sollte ich mich meinen Gedanken beleidigt fühlen, werde ich dafür sorgen, dass niemand es merkt.
- Nur für heute will ich ein genaues Programm aufstellen. Vielleicht halte ich mich nicht daran, aber ich werde es aufsetzen. Und ich werde mich vor zwei Übeln hüten: Vor der Hetze und der Unentschlossenheit.
- Nur für heute werde ich fest glauben – selbst, wenn die Umstände das Gegenteil zeigen sollten -, dass die gütige Vorsehung Gottes sich um mich kümmert, als gäbe es sonst niemanden auf der Welt.
- Nur für heute werde ich keine Angst haben. Ganz besonders werde ich keine Angst haben, mich an allem zu freuen, was schön ist, und an die Güte zu glauben.

Nach dem Vorstellen dieser Vorsätze endete Pfarrer Klein seine Predigt mit den Worten: „Nicht nur das Nachdenken über uns und unser Leben, auch die Möglichkeit, mit anderen ins Gespräch zu kommen, macht eine Wallfahrt aus.“ Nach dieser schönen Wallfahrt und dem eindrucksvollen Gottesdienst, beendeten die Wallfahrer diesen schönen Tag mit einem gemeinsamen Mittagessen im Kolpingsaal. □

(Text: Rainer Zink, Foto: Sven-Marcus Drawwe)

GKS Bereich West

GKS Bereich West als Brückenbauer

„Mit Christus Brücken bauen – als Soldat und Christ“ so lautet das Jahresthema 2014 der Gemeinschaft Katholischer Soldaten.

Unter Leitung des Bereichsvorsitzenden Oberst i.G. Albert Hecht trafen sich in der Karwoche 13 Familien mit insgesamt 50 Teilnehmern zur Werkwoche im bayerischen Bischofsreut. Sie vertieften das Jahresthema unter dem Motto „Brücken bauen im Auslandseinsatz – Schwierigkeiten, Risiken und Chancen“.

Zum Einstieg befassten sich die Teilnehmer am ersten Tag mit Geschichte und Selbstverständnis der Religionen Judentum, Christentum und Islam. Gemeinsam mit den Referenzen wurde auf dieser Basis der weitere inhaltliche Verlauf der Werkwoche detailliert. Wunschgemäß bildeten Betrachtungen zur aktuellen Krise in der Ukraine den ersten Schwerpunkt. Dabei schuf die geschichtliche Herleitung über den Zerfall der Sowjetunion und das neue



russische Selbstverständnis die Basis für eine intensive Diskussion der momentanen Lage.

Zweiter Schwerpunkt der Intensivmassnahme war der Versuch einer Bilanz des Afghanistan-Einsatzes. Die Referenten boten eine anschauliche Einführung in die Geschichte der Region mit ihrer vielschichtigen religiösen und ethnischen Struktur. Insbesondere die Partnerinnen/ Partner der Soldaten zeigten sich beeindruckt von den vielen Faktoren, die der Soldat im Einsatz zu berücksichtigen hat. Einsatzerfahrene Soldaten trugen mit ihren Redebeiträgen zur Abschätzung der heutigen Situation bei. Letztendlich fiel die Bilanz und die Projektion in die Zukunft gemischt aus.

Während der Arbeitseinheiten wurden die Kinder und Jugendlichen altersgerecht betreut. Ganz praktische Erfahrungen mit Brücken konnten während der Exkursion auf den Baumwipfelpfad im Nationalpark Bayerischer Wald gesammelt werden. Hölzerne Brücken führen in schwindelerregender Höhe durch den Wald und gewähren ganz neue Einblicke in die Natur. Höhepunkt bildet eine Aussichtsplattform in 44 Metern Höhe.

Die Abende wurden in bewährter Weise mit Bingo und einem festlichen Abendessen, aber auch mit einem bunten Abend unter aktiver Beteiligung aller Familien gestaltet. So erlebten die Teilnehmer eine interessante und abwechslungsreiche Woche auf dieser Schwerpunktveranstaltung des GKS-Bereichs West.

Der geistliche Beirat der GKS, Militärdekan Bernhard Schaller, zelebrierte am Gründonnerstag mit allen Teilnehmern die heilige Messe. □

(Text und Foto: Marian Schiebilski)

GKS-Kreis Köln

Wochenende in SPA

Vom 23. bis 25.05.2014 verbrachte die Gemeinschaft Katholischer Soldaten Kreis Köln ein gemeinsames Familienwochenende. Diesmal ging es in das benachbarte Ausland nach Spa in Belgien. Das Haus „Domaine Sol Cress“ lag oberhalb der Innenstadt von Spa und bot eine ideale Umgebung für die gemeinsame Zeit. Mitten im Grünen und mit tollen Sportmöglichkeiten wie z.B. Fußball, Tennis, Basketball, Laufstrecken oder Tischtennis war für jeden die passende Freizeitgestaltung dabei. Auch das Kulinarische kam nicht zu kurz, obwohl man sich schon auf die belgische Küche einlassen musste, aber „andere Länder andere Sitten“! Die Anreise war bis zum Abendessen für 18:30 Uhr vorgesehen. Leider hatte der Straßenverkehr für den ein oder anderen eine Überraschung bereit und so dauerte es etwas länger bis alle eintrafen.

Der Startschuss in das gemeinsame Wochenende fiel mit der Vorstellungsrunde nach dem gemeinsamen Abendessen. Es freute uns sehr diesmal drei neue Familien zu begrüßen. Der Abend wurde mit gemeinsamen Gesprächen oder Spielen verbracht und auch die Experimentierfreude, insbesondere was das belgische Bier anging, kam nicht zu kurz. Nach dem gemeinsamen Frühstück am Samstag starteten wir programmgemäß mit einer Einleitung durch Pastoralreferent Klaus Spreckelmeier in das Thema „Mit Jesus Brücken bauen – als Soldat und Christ!“.

Aus ihrem umfangreichen Erfahrungsschatz brachten uns die eingeladenen Referenten die islamische Welt und vor allem auch den Hindukusch nach Spa. Beginnend mit den überregionalen moslemisch dominierten Gebieten wurden uns die Interessen der fünf Einflussmächten USA, Russland, Europa, China und Indien dargelegt und im Laufe der Veranstaltung um die regionalen Einflüsse in Afghanistan erweitert. Ziel war es die Fragen „Was haben wir mit unserem Einsatz gewollt?“ und das „Was konnten wir tatsächlich erreichen?“ zu beantworten. Dabei haben wir umfangreiche Aspekte beleuchtet und Informationen aus erster Hand mit nach Hause genommen. Die dabei entstandenen Fragestellungen muss sich allerdings jeder individuell selbst beantworten, eine Musterlösung gibt es nicht. Die Aussage „Imperialistische Staaten denken imperial!“ wird uns jedenfalls noch lange im Hinterkopf begleiten.

Das Thema und die plastischen Darstellungen der Vortragenden hatten die Mehrheit der Teilnehmer so fasziniert, dass uns der Wunsch auf Zugabe erfüllt wurde und der Vormittag auf den Nachmittag ausgedehnt wurde. Hierfür nochmals herzlichen Dank von unserer Seite insbesondere auch an die Betreuer, die sich auch am Nachmittag unseren Kindern annahmen.

Der Rest des Nachmittags stand den Familien zur freien Verfügung und wurde genutzt, um die Stadt Spa zu erkunden oder die Freizeitangebote von Sol Cress zu genießen.

Am Abend lud der Vorsitzende Kreis Köln Oberstleutnant Marian Schiebilski zum Bingo ein. Dies ließ sich kaum jemand entgehen, zumal als Hauptpreis ein Tablet-PC lockte. In einem spannenden Duell konnte schließlich der Hauptpreis in Empfang genommen werden. Es war ein wirklich gelungener Abend, der uns allen viel Spaß gemacht hat.

Der Sonntag begann mit einem guten gemeinsamen Frühstück. Im Anschluss bereiteten die Kinder und Jugendlichen gemeinsam mit Klaus Spreckelmeier und der Kinderbetreuung den Wortgottesdienst vor. Wir Eltern mussten an das Kofferpacken denken. Der abschließende Wortgottesdienst, unterstützt durch die tolle Beteiligung unserer Kinder, war ein schöner Abschluss für dieses gelungene Familienwochenende.

Bleibt nur noch zum Abschluss des Berichtes ein herzliches „Dankeschön“ an alle Beteiligten für das Engagement und die Organisation des Wochenendes auszusprechen. Ohne „Euch“ wäre dies alles nicht möglich. □

(Text und Foto: Jürgen Dierich)

Sachausschuss Innere Führung

Neue Führung im Sachausschuss

Vom 28. bis 30. März traf sich der Sachausschuss Innere Führung zum ersten Mal unter der Leitung von Oberstleutnant Oliver Ponsold im Katholischen Militärbi-schofsamt in Berlin. Um die Kompetenz und die Vielfalt der Mitglieder kenntlich zu machen, wurde eine ausführliche Vorstellungsrunde durchgeführt, die zwar lange dauerte, aber jedes Mitglied konnte nicht nur sich selbst, sondern auch seine Vorstellungen, warum die Arbeit in diesem Sachausschuss wichtig sei und welche Kernkompetenzen er persönlich mitbringe, allen vorstellen.

Der geistliche Beirat auf Bundesebene, Militärdekan Bernd Schaller, referierte kurz aus seiner Sicht über Auftrag und Wirkungsweise eines solchen Ausschusses. Bei seinen Ausführungen brachte die Chronik der GKS zur Sprache, welche die ursprüngliche Idee der Gemeinschaft verdeutlicht. Die Chronik wird den Mitgliedern zur Verfügung gestellt und zugesandt.

Danach wurden Vorschläge gesammelt, welche Themen wichtig sein, welche aber zeitlich kurzfristig zu bearbeiten seien, damit schon in der Bundeskonferenz im September in Cloppenburg den Delegierten anschaulich vermittelt werden kann, wie der Sachausschuss in Zukunft funktioniert und wer alles auf diese Sachkompetenz zurückgrei-

fen kann, welche Themen dort bearbeitet werden, die für die Arbeit im eigenen Kreis von Relevanz sein könnten.

Nach der Erklärung der einzurichtenden elektronischen Verbindungen, damit ohne Zeitverzug gearbeitet werden kann, bereitete der Sachausschuss die gemeinsame Sitzung im Juli in Berlin vor. Diese gemeinsame Sitzung mit dem Sachausschuss Sicherheit und Frieden wird sich mit dem 70. Jahrestag des Attentats auf Adolf Hitler beschäftigen, darüber hinaus aber die langfristigen Themen „Vereinbarkeit von Dienst und Familie“ sowie „Bild der Frau in der Bundeswehr“ weiter bearbeiten.

Dass die Arbeit durch den elektronischen Verteiler und die Internetverbindungen beschleunigt werden kann, zeig-



te der neue Vorsitzende, indem er schon vor der folgenden Sitzung des Sachausschusses Ideen und Themenvorschläge im sachausschussinternen Verteiler publizierte und so Rückkoppelung erhielt, die sonst erst durch die Sitzung entstanden wären. Darüberhinaus haben die ersten Kreise den Vorsitzenden angefordert, um bei einem Familienwochenende Vorträge zu halten. Die Redaktion wird über die weiteren Fortschritte berichten. □

(Text und Foto: Bertram Bastian)

Werbung in eigener Sache

Mitarbeit erwünscht!

Sehr geehrte Leserschaft, die Sachausschüsse der GKS suchen immer interessierte junge Soldatinnen und Soldaten, die zur Mitarbeit bereit sind. Zurzeit sind folgende Sachausschüsse aktiv:

- „Sicherheit und Frieden“
- „Innere Führung“
- „Kommunikation“
- „Internationaler Sachausschuss“

Sollten Sie Interesse haben, so wenden sie sich an die Redaktion, die weitere Auskünfte gibt.

redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Buchbesprechung

Die Welt zur Zeit Jesu

In der Theologie kennen wir die Fächer der Alten Kirchengeschichte sowie die Geschichte der Kirchenväter (Patriologie) und in der Geschichte die Alte Geschichte, womit die Geschichte des Altertums gemeint ist. Autor Dahlheim bringt in einem geglückten Versuch diese beiden großen Wissenschaftsdisziplinen zusammen. Dabei reflektiert der Verfasser zugleich die Nichtbeachtung, die das Christentum im ersten Jahrhundert erfährt, erste Auseinandersetzungen auch des römischen Kaiserreiches mit den Christen und ihre immer stärkere Durchsetzung als Religionsgemeinschaft im dritten Jahrhundert, wofür etwa auch die Krise der bisherigen römischen Staatsgötter aufgrund mangelnder Akzeptanz in der Bevölkerung mit ursächlich ist. Dahlheim untersucht die verschiedenen Flügel innerhalb des Christentums der ersten vier Jahrhunderte und ihre stetige Gefahr des Auseinanderbrechens, vor allem aufgrund der Konflikte zwischen den Judenchristen um Jakobus, dem Bruder Jesu, in Jerusalem auf der einen Seite und den eher griechisch orientierten Christen wie Stephanus auf der anderen Seite. Und wegen der Missionsreisen des Hl. Paulus sollte der von den Griechen geprägte Kulturraum vor allem im östlichen Mittelmeerraum über Jahrhunderte Schwerpunkt der christlichen Glaubensverbreitung bilden.



In diesen Auseinandersetzungen der ersten Jahrhunderte geht es auch um die Bestimmung des christlichen Glaubens an sich und um die Frage, wofür das Christentum eigentlich steht. Es wird deutlich, dass Christ-Sein mehr ist als Sozial-Sein, sondern eine ständige Erneuerung und Selbstkritik erforderlich macht. Doch dies verlor sich gerade bei vielen Bischöfen mit der Zeit, die allmählich in die Rolle römischer Senatoren hineinwuchsen, rote Schuhe und rotsamene Bauchbinden trugen, (Kirchen-) Vermögen anhäuferten und (Kirchen-) Gerichte abhielten. Zugleich entwirft Dahlheim ein detailliertes Bild der politischen Lage in Palästina in den ersten drei nachchristlichen Jahrhunderten. Sowohl Herodes als auch Pilatus führten ein Leben auf des Messers Schneide: entglitt ihnen die Lage, wurde die von Rom verordnete „Ruhe“, die „pax Augusta“, nicht eingehalten, drohte die sofortige Absetzung und damit der Verlust der gesamten beruflichen und gesellschaftlichen Existenz. Zugleich wird die schwierige politische Lage in Palästina deutlich, die schon damals Grundmuster des heutigen Nahost-Konfliktes in sich trägt. □

(Andreas M. Rauch)

*Die Welt zur Zeit Jesu von Werner Dahlheim:
C.H. Beck Verlag GmbH, München 2013,
491 Seiten, ISBN 978 3 40665176 2*

Buchbesprechung

Frühchristliche Kirchen Roms

Das Toleranzedikt von Mailand im Jahr 313 n. Chr. von Kaiser Konstantin dem Großen führte zu einer Zäsur in der Geschichte der Kirche: die eher im privaten Raum angesiedelte so genannte „Alte Kirche“ wurde abgelöst durch die römisch-katholische Kirche, die nunmehr unter dem Schutz von Kaisern und Königen stand. Dieser von Kaiser Konstantin und seiner Mutter Helena initiierte Wandlungsprozess lässt sich an den frühchristlichen Kirchen Roms besonders deutlich fest machen.

Hugo Brandenburg, emeritierter Professor für christliche Archäologie an der Universität Münster, macht den Leser zunächst mit den Kirchenbauten der Konstantinischen Zeit bekannt, wobei hier als älteste Kirche die Kirche des Bischofs von Rom, die „Basilika San Giovanni in Laterano“ zu nennen ist, deren Baubeginn im Winter 312/313 anzusetzen ist und dessen Bau im Jahr 324 vollendet wurde. Für den Bau der Lateransbasilika hatte Kaiser Konstantin Grundstücke auf einem Militärareal bereit gestellt, auf denen sich die Kasernen der ehemaligen kaiserlichen Gardetruppen befunden hatten. Gleichzeitig mit der La-

teransbasilika als großer Bischofs- und Gemeindekirche errichtete Kaiser Konstantin ein Taufhaus oder Baptisterium, welches im zweiten Viertel des 4. Jahrhunderts fertiggestellt wurde. So wie die Lateransbasilika Vorbild und Prototyp des frühchristlichen Kirchenbaus wurde, so auch das Lateransbaptisterium. Die überragende Bedeutung der Taufe für die Christen in der nachkonstantinischen Zeit kommt in den Bauten von Baptisterien wirkungsmächtig zum tragen. Das „Liber Pontificalis“, die Papstchronik des 6. Jahrhunderts, erwähnt Stiftungen Konstantins in Form von Landbesitz und Wirtschaftsgütern, die den Unterhalt der Bischofskirche und des Baptisteriums sicherten.

Der Lateransbasilika und seinem Baptisterium folgen Märtyrer- und Memorialkirchen der Konstantinischen Zeit. Hier wären zu allererst die Ruinen der „Basilika Marcellinus und Petrus“ mit dem Mausoleum der Kaiserin Helena zu nennen. Aus der Zeit von Papst Damasus (366-384) ist uns die Konstantinische Umgangsbasilika „San Sebastiano“ erhalten. Beeindruckend sind die Ruinen der Basilika der „Hl. Agnes“ und das Mausoleum der Konstantin-

Tochter Constantina Augusta aus der ersten Hälfte des 4. Jahrhunderts. Desweiteren sind die frühchristliche Kirche „San Croce in Gerusalemme“ zu nennen, die von Kaiser Konstantin auf einem Gelände errichtet wurde, auf dem sich Bauten aus der Zeit des Kaisers Severus (192-211) befanden und die teilweise mit in den Neubau einbezogen wurden. Dieser Kirche wie auch der Lateransbasilika wurden Landgüter teilweise in unmittelbarer Nähe der Stadt Rom zu ihrem Unterhalt zugewiesen.

Als Kirchengründung des Kaisers Theodosius ist die Kirche „San Paolo fuori le mura“ – die Kirche des Heiligen Paulus vor den Mauern – zu nennen, in der sich der Glanz der römischen Staatskirche trefflich widerspiegelt und dem sich der Sakrophag des Apostels Paulus befindet sowie ein Baptisterium mit Bauelementen aus der Zeit um 400. Auch die Kirche „San Anastasia“ stammt aus der zweiten Hälfte des 4. Jahrhunderts. Zu den päpstlichen und privaten Kirchenstiftungen zählt die Kirche „San Pudenziana“, die Ende des 4. Jahrhunderts in einem älteren Baukomplex des 2. Jahrhunderts hinein gebaut wurde. Bemerkenswert auch „San Pudenziana“, die Ende des 4. Jahrhunderts in einen älteren Baukomplex des 2. Jahrhunderts hinein gebaut wurde. Große Beachtung verdient auch die Kirche „San Clemente“, die um 400 errichtet wurde und die ein beeindruckendes Apsismosaik des 12. Jahrhunderts aufweist. Hinsichtlich den Gemeindekirchen und päpstlichen Stiftung des 5. Jahrhunderts ist die Kirche „San Giovanni et Paolo“ zu nennen, die ebenfalls teilweise in römische Häuser hinein gebaut wurde und an deren Wänden sich Maleereien mit paganen Gottheiten und anderen vorchristlichen Motiven erhalten haben.

Zu den bedeutendsten Gemeindekirchen des 5. Jahrhunderts zählt „San Sabina“, die unter Papst Coelestin I. (422-432) errichtet wurde und wohl die am besten erhaltene frühchristliche Kirche Roms ist. Beeindruckend hier sind der antike Marmorboden und die schönen Kolonnaden mit Spoliensäulen und Kapitellen des 2. Jahrhunderts. Ein weiterer bedeutender Kirchenbau des 5. Jahrhunderts ist die Kirche „San Maria Maggiore“ mit seinem prächtigen Mosaik im Triumphbogen aus der Zeit von Papst Sixtus III. (432-440) und weiteren bedeutenden Mosaikfeldern unter den Fenstern des Langhauses. Dann ist „San Pietro in Vincoli“ zu nennen, in dessen rechten Flügel des Querhauses der „Moses“ von Michelangelo aufgestellt ist; zudem ist es die Titularkirche des aus Deutschland stammenden Kardinals Nicolaus Cusanus (1401-1464).

Als letzten Großbau der Antike führt Brandenburg die Kirche „San Stefano Rotondo“ auf, die unter dem Papst Simplicius (468-483) geweiht wurde. Der Baukörper von „San Stefano Rotondo“ besticht vor allem durch seine relativ ungewöhnliche Rundform, seinen einzigartig schön gearbeiteten, antiken Marmorboden und hellen, antiken Säulen in den Kolonnaden. Nahezu privat wirken aufgrund

ihrer deutlich kleineren Baugröße „San Balbina“, „San Giovanni a Porta Latino“ und „San Cosma E Damiano“; die letztere Kirche wurde auf dem Forum Romanum errichtet und ist mit einem prächtigen Apsismosaik ausgestattet. Im Jahr 608 weihte Papst Bonifatius (608-615) das Pantheon als Kirche der Madonna und der Märtyrer ein, wobei

der Bau insgesamt weitgehend unverändert in seinem antiken Bestand auf uns gekommen ist. Als eine weitere, außergewöhnlich schöne Kirche aus der ersten Hälfte des 7. Jahrhunderts ist „San Agnese“ zu nennen, wobei sie vor allem wegen seinen Mosaiken und der gekonnten Verarbeitung verschiedener Marmorsorten besticht.

Im Ergebnis lässt Hugo Brandenburg den Leser an seinem umfassenden Compendium eines langen Wissenschaftlerlebens teilhaben, wobei der Autor modernste Forschungsergebnisse berücksichtigt. Grundsätzlich enthält der Bildband in genauer, wissenschaftlicher Systematik sämtliche antiken Kirchen Roms des 4. Bis 7. Jahrhunderts, von denen in dieser Buchbesprechung lediglich einige beispielhaft genannt wurden. Das Buch von Brandenburg empfiehlt sich für jeden der

sich mit Kirche, Kirchengeschichte und der Stadt Rom auseinandersetzt und der vielleicht auch einmal vorhat, sich die schönen frühchristlichen Kirchen in Rom ganz persönlich anzuschauen. □ (Andreas M. Rauch)

Hugo Brandenburg: Die frühchristlichen Kirchen in Rom. Vom 4. Bis zum 7. Jahrhundert. Der Beginn der abendländischen Kirchenbaukunst. Schnell & Steiner Verlag Regensburg 2013, 368 S., gebunden, ISBN 978-3-7954-2200-4



Redaktionsschluss für
AUFTRAG 295
Freitag, 01.08.2014

Beiträge erbeten an:
redaktion-auftrag@kath-soldaten.de



Termine für das Laienapostolat in der Kath. Militärseelsorge



2014 Allg. Termine u. Bundesebene

28.07. – 03.08.	Salzburger Hochschulwochen
13. – 14.09.	Vorstand KR, Cloppenburg
14. – 19.09.	54. Woche der Begegnung, Cloppenburg
15. – 19.10.	Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
20. – 24.10.	Gesamtkonferenz in Berlin
06. – 08.11.	Vorstand KR, Berlin
21. – 22.11.	VV ZdK, Bonn-Bad Godesberg
21. – 23.11.	Bundesvorstand GKS, Fulda

Vorschau 2015

24.01. – 25.01.	gf Bundesvorstand, Berlin
06.03. – 08.03.	Bundesvorstand, Mainz
15.04. – 19.04.	Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
27.05. – 02.06.	Soldatenwallfahrt Lourdes
17.06. – 21.06.	Seminar 3. Lebensphase, Fulda
26.06. – 28.06.	Bundesvorstand, Magdeburg
13.09. – 18.09.	Woche der Begegnung
21.10. – 25.10.	Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
09.11. – 13.11.	GKS-Akademie Oberst Korn, Fulda
13.11. – 14.11.	Bundesvorstand, Fulda

Bereichs- / Arbeitskonferenzen / Familienwochenenden

KMiD Kiel / GKS Nord/Küste

31.10. – 2.11. DAK, Bad Bederkesa

KMiD Berlin / GKS Mitte

10. – 12.10. DAK, Zinnowitz

KMiD Köln / GKS West

07. – 09.11. Bereichskonferenz
Ort wird noch bekanntgegeben

KMiD München / GKS Süd

10. – 12.10. DAK in Passau

Arb.Konf. Bereich Ausland

Keine Termine 2014 bekannt

Regionale Zuständigkeit der Katholischen Militärdekanate

KMiD Kiel: Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen

KMiD Köln: Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland

KMiD München: Bayern, Baden-Württemberg

KMiD Berlin: Berlin, Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern

GKS-Sachausschüsse

SA „Innere Führung“

18. – 20.07. Berlin (gemeinsame Sitzung mit SF)
weitere Termine in der Sitzung

SA „Sicherheit und Frieden“

18. – 20.07. Berlin (gemeinsame Sitzung mit IF)
31.10. Bonn

SA „Internationaler Sachausschuss“

02. – 05.10. Wien

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN: **BK** – Konferenz der GKS im Bereich ..., **BuKonf** – Bundeskonferenz der GKS, **BV GKS** – Bundesvorstand der GKS, **DAK** – Dekanatsarbeitskonferenz im Bereich, **GKMD** – Gemeinschaft der kath. Männer Deutschlands, **IS** – Internationaler Sachausschuss, **IThF** – Institut Theologie und Frieden, Hamburg, **KAD** – Katholische Akademikerarbeit Deutschlands, **KMiD** – Kath. Militärdekanat, **MGV** – Militärgeneralvikar, **SA InFü** – Sachausschuss »Innere Führung«, **SA S+F** – Sachausschuss »Sicherheit und Frieden«, **WdB** – Woche der Begegnung, **KR** – Katholikenrat beim Militärbischof, **VV ZdK** – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 50 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal im Jahr.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortlicher Redakteur
Bertram Bastian (BB),
Rainer Zink (RZ), Oberstlt a.D., Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Bertram Bastian,
Alter Heerweg 104, 53123 Bonn,
Tel: 0177-7054965, Fax: 0228-6199164,
E-Mail: redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Layout: VISUELL, Aachen
Druck: MVG Medienproduktion
Boxgraben 73, 52064 Aachen
Überweisungen und Spenden an:
GKS e.V. Berlin, Pax Bank eG Köln,
BLZ: 370 601 93, Konto-Nr.: 1 017 495 018.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 10,- an den ausliefernden Verlag.

ISSN 1866-0843